

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: pro Nummer 5 Pf., monatlich 1,10 Mk., vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in der Post-Zählungs-Verordn. für 1903 unter Nr. 8203.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgepalte Zeile ober oder unter 40 Wg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Wg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Wg. (nur das erste Wort frei). Inzertate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 7. Februar 1903.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Centrum und Wahlrecht.

II.

Ganz dasselbe, was sich von der Stellung des Centrum zu den bürgerlichen Garantien im allgemeinen sagen läßt, gilt in höherem Grade von seiner Stellung zum bestehenden Reichstags-Wahlrecht, zumal da hier der Kampf zuerst akut zu werden verspricht. Allerdings weiß die liberale Presse diesen Gegensatz noch flug zu verhüllen, um so deutlicher sprechen sich die liberalen Gesellschaftslehrer gegen das „Recht der Majoritäten“ aus. Der im vorigen Artikel citierte Gewährsmann sagt darüber: „Um einen Fürsten in der Pflicht zu erhalten, wirft außer der Religion und dem Gewissen die Furcht vor der Schande, das Interesse seiner Familie, die Liebe zu seinen Kindern und sogar die Furcht vor Empörungen. Das Volk hat aber keinen dieser Beweggründe, der es im Zaume hielte, und es hat dagegen viele, die es unermüdlich zum Mißbrauch seiner Gewalt verleiten. Es ist unmöglich, daß es in seinen Gedanken geehrt sei; darum spaltet es sich notwendigerweise und sondert sich in Parteien. Um durchzudringen, kann es nicht das Recht und die Gesetze der Gerechtigkeit anwenden, die es schlecht kennt; es setzt also an ihre Stelle die Leidenschaft, welche keine andern Waffen hat als Barrikaden, Flinten und Dolche.“ Die ernstern und gründlicheren Theoretiker, die Pisch, Hise, Gutberlet u. a., urteilen zwar philosophischer über die „Revolution in Permanenz“, wie man das allgemeine Stimmrecht mit Vorliebe nennt; aber im Wesen kommen alle in drei Punkten überein, daß es Kirche, Monarchie und Eigentum zerstöre.

Zunächst soll es also den antichristlichen Tendenzen der Zeit Vorhieb leisten und zum Uebergewicht in der Gesetzgebung verhelfen. Zudem ist dasselbe ein modernes Zeugnis, ein Ausläufer des liberalen Staates oder dessen, was man sich in Deutschland gewöhnt hat als liberalen Staat zu bezeichnen, und schon aus diesem Grunde dem liberalen Gemüt verdächtig. Es ist zwar in keiner Weise einzusehen, in wiefern jene liberale Behauptung richtig sein soll. Das Christentum stellt den Satz auf, daß Recht und Autorität überirdischen Ursprunges sind, aber auch nach christlicher Anschauung sind Recht und Autorität keine nach Form und Inhalt begrenzten Kategorien; sie stehen vielmehr im Rahmen der geschichtlichen Entwicklung, sind der Modifizierung und selbst der Ablösung fähig und unterworfen. Das Reichstags-Wahlrecht ist nun im Grunde nichts als der Modus, vermöge dessen das deutsche Volk an dieser Umwandlung und Auslösung von Recht und Autorität teilnimmt, ein Modus, der, an den politischen Freiheiten anderer Kulturvölker gemessen, gewiß nicht allzu viel besagen will, der aber in unfern beschränkten deutschen Verhältnissen von nicht zu unterschätzender Tragweite zu werden vermag. Daß aber darin ein Widerspruch gegen Kirche und Christentum liegt, wird kein vernünftiger Mensch behaupten wollen. Das Bild gestaltet sich freilich anders, wenn man das besondere Wesen des Liberalismus ins Auge faßt. Von großer Schärfe, wenn in die Opposition gedrängt, zeigt er sich in einem herrschenden System eingemischt hat, ausnahmslos die Tendenz, die Religion mit der bestehenden kirchlich-politischen Gesellschaft gleichzusetzen, der sich neu herausbildenden Gesellschaftsidee gegenüber lediglich das Recht der bestehenden Form zu betonen. Und von diesem Gesichtswinkel aus betrachtet, läßt sich allerdings heute bereits mit annähernder Sicherheit der Zeitpunkt voraussehen, wo eine antiliberale Volksmehrheit einer in der Hauptsache liberalen Volksminderheit und der von dieser geleiteten und beherrschten Regierung gegenübersteht. Es liegt aber auf der Hand, wie eine solche Entwicklung im letzten Grunde mit Religion und Kirche nicht das mindeste zu schaffen hat, sondern nur eine besondere Seite des großen wirtschaftlichen Streites darstellt, der jetzt die innere Politik aller Kulturvölker beherrscht. Im Gegenteil dürfte es bei der unvermeidlichen geschichtlichen Umwälzung der Zukunft das erste Mal in der Geschichte sein, daß Religion und Kirche infolge der durch die „Revolution“ unter das Volk getragenen politischen Aufklärung nicht entgegenstehen müssen, was ein trotz aller Palliativmittel überkonfessioneller Liberalismus aus politischem und materiellem Eigennutz gesündigt hat. Alles das ändert natürlich an der Tatsache nichts, daß das Centrum den Namen der Religion zu seinen Sonderzwecken mißbraucht, daß es seinen Wesen nach die Vertreterin eines im Grunde recht unchristlichen konfessionellen Kapitalismus ist und daß infolgedessen für dasselbe der Zeitpunkt näher rückt, wo das politische Defizit aus dem bestehenden Reichstags-Wahlrecht größer zu werden verspricht, als der politische Ueberfluß. Zu demselben Maße aber werden seine opportunistischen Gesichtspunkte, die es zur Zeit für das allgemeine Wahlrecht eintreten lassen, sich mit logischer Konsequenz nach der entgegengesetzten Seite geltend machen.

Die zweite gefährliche Seite, die der Liberalismus im bestehenden Reichstags-Wahlrecht glaubt erblicken zu sollen, ist die angeblich antimonarchische Tendenz desselben. Im Vorhergehenden ist bereits gezeigt, wie gerade nach christlicher Anschauung die Autoritäten in den Klüften der geschichtlichen Entwicklung gestellt sind. Es kann die Souveränität ebenso wohl bei der Gesamtheit eines Volkes liegen als bei einer

Monarchie, und beide Formen können einander ablösen; das ist an sich nichts, was dem Christentum widerstreitet. Nimmt die innere Entwicklung Deutschlands den Weg zur Republik, kommt der Tag, wo die Monarchie ein „überwundener Standpunkt“ ist, so ist vom Gesichtswinkel der christlichen Gesellschaftstheorie dagegen nicht das mindeste zu erinnern. Aber auch hier spielt wieder das besondere Wesen aller Eigentümparteien und insbesondere des katholischen Liberalismus als einer der schlimmsten unter allen, in die Frage hinein: der prinzipielle Abschluß vor der Gesellschaftsidee der Zukunft, der bedingungslose Kampf für die bestehende Eigentumsform. Insbesondere der katholische Liberalismus, wie ihn für Deutschland das Centrum vertritt, ist bestrebt, sich auch politischen Formen anzulehnen, die seiner Hierarchie entsprechen. Eine Entwicklung zur Demokratie, wie das bestehende Reichstags-Wahlrecht sie begünstigen mag, paßt ihm nicht in den Kram. Denn wenn demokratische Formen den Liberalismus auch nicht an sich unmöglich machen, so entziehen sie ihm doch, wie die Erfahrungen zumal in Amerika lehren, ein breites und ergiebiges Feld seiner Wirksamkeit. Darum wird heute kaum von irgend wem das verrostete Legitimitätsprinzip eifriger verfolgt als von liberaler Seite. In allen liberalen Zeitungen Deutschlands hört man seit langem das Thema vorlesen, die Autorität des Fürsten sei die Autorität Gottes auf Erden, und wer an sie rühre, rühre an das göttliche Recht. Wir gestatten uns den Gedanken fortzuführen: ist niemand befugt, an dieses „göttliche“ Recht zu rühren, dann ist das Recht der Volksmehrheit nur so lange Recht, als sie sich mit dem „autoritativen“ Recht in Einklang zu setzen weiß; wo aber der Widerspruch mit dem autoritativen Recht beginnt, wird das Recht des Volkes revolutionär, hört das Recht des Volkes auf und fängt der Staatsstreich an, und zwar der Staatsstreich in jeder Form. Die Opportunistenpolitik des Centrum in ihrer neuesten Gestalt hat nicht verfehlt, sich bereits im parlamentarischen Staatsstreich Luft zu machen, und in diesem Punkte gesehen, ist das ein verheißungsvoller Anfang.

Was jedoch dem Liberalismus das bestehende Reichstags-Wahlrecht in tiefer Seele verhaßt machen muß, ist der Umstand, daß dasselbe sich von Tag zu Tag mehr als die wirksamste Waffe in der Hand der Socialdemokratie entpuppt, daß ein Kampf gegen dasselbe geradezu gleichbedeutend mit einem Kampf gegen den Socialismus zu werden den Anschein hat. Allerdings sieht man auch hier nicht ein, was die fortwährende Berufung auf Religion und Christentum dem Socialismus gegenüber für eine innere Veredlung haben könnte. Die katholische Eigentumstheorie geht von zwei Grundsätzen aus: einmal daß der Gebrauch der irdischen Güter allen Menschen gemeinsam sein soll, insofern jeder ein natürliches Recht auf den Lebensunterhalt besitzt, dann daß infolge der durch die gefallene Natur des Menschen bedingten bisherigen Geschichtsentwicklung die Eigentumsverhältnisse eine private geworden ist. Wenn nun jemand der Meinung ist, zur dauernden Sicherung der Existenzbedürfnisse und damit der Existenzrechte der proletarischen Massen sei eine organische Verschiebung in den Eigentumsverhältnissen, die Hinüberführung einer wesentlichen Form des Privateigentums, nämlich desjenigen an Produktionsmitteln, in gesellschaftlichen Besitz erforderlich, so möchten wir doch den katholischen Theoretiker sehen, der diese Ansicht als mit den Dogmen des Katholizismus im Widerspruch stehend zu erweisen vermöchte. Wir sind sogar der Meinung, daß der kommunistische Ober- und Vorderfuß der katholischen Eigentumstheorie jeden Katholiken, der die Konsequenzen der katholischen Lehrmeinung auszudenken fähig ist, unmittelbar und notwendig zum Socialismus hinführen muß. Irigendwo tritt denn auch der konfessionell-kapitalistische Standpunkt des Centrum deutlicher zu Tage, als in dem angeblich unüberbrückbaren Gegensatz, den es zwischen sich und dem Socialismus zu konstruieren eifrig beflissen ist. Hier spricht das nackte Geldsachinteresse und es ist äußerst charakteristisch, daß auch seinem bedeutendsten und einflussreichsten Socialpolitiker Hise Wahlrechts-Reform und Geldsachpolitik völlig parallel verlaufen und einander notwendig ergänzen. „Das vom Liberalismus proklamierte absolute „Recht“ der Majorität“, sagte er, „ist die Revolution in Permanenz. Wir müssen wieder „konservativ“ werden. Der einzige Weg dazu ist aber: Wiedereinführung der konservativen Stände in ihr politisches Recht. Weder Censurwahlen noch allgemeines direktes gleiches Wahlrecht bringen uns Heil. Censurwahlen bedeuten nur eine Privilegierung des Geldes, sind dazu auf die Dauer unmöglich, da sie nicht vereinbar sind mit der allgemeinen gleichen Schulbildung, allgemeinen Militärpflicht und der demokratischen Richtung, die der Liberalismus selbst großgezogen hat. Das allgemeine gleiche direkte Stimmrecht führt aber mit der Zeit notwendig zur Majorisierung durch das Proletariat. Da bleibt nur der Ausweg ständischer Wahlen (zum Reichs- und Landtag): das sollten sich auch die Liberalen selbst noch sagen, ehe es zu spät ist.“

So schrieb der Mann, der heute noch im Centrum dem Socialismus angeblich am weitesten entgegenkommt. Den innersten Gedanken dieses konfessionell-kapitalistischen Konservatismus spricht aber Hise aus, wenn er dem Obigen hinzufügt: „Es wäre das eine außerordentliche Kräftigung des Eigentums gegenüber der „Arbeit“. In der That, es wäre eine neue

und verschärfte Form der „Majorisierung“ der Arbeiterklasse. Neben die Anebelung und Ausbeutung der einzelnen in der Fabrik würde die Anebelung und Ausbeutung der gesamten Arbeiterklasse durch die andern Massen treten.

Wahrscheinlich würden wir der Verwirklichung dieses Reizes, das die Tendenz der gesamten Socialpolitik des Centrum scharf und knapp ausspricht, erheblich näher gekommen sein, wären nicht die Bestrebungen und Absichten, die man mit dem Handwerkerinnungs-Gesetz verband, so tiefgründlich ins Wasser gefallen, hätte man mit dieser Reorganisierung nicht ein so klägliches Fiasko erlebt. Warum aber soll man da nicht versuchen, das Ziel auf anderem Wege näherzukommen? Reint doch auch Hise: „Ander ist die Frage, ob wir schon in aller nächster Zeit, ganz unmittelbar und direkt auf dieses Ziel lossteuern können, oder ob wir noch der Mittelstufen bedürfen, eine weitere Entwicklung der Dinge und Geister abwarten müssen.“ Wenn die socialpolitische Gesetzgebung verfaßt, liegt es nicht nahe, auf dem Wege der reinpolitischen die Konstruktiv der benötigten „Mittelstufen“ in Angriff zu nehmen, indem man dem „besonderen“ Teile des vierten Standes sein Recht läßt, die fluktuerenden Elemente dagegen durch Anhaftungs- und Altersklausel hinauswürgt? Der Abgeordnete Trimborn, eine Persönlichkeit von maßgebendem Einfluß im rheinischen Centrum, dessen Worte man ohne weiteres als für diese Gruppe des Centrum verbindlich ansehen kann, hat es nach den Vorkämpfen vor einer Wählerversammlung in Köln ausgesprochen, wie man, „nur um das bestehende Reichstags-Wahlrecht zu erhalten“, die Opposition mit allen Mitteln niedergezwungen habe. Diese Worte sprechen Bände für den, der sich in der Psychologie des Centrum ein wenig umgesehen und sie begreifen gelernt hat. Für die Socialdemokratie, diesen letzten und furchtbaren Sproß einer vierhundertjährigen Revolutionsepoche, der die Grundsätze der „protestantischen und liberalen Rebellion“ auf das materielle Gebiet überträgt, giebt es eben im Grunde keine Freiheit, keine Gleichheit, keine Duldung, kein Recht auf Existenz. Die Socialdemokratie hat kein Recht, ihre Lehren durch Wort und Schrift zu verbreiten, sie hat kein Recht auf parlamentarische Vertretung, auf Einwirkung auf die Gesetzgebung. Mag man tausendmal das formale Recht gegen sie brechen, man handelt immer noch im Namen und im Sinne jenes höheren Rechts, das die Intoleranz dem Gift der Irreligion gegenüber zur heiligen Pflicht macht und selbst die wildeste Inquisition rechtfertigen kann. So erklären sich nicht nur die Worte des Abgeordneten Trimborn, sondern, was wichtiger ist, die Handlungen des Centrum im Parlament, und das Wort Trögers, des starken Mannes, daß die Socialdemokratie nur Objekt, nicht Subjekt der Gesetzgebung sein könne, enthalte einen Grundsatz, den das Centrum zwar auszusprechen sich hütet, nach dem es aber gehandelt hat und der jetzt, wozu es entschlossen ist. Diesmal freilich wagt man das Attentat auf das Wahlrecht noch nicht — aber auch nur diesmal noch nicht. Vom Volke wird es abhängen, die schwarzen Pläne gründlich zu Schanden zu machen!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Februar.

Reichstag.

Der agrarischen Vorlesung im Circus Busch ging auch in diesem Jahre eine parlamentarische Veranstaltung voraus, ein Probe-gesetz zwischen den wilden Männern des Bundes der Landwirte, den Regierungsgagariern und der Regierung selber. Damit war die ganze Sitzung am Freitag ausgefüllt, in der im übrigen der Etat des Reichslanzlers verabschiedet wurde. Es sprach fast ausschließlich Agrarier der verschiedenen Kreise. Von Ständedirektor Dr. Köhne an, der agrarischen Landwind gegen die Person des Kaisers wehen ließ, bis zu dem Klopffechter der Wälder, Herrn Liebermann v. Sonnenberg. Zwei Staatssekretäre und der Reichslanzler selber mühten sich wieder einmal, um den Nachweis zu führen, daß keine Regierung agrarischer sein könnte wie die gegenwärtige. Herr v. Nitschoten hatte die Weisheit der Zerkonvention zu verteidigen und Graf Kosobrodsky die Regierung von dem Verdacht zu reinigen, als hätte die Heeresverwaltung das Verbrechen begangen, statt nationaler Ochsen wöchentlich 200 Stück amerikanischen Rindviehs zu beziehen. Herr Liebermann v. Sonnenberg eiferte für die Einführung der Wahlpflicht, von der er sich neben der Einführung von Diktat Sonderdinge zur Bekämpfung der Socialdemokratie verspricht. Sein Versuch, die Regierung zu einer Aufhebung in der Angelegenheit des Hänge-Peters zu veranlassen, schlug fehl. Die kleine Clique, die die Rehabilitierung dieses Ehrenmannes mit allen Mitteln betreibt, sucht jetzt durch Denunziationsgeschwäh über den Lieutenant Pronsfart von Scheffendorf und den Legationsrat Hellwig die verlorene Sache des Peters zu retten. Graf Sklow genigte sich das letzte Wort, um der Welt nochmals zu versichern, wie zufrieden er mit sich selber ist, und wie günstig er sein Werk beurteilt. Wäre er ein so großer Staatsmann, wie er ein großer Staatsmann ist, so könnte Deutschland in der That mit ihm zufrieden sein.

Der Antrag Barth auf Kreinteilung der Wahlkreise wurde gegen die Stimmen der Linken abgelehnt.

Am Sonnabend begannen die bedeutenden socialpolitischen Verhandlungen über den Etat des Reichsamts des Innern.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus setzte am Freitag die Generaldebatte über den Etat des Ministeriums des Innern in Verbindung mit dem Antrag Dr. Barth (fr. Vg.) auf Einführung der geheimen Wahl und anderweitige Einteilung der Landtags-Wahlkreise fort. Das wichtigste Ergebnis der Debatte ist das **Zugeständnis** der Regierung, daß das **Dreiklassen-Wahlrecht** unhaltbar sei. Daß sie nicht die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis zieht, ist bei ihrem vornurlichen Charakter selbstverständlich. Anstatt die Initiative zu einer Aenderung des Gesetzes zu ergreifen, will sie, wie der Minister Frhr. v. Hammerstein erklärte, es zunächst mit einer **Aenderung des Wahlreglements** versuchen, und zwar sollen mehrere Wahlgänge in einen zusammengezogen und das System der Stichwahlen vereinfacht werden. Auch soll in Zukunft jeder Wähler das Recht haben, persönlich den Namen des von ihm Gewählten in die Liste einzutragen. Von diesen „Erleichterungen“, die schon bei den nächsten Wahlen in Kraft treten, soll es abhängen, ob eine Aenderung des Wahlgesetzes oder der Wahlkreis-Einteilung später in die Wege geleitet wird. Da die Regierung nicht anders wie in Widersprüchen denken kann, soll diese „Reform“ schon vor den Wahlen kommen, obwohl Herr v. Hammerstein Tags zuvor erklärt, es empfehle sich nicht, derartige Aenderungen angeht die Wahlen vorzunehmen.

Auch die Mehrheit des Landtags will von einer Reform des Dreiklassenwahl-Gesetzes nichts wissen. Die **National-Liberalen** sind zwar für eine Aenderung der Wahlkreis-Einteilung, aber gegen die **geheimen Stimmabgabe**, die Konservativen, Freikonservativen und das Centrum lehnen rundweg jede Aenderung ab. Zum Sprachrohr der Erziehungsmächte machte sich vor allem Abg. Freiherr v. Zedlitz (fr.), der sogar gegen die im Reich bevorstehende Sicherung des Wahlgeheimnisses zu Felde zog. Dieser ausrüchliche Herr scheint sogar die Hoffnung zu haben, durch etliche intrigante Unwahrheiten die Reform im Reich vereiteln zu können. So behauptete er, die **socialdemokratische Presse** habe die endlich gewährte Sicherung des Wahlgeheimnisses als eine Wirkung der **Bevelschen Rede** behauptet. Eine blanke Scharmacher-Lüge! Wie kann das **Bilowsche „Geschenk“** als eine Wirkung von Bevels großer Rede behauptet werden, da die Ankündigung des Reichskanzlers doch zwei Tage vor Bevels Rede erfolgte. In der That hat kein socialdemokratisches Blatt den Unsinns behauptet, und Herr v. Zedlitz hat sich diese **Behauptung einfach aus den Fingern gezogen, um an gewisser Stelle Eindruck zu machen** und womöglich die Reform noch in letzter Stunde zu hintertreiben. Nur war diesmal der Brabe allzu plump, so daß er auch ohne Veröffentlichung seiner Honorarquittungen sofort entlarvt werden kann. Er hätte die Chronologie nicht vergessen dürfen. Aber Herr v. Zedlitz, von dem wir wirklich gespannt sind, wie lange man ihn noch sein Unwesen treiben läßt, übertraf dann noch diese Unwahrheit. Das Dreiklassen-Wahlrecht muß wohl seine Erwählten moralisch verblöden. Anders ist es nicht zu erklären, daß der Mann wie aus tiefer Ueberzeugung die Schamlosigkeit auszusprechen wagte, jeder, der nicht öffentlich seine Gesinnung zu bekennen wage, sei ein Feigling; es heiße die preussischen Wähler beleidigen, wenn man behauptet, unter dem Druck der Öffentlichkeit der Wahl werde der Ausdruck der Ueberzeugung vernichtet. Das ist der Hohn eines Menschen, der nichts mehr zu verlieren hat.

Auffallend schwach verteidigte Abg. Dr. Barth (fr. Vg.) seinen Antrag. Vielleicht fühlte er, wie falsch es war, nur diese halbe Forderung zu stellen, die ebenso aussichtslos war wie die ganze und dazu eine Verleugnung der programmatischen Forderung der Einführung des Reichstags-Wahlrechts. Auf die berühmte Richtersche Diplomaten-Taktik — die keine „aussichtslosen“ Anträge zu stellen bezieht — konnte Barth sich nicht auf berufen. Weiter als Abg. Dr. Barth will der Hospitant der Freisinnigen Volkspartei Abg. Deser gehen, der auch die Einführung des direkten Wahlrechts für Preußen fordert.

Im übrigen verlor sich die Debatte in Einzelheiten. Die Abgg. Kreiling und Goldschmidt (fr. Vp.) traten für eine Reform der Polizei ein. Abg. v. Czarlinski (Pole) brachte wieder ein Bündel polnischer Beschwerden vor, Abg. Schmitz (C.) jammerte über das Scheitern der lex Heinze und rief die Polizei gegen Prostitution, Unsitlichkeit und Aneipen mit weiblicher Bedienung zu Hilfe, wobei er Berlin als völlig verpumpt zu schildern suchte. Sollte dem frommen Eiserer, Landgerichts-Direktor und Hauptmann a. D. nicht sein heimatlischer Wahlkreis Düsseldorf als Feld sittlicher Empörung näher liegen, dessen famoser starnewalskub der Demden-Losen die Tugend seiner guten Stadt berühmt gemacht hat! Der Minister Frhr. v. Hammerstein hatte für jeden Redner eine Erwiderung. Nur auf eine Frage blieb er die **Antwort schuldig**, auf die Frage des Abg. Deser, ob der vom „Vorwärts“ gemeldete **Vestehungsversuch eines Redaktionsboten durch einen Beamten der politischen Polizei auf Wahrheit beruhe**. Ableugnen kann der Minister diese Thatsache nicht, entschuldigen darf er den ungeschickten Beamten gleichfalls nicht, wenigstens nicht öffentlich, und so stellt er sich in diesem Falle klug und schweigt.

Sonnabend: Fortsetzung. —

Die Ergüsse des preussischen Polizeiministers

In der Donnerstag-Sitzung des Abgeordnetenhauses fordern die ernsthafteste Kritik heraus. Eine solche Kritik hält sogar die **National-Zeitung** für notwendig. Im Augenblick kann es sich freilich nur um eine vorläufige Auseinandersetzung mit dem Polizeiminister handeln, da es der Presse natürlich unmöglich ist, die von Herrn v. Hammerstein gegebene Darstellung der verschiedenen Fälle der polizeilichen Uebergriffe nachzuprüfen. Vermutlich wird die Lokal-Presse sich mit den Einzelfällen ausführlicher beschäftigen und damit die Unterlage einer eingehenderen Specialkritik liefern. Momentan sollen deshalb nur die allgemeinen Anschauungen des Polizeiministers, die bei seiner Erörterung der Einzelfälle hervortraten, einer Beleuchtung unterzogen werden.

Daß Herr v. Hammerstein noch sehr patriarchalischen Auffassungen über polizeiliche Rechte huldigt, bewies schon sein **Eckkurs** über die famose Polizeiverordnung des Bürgermeisters von Treptow a. M., durch die weiblichen Diensthöten, die sich noch nach zehn resp. elf Uhr abends auf der Straße betreffen dürfen, die Verhaftung angedroht war. Herr v. Hammerstein gab selbst zu — wir führen uns bei unsrer Kritik auf den im „Reichs-Anzeiger“ wiedergegebenen **senographischen Bericht** seiner Rede — daß diese Verordnung „merkwürdig“ sei, und, wie ja auf der Hand liege, als „gerechtfertigt“ nicht anerkannt werden könne. Dann aber nahm er sich des solch „merkwürdige“ Verordnungen erlassenden Bürgermeisters mit ungemainer Wärme an. Es handelte sich ja nicht um eine neue

Verordnung, sondern nur um die „Auffrischung“ einer im Jahre 1840 erlassenen alten Verordnung. Der Bürgermeister habe jedenfalls nur den Beschwerden des Direktors der in Treptow befindlichen Unteroffiziers-Vorschule über Verlästigung seiner Zöglinge durch „leichtsinnige Mädchen“ Rechnung tragen wollen. Herr v. Hammerstein jagte dann schließlich wörtlich: „Der Erfolg ist der gewesen, daß von dem Augenblick an die Verlästigungen (1) der Unteroffizierskinder aufgehört haben. Es hat also außerordentlich segensreich gewirkt, und ein Mißgriff der Polizeigewalt des Bürgermeisters liegt hier in keinem Falle vor. Es ist selbstverständlich, daß ein solcher Mißgriff erst dann vorliegen würde, wenn der Bürgermeister auf Grund dieser Verordnung eine aufgegriffene Person beliebig lange bei sich in Gewahrsam oder Verhaftung genommen hätte. Daran hat der Bürgermeister gewiß gar nicht gedacht, sondern er hat damit nur drohen wollen, und er hat damit erreicht, daß die Stillschließung in seinem Orte gehoben worden ist. Ich glaube, daß man ihm daraus einen Vorwurf nicht machen kann.“

Der Herr Polizeiminister hat damit zweifellos selbst eine äußerst „merkwürdige“ Rechtsauffassung zum Besten gegeben. Die Polizei darf danach ruhig widerrechtliche „Drohungen“ auf dem Wege amtlicher Verordnungen erlassen, sie darf sie nur nicht ausführen!

Während sich hier der Herr Polizeiminister auf Kosten aller juristischen Logik als strengen Moralisten produzierte, gab er an einer früheren Stelle seiner Rede recht laze moralische Anschauungen zum Besten. In jener Stelle nämlich, wo er sich über die **Kleber-Polizei-Exzesse** verbreitete. Er sagte da wörtlich:

„Ich komme nun zu Fällen, die etwas früher liegen und die Polizei in Kiel betreffen. Ich möchte da vorausschicken, daß die Polizei vielleicht nirgend schwerer zu handhaben ist als in der Hafenstadt Kiel. Der Matrose, der monatelang auf dem Wasser gelebt hat, nun an das Land kommt, abgehöhnt wird und über einen Haufen Geldes und dazu über eine **ungebrochene Jugendkraft** verfügt, ist nur zu geneigt, auch etwas zu extravagieren. Das weibliche Gesindel, das sich in der Hafenstadt sammelt, ist leider meist trauriger Art, größtenteils flottierend.“

Daß der Herr Minister hier von der „Hafenstadt“ Kiel statt von der „Marinestadt“ spricht, sei nur ganz nebenbei registriert. Beachtlich erscheint uns seine Doppelmoral. Der Mann, der seine „ungebrochene Jugendkraft“ austoben und ein wenig „extragieren“ will, erhält nicht die gelindeste moralische Censur; die Frauen, die ihm, sei es aus Not, sei es auch aus „ungebrochener Jugendkraft“, dazu beifällig sind, werden als weibliches „Gesindel“ bezeichnet! Eine äußerst noble Moral!

Bezeichnend für diese „merkwürdige“ Doppelmoral des Herrn Ministers ist auch seine Darstellung des Wiesbadener Polizeimißgriffs. Herr v. Hammerstein sagte darüber:

„Meine Herren, sehr viel Staub hat auch aufgewirbelt die Sistierung einer Dame in Wiesbaden. Ich bedauere sehr, daß die Dame dieses Schicksal getroffen hat. Aber ich meine doch bei aller Achtung und Ehrerbietung, die ich vor dem weiblichen Geschlecht habe, daß sie ein bißchen selbst daran schuldigen gewesen ist. Sie ist in Wiesbaden, das, wie bekannt ist, der Mittelpunkt ist von Damen der großen und der halbwelt aus ganz Europa, in einer etwas sehr auffälligen Kleidung — ich glaube, man nennt es jetzt Reformkleidung — auf und nieder gegangen. Es hat sie ein Polizist, der sie dort gesehen hat, erwidert, doch mit ihm in das ganz nahe gelegene Polizeiwachstotal zu kommen, um ihre Personalien festzustellen. Das hat sie gethan, sie hat sich dort legitimiert und ist alsbald entlassen worden. Die ganze Angelegenheit hat sich vielleicht in fünf oder zehn Minuten abgepielt. Nachdem sie sich legitimiert hatte, lag es nun auf der Hand, daß man es mit einer durchaus anständigen Dame zu thun hatte, der es ganz gewiß peinlich sein mußte, in Gegenwart des Publikums genötigt zu sein, auf die Polizei zu gehen und dort über sich Auskunft zu geben. Der Polizeidirektor hat deshalb nichts Eiligeres gethan, als unmittelbar, nachdem ihn der Vorfall gemeldet war, einen Brief an die Dame zu schreiben, ihr den Sachverhalt darzustellen und sich zu entschuldigen, daß sie in dieser Weise falsch von der Polizei beurteilt worden wäre.“

Ein artiges Seitenbild! Wiesbaden, das teure Rodebad, Todt die ganze internationale Halbwelt an. Die hochbegüterten Stützen von Thron und Altar, die sich dort allommerlich ein Stelldichein geben, üben auf die Halbwelt dieselbe Anziehungskraft aus, die im Mittelalter etwa ein Kirchentonzil ausübte. Die honorigen Thron- und Altarstücken fröhnen dort also ungeführt ihrem Amüsement, aber eine anständige Dame darf sich dort nicht in einem Reformkleid sehen lassen, ohne zur Wache geschleppt zu werden! Und nicht die Polizei, sondern die Dame selbst, die ihre Gesundheit nicht durch ein Korsett ruinieren will, trägt nach dem Herrn Polizeiminister die Schuld daran!

Die „merkwürdige“ Verschönerung des Polizeimißgriffs durch den Polizeiminister ist nun so merkwürdiger, als ein Polizist überhaupt kein Recht hat, eine ihm selbst „sittenverdächtig“ erscheinende weibliche Person kurzweg zu verhaften, wenn sich dieselbe keinen Verstoß gegen die sittenpolizeilichen Vorschriften hat zu Schulden kommen lassen!

Was kümmert das freilich alles den preussischen Polizeiminister! —

Deutsches Reich.

Das Festmahl des Landwirtschaftsrats.

Der Festrede des Grafen Bülow, die wir gestern bereits mitteilten, ging auf dem Festmahl des Landwirtschaftsrats eine Ansprache des Vorsitzenden dieser Körperschaft, des Grafen Schwerin-Löwitz, voraus, die beweist, daß das Agrarierthum zielbewußt fortfährt, die Regierung unter die agrarischen Forderungen zu zwingen.

Graf Schwerin-Löwitz begann mit der Erklärung, daß die Stimmung, welche auf der deutschen Landwirtschaft lastet, leider noch immer eine sehr gedrückte sei; die Regierung möge diese Stimmung durch weitere Thaten für die Landwirtschaft bekämpfen. Dann fuhr der konservativere Vorkämpfer fort:

„Aber das Erreichte bedeutet auf dem Wege zu unsrer endgültigen Tarifreform doch auch lediglich eine Etappe, die Vorbereitung der **entscheidenden Kämpfe, denen wir erst entgegengehen**, der Kämpfe, die jetzt zunächst von der Regierung mit dem Auslande, dann aber später auch wieder im Reichstag mit unsern wirtschaftlichen Gegnern ausgefochten werden müssen, und in welchen, wie ich zuversichtlich erwarte, trotz der gegenwärtig hervorgetretenen Meinungsverschiedenheiten alle Landwirte und alle ihre Vertreter vollkommen einig Schulter an Schulter zusammenstehen werden. (Zustimmung.) Die absolute Sicherheit des späteren Abschlusses annehmbarer Handelsverträge schon bei dem Generaltarif oder im Gehege zu schaffen, war unmöglich. Auch der Versuch, durch Erweiterung der Mindestzölle negativ die Möglichkeit des abermaligen Abschlusses für uns unannehmbare Handelsverträge vorweg auszuschließen, ist gescheitert. Dagegen ist die Möglichkeit des Abschlusses annehmbarer — auch für die Landwirtschaft durchaus annehmbarer — Handelsverträge doch zweifellos mit dem neuen Generaltarif in vollem Maße gegeben. Und ich halte die

mit dem neuen Generaltarif gegebene Möglichkeit eines baldigen Abschlusses besserer und auch für die Landwirtschaft annehmbarer Handelsverträge doch auch nicht für so wenig. Jedenfalls aber wäre die Nulllosigkeit der Landwirte wohl begründeter, wenn die Tarifvorlage gescheitert wäre und wir dadurch hoffnungslos mit einer zunächst unabsehbaren Verlängerung des bisherigen traurigen Zustandes zu rechnen hätten. (Zustimmung.) Immerhin wird es ja jetzt Sache der Regierung sein, zu zeigen, wie recht hatte, ob diejenigen, welche sich vorerst mit dieser Möglichkeit der Besserung begnügten, oder diejenigen, welche in Ermangelung jeden Vertrauens zur Regierung diese Möglichkeit ohne weitergehende gesetzliche Bindung der Mindestzölle und ohne festen Termin für das Inkrafttreten des Gesetzes für so wertlos hielten, daß sie deshalb vorzogen, auf die Annahme des Tarifes überhaupt zu verzichten. Und wohl kaum jemals hat es daher so sehr wie jetzt in der Hand der Regierung gelegen, durch ihre weiteren Schritte das erschütterte Vertrauen der Landwirtschaft entweder wieder wesentlich zu befestigen oder vollends zu vernichten. Ich wünsche deshalb von ganzem Herzen, daß der Herr Reichskanzler und die verbündeten Regierungen — namentlich durch ein schnelles, kraftvolles und zielbewußtes Auftreten gegenüber dem Auslande — **balbige Kündigung der geltenden Verträge** u. a. alles thäten, was in ihren Kräften steht, um die bedauerliche Vertrauenslosigkeit eines Teils der ländlichen Bevölkerung zu überwinden, denn wir werden ja in allerkräftigster Frist bei den Neuwahlen in den Kämpfen gegen unsre gemeinsamen Feinde dieses Vertrauen so dringend gebrauchen.“

Weiter feierte dann Graf Schwerin-Löwitz die staatsverhaltende und monarchische Gesinnung der Landbevölkerung, ohne natürlich daran zu erinnern, daß diese Gesinnung, sobald die agrarischen Wünsche nicht völlig erfüllt werden, in die herabstürzende Drogen von den „krachenden Thronen“ umschlägt. Das Wesentliche der Rede des Grafen Schwerin ist die Erklärung, daß die Konservativen sich keineswegs mit der Erreichung des Buchertarifs genügen lassen, sondern daß sie nunmehr Handelsverträge fordern, in denen Preissteigerungen für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse erzielt werden, die weit hinausgehen über das durch die Mindestzölle bezeichnete Maß. Als Mittel zur Erreichung dieses edlen Ziels wird nach wie vor eine möglichst schroffe Haltung der Regierung gegen das Ausland, besonders die baldige Kündigung der jetzigen Handelsverträge angegeben. Der agrarische Erpressungs-Zeldung, der zu so großen Siegen der agrarischen Forderungen über die Regierung geführt hat, soll mit allem Nachdruck fortgesetzt werden.

Der folgende Toast des Reichskanzlers wich dem Drängen des konservativen Redners aus. Graf Bülow warnte vor den bündlerischen Illusionen, um andererseits den Agrariern eifrige Fortführung seiner landwirtschaftlichen Fürsorge zu versprechen.

Das alles zeigt, daß sich in Zukunft dasselbe Spiel wiederholen wird, das sich bei der Beratung des Zolltarifs zutrug. Die konservative Taktik schraubt die agrarischen Forderungen zur schwindelnden Höhe und droht, ohne Erfüllung dieser Forderungen die Handelsverträge zu verwerfen, — so hält man die Regierung in eiserner Umklammerung und zwingt sie, unter Aufopferung der Industrie, des Handels, der Arbeiterklasse die künstliche Vereicherung des Auslands in möglichst hohem Maße zu vollenden!

Einen seltenen Beitrag zur Erkenntnis des agrarischen Geistes hat auf dem Festmahl der Präsident des Reichstags Graf v. Ballestrem geleistet. Er nahm nach dem Reichskanzler das Wort und führte gemäß dem Bericht der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ aus:

„Der Inhalt dieser Tafelrunde sei einer der erhebensten, der einem Präsidenten des deutschen Reichstags zu teil werden könne. Der deutsche Reichstag sei oder solle doch sein eine Vertretung des deutschen Volkes. Wenn ich nun die Vertreter eines der ersten Stände, ja ich kann wohl sagen des ersten Standes der deutschen Volkvertretung hier versammelt sehe, die stets in sachlicher Weise für die Erhaltung des Deutschen Reiches die erste Hand aus Wert legen und immer legen werden, so muß mir dies als Reichstags-Präsidenten das Herz höher schlagen lassen. Ich wünsche nur, daß alle Stände sich in stets so sachlich prüfenden und so gründlich arbeitenden Vertretungen vereinigen, dann würde es auch besser um das Deutsche Reich stehen. (Bravo!) Ihr Beispiel erfüllt meine Seele mit Stolz.“

Graf Ballestrem schiedet die Vertreter des deutschen Volkes im Reichstags nach Ständen, und der Junkeradel des Landwirtschaftsrates ist ihm der erste Stand! Dieses Wort des Grafen Ballestrem, des neuen Mitgliedes des preussischen Herrenhauses, des rüchstandigsten Privilegierten-Parlaments, wirkte zunächst wie ein verblüffender Unsinns und doch ist es ein im Grunde nur allzu wahres und die Wirklichkeit unserer Zustände aufdeckendes Wort. In dieser Zeit der formalen Gleichheit vor dem Gesetz und des gleichen Reichstags-Wahlrechts bestehen in neuen Formen die Feudalprivilegien fort und der „erste Stand“, der Adel, dessen Sturz in Europa die große französische Revolution einleitete, er führt ungewandelt und von neuen Elementen durchsetzt, eine neue Ausbeutungsherrschaft im Lande, die schwerer auf unsrer Kultur lastet als je eine frühere.

Es ist besonders denkwürdig, daß die Verherrlichung des Junker-Adels als des „ersten Standes“ durch den Präsidenten des demokratischen Parlaments in Deutschland erfolgte. Nicht eindrucklicher konnte der Schein der Gleichheit im heutigen Staat enthielt und die Wahrheit der mittelalterlichen Herrschaftsverhältnisse erwiesen werden. —

Der Reichs-Redner. Im Toast beim Festmahl des Landwirtschaftsrats erwies sich Graf Bülow nicht allein als ragender Staatsmann, sondern als müheloser Herrscher im Reiche der Weltweisheit. Da sein agrarischer Vorkämpfer von dem Wismut sprach, der die landwirtschaftlichen Kreise beherrscht, erhob sich Graf Bülow zu dieser Gedankengröße:

„Wenn wir die 1000jährige Geschichte des deutschen Volkes an unsrer geistigen Auge vorbeiziehen lassen, so sehen wir, daß auf Zeiten heroischer Anspannung Perioden folgen, wo Zweifel und Müdigkeit sich breit machen. Gerade in solchen Tagen heißt es den Kopf oben behalten und nicht in einen Pessimismus verfallen, vor welchem uns heute Ihr verehrter Herr Vorsitzender mit Recht gewarnt hat. Der Pessimismus mag als metaphysisches System seine Berechtigung haben. Ich selbst habe in jüngeren Jahren Schopenhauer mit Bewunderung studiert und ehre ihn noch heute als großen Sprachmeister und als einen untrer tiefsten Denker. In der Politik aber ist Pessimismus immer vom Uebel, weil er hier mit der Schwächung des Lebensmutes auch die Thatkraft lähmt, weil er unanständig und unfruchtbar ist. In der Politik, hat Thiers mal mit Recht gesagt, gehört die Zukunft den Optimisten. (Sehr wahr!) Nur die Völker und die Schichten, die an ihren Stern glauben, kommen vorwärts.“

Kant, Nietzsche und Schopenhauer vereinen sich im Bülowstirn ebenso mühelos wie Weltpolitik und Heimatpolitik, wie Rollwunder und Schatz der Schwaben. Metaphysisch hat der Pessimismus Berechtigung, und alles Treiben dieser Welt ist vom Uebel, aber in der Politik ist Bülow Optimist, er glaubt an seinen Stern und kommt vorwärts!

Graf Bülow citiert Thiers, die Zukunft gehöre den Optimisten. Graf Bülow ist Optimist — soweit er nicht metaphysisch dem Pessimismus gehört —, folglich gehört ihm die Zukunft. Graf Bülow ist so sehr „Optimist“, daß ihm Unsinns als Sinn, Gewalt als Frieden, Wirnis als Harmonie erscheint, daß er sich als Staatsmann und Kenner der Philosophie ausstellt. —

Die Aenderung des preussischen Wahlgesetzes.

Im Abgeordnetenhaus hat der Minister v. Hammerstein erklärt, daß im Staatsministerium bereits im wesentlichen eine Einigung über Veränderungen des Wahlgesetzes für die preussischen Landtagswahlen erzielt sei — die endgültige Abstimmung habe noch nicht stattgefunden. Wesentlich ist, daß für die kommenden Wahlen nur eine Aenderung des Wahlgesetzes beabsichtigt ist, während der national-liberale Redner im Einlaß mit unsern Ausführungen darlegte, daß „mit einer Aenderung des Wahlgesetzes nicht geholfen“ sei. Der Minister stellte übrigens für die Zukunft eine Aenderung des Wahlgesetzes und eine Aenderung der Wahlkreise in Aussicht. Herr v. Reddy meinte, es müsse dahin gewirkt werden, daß „auch in großen Bezirken die Wahl ordnungsgemäß vorgenommen und nicht durch sozialdemokratische Umtriebe gefährdet werden kann“. Wir haben demgegenüber zu bemerken, daß die Sozialdemokratie nur die bisher vielfach vorgelommene Gleichwidrigkeit verhindern will. Wir erinnern an die Wahl der Herren Ring und Kelsch in Teltow-Beeskow-Storkow. Trotzdem dort die größten Verstöße gegen die Vorschriften in der Wahlprüfungs-Kommission festgestellt wurden, wurde die Wahl doch für gültig erklärt und zwar einstimmig, obgleich auch ein Mitglied der freisinnigen Volkspartei der Kommission angehörte. Der Beschluß der Wahlprüfungs-Kommission ist von Herrn Rektor Kopisch mitunterzeichnet!! —

Ueber die Posenen Zustände macht die „National-Zeitung“ aus Anlaß der Verhandlungen im Abgeordnetenhaus einige beachtenswerte Ausführungen. Sie hält gegenüber den ministeriellen Ausführungen die Behauptung aufrecht, daß der Landrat v. Willich den Endell-Verträgen von der Regierung ausgeliefert sei.

Zu den Darlegungen des Herrn v. Wangenheim über den Fall Endell bemerkt das Blatt:

„Herr von Wangenheim erzählt, im Verlauf des ehrengerichtlichen Verfahrens — wegen der Kassenführung bei der Landwirtschaftskammer, welche der Abg. Dr. Krause, noch nicht vollständig bezeichnend, eine „Lotterwirtschaft“ nannte — habe Herr Endell sich veranlaßt gesehen, zu erklären, daß er auf das Recht, die Uniform weiter zu tragen, verzichtete; darin wurde ein Vergehen gegen die Disziplin gesehen, aber der König ließ Gnade für Recht ergehen und Herr Endell hierfür nur eine Mütze zu teil werden; das sei der wahre Sachverhalt. Die Herren sind überaus vielseitig in ihren Darstellungen! Eine ähnliche Mitteilung über den Hergang war bald nach der Beendigung des Verfahrens in der „National-Zeitung“ erschienen. Damals aber wählte sie den Endellianern nicht; sie wollten die Befassung der Uniform damals als Reduzierung des Endellschen Verhaltens in der Kassenangelegenheit und ähnlichen Dingen aufgefaßt sehen, und sie bestritten deshalb, was Herr von Wangenheim jetzt berichtet. Gegenwärtig kommt ihnen mehr darauf an, zu befreiten, daß das Ehrengericht an Herrn Endells Kassen- und sonstiger politischer Lebensführung etwas auszuweisen gefunden; und nur wird wieder die Darstellung vorgebracht, die man früher nicht wollte gelten lassen.“

Die andauernden Verdächtigungen des Freiherrn v. Wangenheim über den toten Landrat laufen nach einer Korrespondenz darauf hinaus, daß er es zweimal abgelehnt habe, Satisfaktion zu geben, teils aus principellen Gründen, teils wegen der Persönlichkeit seiner Gegner. Danach hätte also Herr v. Wangenheim getreu nach dem Muster Rheinbaben die Disziplin als Mittel benutzt, in Ermangelung kompromittierender Thatsachen durch dunkle Andeutungen schlimmen Verdacht zu erregen. —

Eine bei Hofe beliebte Persönlichkeit, der Landrat des Kreises Teltow — ein polnischer Arbeiter den Manalbau ausführen — Herr v. Stubenrauch soll als Germanist nach Posen gehen und zwar als Präsident der Ansiedlungskommission. —

Geführt. Herr Reinhold Vegas, der bekanntlich in erster Linie die vom Kaiser gefeierte neue Renaissance (Siegedalce ufm.) hergestellt oder angeregt hat, der unübertwindliche Selbstweber bei allen patriotischen Denkmälern ist plötzlich aus seiner Lehrtätigkeit an der Akademie der Künste gedrängt worden. Bemängelungen seiner Thätigkeit, insbesondere durch den Deputierten im Kultusministerium, sollen den Anlaß gegeben haben. Allerlei geheimnisvolle Rumgerungen, so eine Immediateingabe von Vegas-Schülern an Wilhelm II., umranken den Fall.

Was hat den Urheber der neuen Renaissance, den bildhauernden Selbgarbiter der Hohenzollern, den Hochwächter der alten Ideale so über Nacht zu Fall gebracht? —

Gegen die liberal-kerikale Kardörerei haben sich die Münchener Nationalliberalen in einer Disziplinarsammlung recht entschieden geäußert. Der Vorsitzende Prof. Hans Hofe bedauerte, daß durch die Zustimmung zum Antrag Kardorf und die damit verknüpften Ereignisse die Stellung der Nationalliberalen bei den Wahlen nicht besonders günstig geworden sei. Dr. med. Wacker spottete über die Thätigkeit der heiligen drei Könige Wassermann, Boasche und Sattler; ihm wäre es lieber ehlich zu unterliegen, als mit dem Centrum zu liegen. Auch andre Redner sprachen gegen den Pakt mit dem Centrum.

Diese Leichenreden können an dem Gezeichneten nichts ändern. Die Liberalen sind in den Schah der allein selig machenden Zollfrage für immer eingegangen. —

Kunst und Freisinn. Die Hamburger Bürgerchaft hat, wie bekannt, dem dortigen Diäter Gustav Falke ein Jahresgehalt von 3000 M. bewilligt.

Obwohl der Senatsantrag, so wird uns aus Hamburg geschrieben, nicht unmittelbar an die Bürgerchaft kam, sondern vorher bei den einzelnen Fraktionen vertraulich angefragt und so eine Weisheit sichergestellt war, konnten sich einige Mitglieder der freisinnigen Linken doch nicht enthalten, eine Debatte über den Antrag hervorzuheben und ihrer Unwissenheit und Mißachtung künstlerischer Thätigkeit Ausdruck zu geben. In der Genosse Stolten trat für den Antrag ein und führte dabei aus, daß die so oft als kunst- und kulturfeindlich verführte Socialdemokratie für Kunst- und Bildungszwecke stets gern Gelder bewilligen werde.

Chronik der Majestätsbeleidigungen.

Frankfurt a. M., 6. Februar. Der verantwortliche Redakteur der Frankfurter „Neuesten Nachrichten“, Julius Wertheimer, wurde heute von der hiesigen Strafkammer wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Monaten Zuchthaus, gemäß dem Antrage des Staatsanwalts, verurteilt. Die Majestätsbeleidigung wurde gefunden in einer Kritik der bekannten Preussener Kaiserrede. —

Husland.

Ein Konflikt mit Bowen

Ist das neueste vom venezolanischen Schiedsgerichts-Schauplatz. Die Mächte sind verknüpft über die ihnen von dem amerikanischen Gesandten zu teil gewordene Behandlung. Ein Laffan-Telegramm meldet aus Washington:

Der amerikanischen Regierung ist von beteiligter Seite zu verstehen gegeben worden, der Gesandte Bowen habe mit seiner Aeußerung gegenüber dem britischen Votschafter Lord Herbert, das Fortbestehen des Bündnisses gegen Venezuela über die unbedingte nötige Zeit hinaus würde Ueberraschung und Bedauern verursachen, die Grenzen des diplomatisch Zulässigen überschritten.

Nach einer andren Meldung hat der englische Votschafter in Washington gegen Bowens Auftreten scharf protestiert. Staatssekretär Hay erklärte, die Union könne dafür nicht verantwortlich gemacht werden. Man möge eine Beschwerde an Castro richten; Bowen sei zur Zeit nicht Beamter der Vereinigten Staaten.

Die amerikanische Regierung will also Bowen nicht rektifizieren. Sie verweist — welcher Hohn — die Mächte an Castro!

Und was werden die Mächte nunmehr beginnen? „Der Tag“ giebt darauf die Antwort:

„In New York heißt es, die verbündeten Mächte seien abgeneigt, mit Bowen weiter zu verhandeln; sie wollten den Streiffall an das Haager Schiedsgericht verweisen, falls ein neuer Versuch, Roosevelt für das Schiedsamt zu gewinnen, fehlschläge. Bowen erklärt einen etwaigen neuen Versuch, Roosevelt dazu aufzufordern, ohne Erlaubnis Venezuelas für eine Beleidigung; er würde einen solchen Vorschlag ablehnen. — Deutschland fordere, heißt es weiter, 5500 Pfund als erste Zahlung; sobald diese bezahlt, die Schiedsrichter ernannt und das Protokoll unterzeichnet seien, werde es die Blockade aufheben.“

Die Mächte sitzen also in der Klemme, und Amerika läßt sie ruhig zappeln! —

Oestreich-Ungarn.

Ueber die Abänderung der Geschäftsordnung wurde am Freitag im österreichischen Abgeordnetenhaus beraten. Ministerpräsident v. Koerber erklärte, die Regierung, der an der Herbeiführung einer geordneten und beschleunigten Erledigung der parlamentarischen Angelegenheiten ebenso gelegen sei wie dem Hause, was sie durch wiederholte Bemühungen um die Arbeitsfähigkeit des Hauses dargehen zu haben glaube, werde sich gern an den hierauf gerichteten Arbeiten beteiligen. Sofern das Geschäftsordnungs-Gesetz in Betracht komme, werde die Regierung demnach einen Entwurf zur Abänderung desselben unterbreiten und hierbei den Standpunkt der Regierung hinsichtlich wichtiger Einzelfragen, namentlich der Erledigung der Regierungsvorlagen, entwickeln. —

Frankreich.

Pelletan über die Marine.

In der Deputiertenkammer verteidigte am Freitag Marineminister Pelletan in Verantwortung der Reden verschiedener Abgeordneter seine Politik im allgemeinen und giebt sodann seiner Sympathie und Bewunderung für die Mannschaften der Marine Ausdruck. Geringe Bedürfnisse die Verwaltung der Flotte vollständiger Erneuerung; Absonderungsbestrebungen, welche die Flotte außerhalb des modernen Staatswesens stellen wollen, seien zu bekämpfen. Der Minister betont, er sei zur Aufrechterhaltung der nötigen Manneszucht entschlossen, werde aber allen Mißbräuchen entgegenzutreten und nicht dulden, daß irgend ein Befehlshaber das Leben der ihm untergebenen Offiziere und Mannschaften untragbar mache. (Beifall links.) Bezüglich der eingeschriebenen Matrosen der Handelsmarine erklärt der Ministerpräsident, diese hätten das Recht, in den Ausland zu treten, er wolle sie nicht, wie es die früheren Vorschriften thäten, zum Vorteil der privaten Ausbeutung der militärischen Disziplin unterstellen (Beifall links.) Der Minister erörtert sodann die Frage der Neubauten und beklagt, daß die Ausführung der festgestellten Programme durch die Langsamkeit der Geschäftsabwicklung in den Verwaltungsbureaus verzögert werde. Er erklärt sich gegen große Panzerschiffe; er ziehe ihnen leichtere und zahlreichere Einheiten vor, welche allein fähig seien, die Verteidigung Frankreichs vor See zu sichern. Schließlich spricht sich Pelletan voll Lobes über die Torpedoboote und die Unterseeboote aus und preist Frankreich glücklich, daß es diese beiden Einheiten in stärkerem Verhältnis als die andren Nationen besitze. —

Ueber die neue Dreyfus-Campagne erklärt Jaurès in der „Petite République“, diejenige, denen die Fälschung Henrichs nicht die Augen geöffnet hätte, würden zweifellos auch jetzt wieder die Wahrheit nicht sehen wollen. Aber er hoffe, daß wir wieder eine breite Weiche schlagen werden, die etwas mehr Licht und Gerechtigkeit hereinlassen wird. Er werde die Wahrheit unter seiner persönlichen Verantwortung ohne Uebertreibung und ohne Abschwächung sagen. —

Lehrer-Debatte in der Kammer. Am Donnerstag griff Sylvester in der Kammer die Regierung an, daß sie aus den Lehrern politische Agenten mache. Er wirft gewissen Lehrern vor, in den Schulen internationale und antimilitärische Ideen zu verbreiten. (Anhaltender Lärm auf der Linken Seite.) Sylvester führt mehrere Fälle an. Der Minister des öffentlichen Unterrichts Chaumié erhebt mit Entrüstung gegen die Behauptungen Sylvesters Widerspruch. (Lebhafter Beifall links.) Er lobt die Lehrer, die auf ihrem Feld eine ausgezeichnete Politik ausüben und Bürger erziehen zur Verteidigung der Republik und der Freiheit. (Langanhaltender Beifall auf der Linken.) Lehgues erklärt, die Neutralität, welche Sylvester von den Lehrern verlange, wäre thatsächlich Verrat. Die erste Pflicht der Lehrer sei, die Demokratie und die Republik zu lehren. Wenn die Priester die Kirchen verlassen, um die Wahl-schlacht zu leiten, so hätten auch die Lehrer das Recht, in den Streit einzugreifen. (Beifall links.) Hierauf wird die Generaldiskussion geschlossen und die Kammer nimmt mit 500 gegen eine Stimme einen Antrag an, durch welchen die Erklärung der Regierung gebilligt und allen Lehrern Anerkennung ausgesprochen wird für ihre Hingebung an Frankreich und die Republik. Nach Annahme des Budgets für den öffentlichen Unterricht wird die Sitzung geschlossen. —

Die Ausweisung vier italienischer Arbeiter hatte die Präfektur von Lyon verfügt. Dieselben hatten nichts andres verbrochen, als daß sie sich an dem Genfer Generalstreik beteiligt hatten und deshalb schon aus der Schweiz ausgewiesen worden waren. Der Ministerpräsident Combes hat dem sozialistischen Deputierten Pressensé versprochen, die Maßnahme rückgängig zu machen. Es ist im höchsten Grade tadelnswert, wenn in einem republikanischen Lande Ausweisungen von Ausländern wegen derartigen Gründen überhaupt erfolgen können. —

Belgien.

Der Prozeß gegen Rubino hat am Freitag in Brüssel begonnen. Beim Verhör erklärte Rubino nach einer Volkslichen Meldung, er habe das Leben des Königs als Vertreter der von ihm bekämpften gegenwärtigen Gesellschaft treffen wollen. Er habe die Absicht gehabt, nach Italien zu gehen, um einen Morbanschlag zu verüben, aber seine Mittel hätten ihm nicht gestattet, sich dorthin zu begeben. —

Italien.

Der neue Prozeß Balzoglio, der, wie schon mitgeteilt, in Florenz verhandelt werden wird, dürfte kaum vor Monat Juli beginnen, und man nimmt an, daß er von nicht geringerer Dauer sein wird als der erste. Dieser währte vom 9. September 1901 bis 30. August 1902, also fast ein volles Jahr. — In Palermo, Messina und andren sizilianischen Städten haben bei Bekanntwerden des Beschlusses des Kassationshofes große Demonstrationen zu Ehren des Exdeputierten Balzoglio stattgefunden, woraus ersichtlich ist, daß dieser ehemalige Häuptling der Mafia noch immer viele Freunde und Anhänger besitzt. Balzoglio hat es durchgesetzt, daß man ihn nach Rom gebracht hat, weil er das rauhere Klima in Bologna nicht vertragen könne. —

England.

Die englische Politik gegenüber Irland scheint in etwas freundlichere Bahnen einlenken zu sollen. In den meisten Distrikten ist das Ausnahmegericht aufgehoben; ferner sind verschiedene irische Politiker, welche zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt waren, in Freiheit gesetzt worden. Unter diesen befindet sich William Redmond. —

Rußland.

Zur Zwangsrekrutierung Finnlands. Die Stockholmer Blättern aus Helsingfors gemeldet wird, hat der Kaiser von Rußland aus Anlaß des Ausbleibens von 14798 Wehrpflichtigen bei den Aushebungen im Jahre 1902 verfügt, daß die im Staatsdienst befindlichen Ausgebliebenen sofort zu verabschieden seien, daß innerhalb fünf Jahren den Ausgebliebenen kein Reisepaß nach dem Auslande gewährt werde; daß ferner sämtliche Ausgebliebenen in die Landwehr eingeziehen werden und daß endlich das Leibgarde-Bataillon mit Ausgebliebenen komplettiert werden solle. —

Spinnerstreik in Petersburg. Aus Petersburg wird vom Freitag gemeldet: In der Rewski-Spinnerei haben gestern 2000 Arbeiter die Arbeit eingestellt; sie verlangen eine Lohnerhöhung. Der Verwaltungsrat hat die Fabrik bis auf weiteres geschlossen. Die Arbeiter verhalten sich vollständig ruhig, einen politischen Charakter hat der Ausstand nicht. —

Amerika.

Rio de Janeiro, 5. Februar. Brasilien hat beschlossen, Aere militärisch zu besetzen. Die diplomatischen Beziehungen mit Bolivia sind nicht unterbrochen. Eine Schiffsdivision, bestehend aus dem Panzer „Horiano“, dem Kreuzer „Luzh“ und dem Torpedobootzerstörer „Gustavoampa“ ist unter dem Befehl des Konteradmirals Alencar nach dem Amazonasstrom abgegangen.

Die Hejagd gegen die Kronprinzessin.

Aus Genf wird vom 6. Februar gemeldet:

Die Rechtsanwälte der Kronprinzessin von Sachsen teilen der Presse folgendes mit: Giron hat heute abend Genf mit dem Pariser Schnellzug verlassen, um sich zu seiner Familie nach Brüssel zu begeben, wo er morgen nachmittag ankommt und wo er sich niederlassen wird. Giron hat alle Beziehungen zur Kronprinzessin aufgegeben, um ihr die Wiederaufnahme des Verkehrs mit ihren Kindern zu ermöglichen.

Eine nähere Erklärung über die Ursache dieses Umstüßungs in den Verhältnissen der Kronprinzessin und Girons giebt folgende Nachricht:

Der Münchener Korrespondent des „Nein Kurier“ erfährt von dem Hause Toskana nachstehender Seite, daß in der Affäre der Kronprinzessin von Sachsen in den nächsten Tagen wahrscheinlich eine überraschende Wendung eintreten wird. Die Kronprinzessin hat die Verständigung erhalten, daß ohne Heimatspapiere ihr Frankreich, Italien, die Schweiz, sowie alle andren Länder verschlossen sind. Eine beschlossene Auswanderung werde durch die Vorschriften der sächsischen Regierung wegen des zu erwartenden Kindes ebenfalls vereitelt werden. Aus diesem Grunde habe die Kronprinzessin die Großherzogin Klementine um Vermittlung gebeten. Die Rückkehr der Kronprinzessin nach Salzburg und zwar allein, ohne Giron, dürfte gescheit werden, wenn Kaiser Franz Josef seine Zustimmung, wenigstens für die Zeit der Entbindung, giebt. Man hofft, am toskanischen Hofe, daß die Kronprinzessin jetzt alle Bedingungen annehmen werde! —

Parlamentarisches.

Budget-Kommission.

In der Sitzung am Freitag wurden auch die einmaligen Ausgaben des Etats der Reichs-, Post- und Telegraphen-Verwaltung erledigt. Unverändert angenommen wurden alle die Positionen, bei denen es sich um die II. Rate, also um die Fortführung der bereits in Angriff genommenen Grundstücks-Veränderungen handelt. Die neugeforderten Postbauten wurden gleichfalls fast sämtlich ohne wesentliche Debatte genehmigt. Abgelehnt wurde nur eine Forderung von 124 500 Mark zur Erwerbung eines Grundstücks in Gebweiler, da die geforderten Preise außerordentlich hoch erschienen. Abg. Singer wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß die einfache Angabe der Verwaltung: die Preise seien „angemessen“, doch keine genügende Grundlage für den Reichstag zu einem eignen Urteile bezüglich der Höhe der Preise bilde. Notwendig sei es, daß die Regierung in solchen Fällen stets den Feuerfaktoren des Grundstücks und event. die Höhe der Mieten mitteile. Staatssekretär der Reichspost Kräfte verspricht, daß in Zukunft dem Wunsch des Abg. Singer Rechnung getragen werden soll. — Bezeichnend war ferner, daß wiederholt, aber freilich ohne Erfolg, seitens des Referenten bzw. Korreferenten, der Abg. Paasche und Gieshof, der Versuch gemacht wurde, selbst solche Ausgaben, über deren dringende Notwendigkeit kein Zweifel besteht, auf nächstes Jahr zurückzustellen, damit der diesjährige Etat nicht gar zu schlecht aussehe. Abg. Singer erklärte sich entgegen den gegen eine solche „Parlamentarität“, durch welche wichtige Verkehrs-Interessen gestört würden. Zum Schluß wurde die zweite Rate in Höhe von 302 000 M. für die Herstellung einer Telegraphenlinie im Innern von Deutsch-Ostafrika, von Wapua nach Tabora mit 13 gegen 11 Stimmen der Socialdemokraten, freisinnigen Volkspartei und eines Teiles des Centrums bewilligt. Nächste Sitzung am Dienstag. —

Wahlprüfungs-Kommission. In der Sitzung vom 5. Februar wurde endlich die Prüfung der Wahl des Abg. Volk (5. Zier) zu Ende gebracht. Beschlossen wurde, noch über eine Reihe weiterer Behauptungen des Wahlprotestes Beweis-erhebungen zu beantragen. Wenn das Plenum diesen Anträgen, wie vorauszugehen, stattgiebt, dann hat dies nur den Wert, daß vor der Deffektivität die schamlose Wahl-maße der Nationalliberalen in jenem Streife aufgedeckt wird, denn die Beweis-erhebungen werden so viel Zeit in Anspruch nehmen, daß ginstigstenfalls die Ergebnisse derselben bis ins Ministerium des Innern gelangen, den Weg bis zum Reichstag zurück aber nicht finden werden. So kommt es, daß ein Abgeordneter, dessen Wahl für ungültig erklärt werden muß, bis zum Ende der Legislaturperiode das Mandat behält und eine Thätigkeit ansieht, die ihm längst nicht mehr zukommen dürfte.

Die Kommission trat dann in die Prüfung der Wahl des Abg. Will, konservativ (1. Köslin) ein, ohne dieselbe wegen vorgerückter Zeit zu Ende bringen zu können. Bezüglich dieser Wahl hatte der Reichstag Beweis-erhebungen über einige Fälle von Wahlbeeinflussung beschlossen. Die Resultate liegen vor. Für den Wahlbezirk Krampe lasierte die Kommission die für Will abgegebenen 51 Stimmen, da der Wahlvorstand sich die offenbare Beeinflussung zu Schulden kommen ließ. Die weiteren Zeugenaussagen werden in der am nächsten Dienstag stattfindenden Sitzung die Kommission beschäftigen.

Weiter wird uns aus der Wahlprüfungs-Kommission geschrieben: In der Kommission giebt man sich der Hoffnung hin, daß die beabsichtigte Sicherung des Wahlschheimisses die zeitraubende Prüfung der Stimmzettel, selbst die Untersuchung unberechtigter, terroristischer Wahlkontrolle überflüssig machen werde, so daß die Prüfung der Wahlen künftig leichter und schneller von statten gehen könnte. Damit würde auch der Uebelstand beseitigt, daß Abgeordnete jahrelang ein Mandat innebehalten, das ihnen gar nicht gebührt. Im Falle Will hat z. B. die Beweis-erhebung nicht weniger als 2 1/2 Jahre gedauert. —

Ein weiterer Centrumsantrag zum Etat des Reichsamts des Innern. Gröber und Genossen beantragen: „Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, in der nächsten Session dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Rechtsfähigkeit von Berufsvereinen auf der Grundlage des bürgerlichen Gesetzbuches geregelt wird.“ —

Partei-Nachrichten.

Gemeinbewähler. Die Gemeinbewähler in Langenhessen in der Waidauer Gegend war für ungültig erklärt worden. Bei der abgelaufenen Wahl wurde nun ein Parteigenosse gewählt, was vorher nicht der Fall gewesen war.

Je ein Parteigenosse wurde auch gewählt in Calverde und Windhausen in Braunschweig. Im letzteren Orte sind jetzt alle drei Mandate der dritten Klasse in unsere Hände.

Pölselliches, Gerichtliches usw.

Rüchglücker Kampf gegen socialdemokratische Schriftenversteiler.

Die berühmte Verkommungsvorschrift, wonach an Sonn- und Feiertagen alle öffentlich bemerkbaren Arbeiten verboten sind, sollten die Parteigenossen Ralisch, Koch und Dröme dadurch übertritten haben, daß sie Sonntags in einigen Dörfern den „Märkischen Volkskalender“ verteilten. Das Schöffengericht verurteilte sie auch auf Grund der in Regierungsbekanntmachung vom 21. März 1902 erlassenen Verordnung über die Heiligtumsfeier der Sonntag- und Feiertage, nachdem es festgestellt hatte, daß die Angeklagten von Haus zu Haus gegangen seien und „in jeder Wohnung“ einen Kalender niedergelegt hätten. Das Landgericht Cottbus hob das Urteil insoweit auf, als dadurch die genannte Verordnung angewendet worden ist. Sie sei nicht anwendbar, denn es handle sich hier nicht um eine öffentliche bemerkbare Arbeit in ihrem Sinne, da die Angeklagten ohne besondere Anstrengung die Kalender in den Taschen ihrer Kleider hätten forttragen können. Zur Verurteilung wurden die Soci aber doch wieder zu Geldstrafen von je 15 M. So mußte die Gewerbe-Ordnung herhalten. Das Landgericht legte zunächst den § 43 der Gewerbe-Ordnung so aus, daß alles gewerbmäßige Verteilen von Druckschriften von einer behördlichen Erlaubnis abhängig sei, die die Angeklagten natürlich nicht besaßen. Und dann nahm es ein gewerbmäßiges Verteilen an, weil jeder Angeklagte eine Mark Freigeld erhalten hatte. Die freundlichen Landrichter meinten, die Angeklagten, die die ganze Woche arbeiteten, hätten Sonntags eigentlich ein Ruhebedürfnis. Es werde die eine Mark sein, die sie aufbrächten, und sie hätten sicher die Absicht, bei nächster Gelegenheit wieder Schriften zu verteilen und „ne Mark einzustehen.“

Der Strafsenat des Kammergerichts gab der vom Rechtsanwalt Koppel vertretenen Revision der Angeklagten statt und sprach sie frei, indem er von folgendem, teils schon vom Oberstaatsanwalt geltend gemachten Erwägungen ausging: Die Gewerbmäßigkeit sei nicht bedenklich festgestellt, wenn dem Landgericht dafür schon die Einnahme der einen Mark genüge. Wenn die Angeklagten ebensowohl oder mehr an Reise- und Bekehrungslosten ausgegeben hätten, dann wären die Schlüsse auf ein gewerbmäßiges Handeln verfehlt. Nun habe sich das Landgericht auf § 43 Nummer 5 der Gewerbe-Ordnung berufen. Danach sei in geschlossenen Räumen zur nicht gewerbmäßigen Verteilung von Druckschriften eine Erlaubnis nicht notwendig. Augenscheinlich schließe hieraus das Landgericht, daß man zum gewerbmäßigen Verteilen von Druckschriften in geschlossenen Räumen einer Erlaubnis bedürfe. Ein derartiger Schluß wäre aber verfehlt. Auch wäre hier nicht anwendbar der § 43 Absatz 1 der Gewerbe-Ordnung, der eine Erlaubnis der Ortspolizei fordere u. a. für das gewerbmäßige Verteilen von Druckschriften auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen und an anderen öffentlichen Orten. Hier sei gerichtlich festgestellt, daß die Leute von Haus zu Haus gegangen seien und die Kalender „in jeder Wohnung“ niedergelegt hätten. Somit liege auf keinen Fall ein Verteilen an öffentlichen Orten vor. Damit rechtfertige sich die sofortige Freisprechung. — Der Staatsanwalter wurde außer den Kosten auch die notwendigen Auslagen der Angeklagten auferlegt.

Aus Industrie und Handel.

Ausichten im Baugewerbe. Das reichliche Angebot von Geld zu Bauzwecken bildet für die Bauunternehmer einen starken Anreiz, ihre Tätigkeit ungesätter, als in den letzten beiden Jahren, aufzunehmen. Schon jetzt kann man aus einer Reihe von Angeboten schließen, daß die Frühjahrssaison lebhaft einsetzen wird. Viele Bauten sind so weit vorbereitet, daß schon gegenwärtig die Lieferungen erteilt werden können. Auf dem Markt der Bauartikeln ist die Nachfrage so stark, daß in einzelnen Artikeln die Vorräte fast ausverkauft sind. Auf dem Holzmarkt und auf dem Eisengewerbe merkt man die kommende Lebhaftigkeit des Baugeschäftes deutlich. Die Bestellungen auf Ziegel, Cement, Bausteine usw. laufen dieses Jahr früher und umfangreicher ein als im Vorjahre. Allerdings muß man, um die kommende Besserung des Beschäftigungsgrades nicht zu überschätzen, im Auge behalten, daß es sich bei der in Aussicht stehenden Tätigkeit hauptsächlich um die Errichtung von Wohnhäusern sowie um staatliche und kommunale Bauten handelt. Fabrikbauten und Erweiterungen von industriellen Anlagen kommen auch für 1903 noch wenig in Betracht. Dieser Ausfall spielt in den Industriezweigen eine bedeutende Rolle. So werden z. B. in den Centren der rheinisch-westfälischen und der ober-sächsischen Industrie die Baugeschäfte, sowie die Hilfs- und Nebengewerbe kaum viel mehr zu thun haben als im Jahre 1902, wo in vielen Betrieben nicht nur die Arbeiterzahl stark vermindert, sondern auch die durchschnittliche Beschäftigung vielfach bis auf ein Drittel der Leistungsfähigkeit herabgesetzt werden mußte.

Warenhaus A. Wertheim. Die Firma Wertheim hat bekanntlich in der Leipzigerstraße, am Leipziger Platz und in der Vohstraße mehrere Häuser angekauft, um ihr Geschäftshaus noch weiter auszuweiden. Der Bau soll unbedingt im nächsten Jahre fertig sein. Das Baukapital giebt zum größten Teil die Hypothekendarlehen in Hamburg her, die, wie die „Frankfurter Zeitung“ erzählt, folgenden Beschlüssen der dortigen Hypothekendarlehenbank unterliegt: Die Hypothekendarlehenbank in Hamburg hat der Firma A. Wertheim eine Hypothek zugelegt von 60 Proz. der Selbstkosten in einem Maximalbetrage von nicht weniger als 9,50 Millionen Mark zu 4 1/2 Proz. Zinsen, rückzahlbar am 1. Oktober 1909. Die Hamburger Hypothekendarlehenbank hat die Absicht, einen Teil des Geschäftes anderweitig abzutreten, nach welcher Richtung ihre bereits Offerten vorliegen sollen. Aus diesem Grunde soll die Hypothek in mehreren Appoints mit gleicher Rangfolge eingetragen werden. Uebrigens aber hat die Bank eine Zusage gegeben, daß die Hypothekendarlehenbank in Hamburg eine solche der Lebensversicherungsgesellschaft Victoria von 1,60 Millionen Mark. Diese beiden Belastungen bleiben unverändert bestehen, während eine anderweitige Hypothek, die seitens der Deutschen Grundrentbank in Gotha gewährt wurde, aus dem Erlöse der neuen Belastung abgezogen werden soll.

Oeffentlich-rechtliche Vermögens-Aktiengesellschaft. In der heutigen Sitzung des Aufsichtsrats wurde die Kohlenanzahlung vorgelegt und beschlossen, der Generalversammlung die Zahlung einer Dividende von 10 Proz. (im Vorjahre 12 Proz.) vorzuschlagen. Die Abschreibungen und Rückstellungen wurden auf rund 6 288 000 M. (i. V. 6 259 664 M.) bemessen. Davon sollen 300 000 M. dem Special-Reservefonds überwiesen werden. Zu Gratifikationen, für den Beamten-Unterstützungsfonds und die Arbeiter-Unterstützungskasse wurden 225 000 M. (i. V. 150 000 M.) bestimmt und 300 000 Mark (wie im Vorjahre) auf neue Rechnung vorgetragen.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Berliner Landschaftsgärtner (Sektion des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins unter ärztlich-socialer Leitung) beabsichtigen, in diesem Frühjahr in eine Lohnbewegung einzutreten. Zur Beschlußfassung war von dem Sektionsvorsitzenden am Donnerstagabend eine Versammlung einberufen worden, zu der sich etwa 600 Gärtner

eingefunden hatten. Aus dem Bericht der Vertrauenskommission ging folgendes hervor: Vor zwei Jahren hatten die Landschaftsgärtner mit ihrer Unternehmerorganisation einen Tarif abgeschlossen, nach welchem in der Hauptsache ein Mindestlohn von 40 Pf. pro Stunde vereinbart war für alle Gehilfen über 21 Jahren und solchen, die mindestens schon ein Jahr in der Landschaftsgärtnerthätigkeit waren, sowie zehnstündige Maximal-Arbeitszeit. Jetzt fordern sie: 50 Pf. Mindestlohn bei zehnstündiger Arbeitszeit, Bezahlung der Liebertunden und Sonntagsarbeit mit 15 Pf. Aufschlag pro Stunde, Schutzvorrichtungen gegen Witterungseinflüsse, Lohnzahlung während der Arbeitszeit, Sonnabends eine Stunde früher Feierabend ohne Abzug, Lieferung der Arbeitsgeräte mit Ausnahme von Scheeren und Messern von den Arbeitgebern. Der Verband der gewerbetreibenden Landschaftsgärtner hat eine Verhandlung mit der Kommission abgelehnt, indem er den Gehilfen den Vorwurf macht, die Abmachungen vom Jahre 1901 nicht innegehalten zu haben. Einstimmig wurde beschlossen, zu einem günstigen ersehnten Zeitpunkt dieses Frühjahr unbedingte in den Streik einzutreten, falls die Arbeitgeber nicht vorher die Forderungen bewilligen.

Die Jungbierkäufer beschlossen gestern Abend in einer von fast sämtlichen Kollegen besuchten Versammlung mit allen gegen drei Stimmen, den Brauereibesitzern am Montag früh den neu ausgearbeiteten Tarif zur sofortigen Anerkennung vorzulegen und im Falle der Ablehnung desselben, geschlossen in den Streik einzutreten. Einstimmig wurde beschlossen, zu einem günstigen ersehnten Zeitpunkt dieses Frühjahr unbedingte in den Streik einzutreten, falls die Arbeitgeber nicht vorher die Forderungen bewilligen.

Die Organisation der Straßenbahner macht gute Fortschritte. Nach dem letzten Geschäftsbericht der Ortsverwaltung betrug die Mitgliedszahl 1011 am Jahresabschluss gegen 423 bei der Gründung. In Ermahnungen wurden seit dem 1. April 1902 erzielt 7840,10 M., die Ausgaben betragen 7707,64 M., darunter 3871,63 M. an die Hauptkasse, für Rechtschutz, Arbeitslosen, Kranken- und sonstige Unterstützung ca. 2200 M. Abgehalten wurden in dieser Zeit ca. 200 Betriebsversammlungen der einzelnen Bahnhöfe, die von Monat zu Monat besser besucht waren. Die Organisation stellt 14 Beisitzer zu den Unfalls- und Invaliditäts-Schiedsgerichten sowie den größten Teil der Delegierten zur Betriebs-Krankenkasse.

Achtung! Gewerkschaften Weichensee. Am Sonntag, den 8. d. M., früh 8 Uhr, findet für Weichensee eine allgemeine Flugblattverbreitung statt. Gleichzeitig sollen Handzettel zu der am Montag, den 9. d. M., im Holzgässen Lokal, König-Chauss. 49, stattfindenden Versammlung für die Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen mit verbreitet werden. Die Gewerkschaftsvorstände werden hierdurch ersucht, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß sich die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter vollzählig an dieser Arbeit beteiligen, und sich pünktlich in den bekannten Lokalen einfinden.

Das Gewerkschaftsblatt für Weichensee.

Deutsches Reich.

Die Ausherrung der 500 Arbeiter des Bremer Vulkan in Begeleit kann sich möglicherweise zu einem schweren Konflikt zuspitzen. Zur Teilnahme an der Weichenseer des verunglückten Kameraden — der Ursache der Ausperrung — waren die Arbeiter einer früher getroffenen Abmachung zufolge zweifellos berechtigt. Das Verbot ist von einem neuen Ingenieur erlassen, der auch die Ausperrung verfügte. Die Arbeiter haben die brutale Ausperrung damit beantwortet, daß sie die Sperre über die Werke verhängten. Darauf hat nun die Direktion verfügt, daß sie, wenn die Sperre nicht bis Sonnabend aufgehoben wird, sämtliche Arbeiter — es kommen etwa 2000 in Frage — aussperren wird.

Der Abschluß eines korporativen Arbeitsvertrages für das gesamte Baugewerbe ist in Stuttgart in naher Aussicht. Nach mehreren Sitzungen hat sich eine Kommission aus Vertretern der Arbeitgeber und der Organisationen der Maurer, Zimmerleute, Steinbauer usw. über alle maßgebenden Punkte vollständig geeinigt. Im Laufe der nächsten Woche soll der Vertrag von den Organisationen genehmigt werden. Erfolgt die Genehmigung noch bis Ende Februar, so tritt der Vertrag am 1. März in Kraft.

Husland.

Die Lohnbewegung der Gemeindegewerkschaft in Amsterdam. In der Amsterdamer Gemeinderatsitzung am Mittwoch interpellierte unser Parteigenosse B. J. J. in Gemeinderat mit zwei anderen Stadtverordneten den Bürgermeister und Magistrat darüber, was sie in Bezug auf die Lohnbewegung der Gemeindegewerkschaft zu thun gedenken. Der Bürgermeister gab das Versprechen, daß die Angelegenheit so schnell wie möglich behandelt werden solle. Es sei jedoch nicht möglich, die Lohnregelung für 4000 Arbeiter der verschiedenen Kategorien innerhalb der Zeit von 8 Tagen zu erledigen.

Die Gemeindegewerkschaft fordert im Durchschnitt Lohnerhöhungen von 20—30 Prozent. Der Bürgermeister hat erklärt, daß die in dem Arbeiterreglement, das nächster Tage zur Beratung kommt, festgestellten Löhne nur wenig von den geforderten abweichen.

In der Erwartung, daß die städtischen Behörden den Forderungen der Arbeiter entgegenkommen werden, haben diese die Entscheidung über den Ausstand verschoben. Ein Wolffsches Telegramm sagt darüber:

Amsterdam, 8. Februar. In einer Versammlung der städtischen Gasanstaltsarbeiter wurde beschlossen, die Entscheidung betreffend den Ausstand auf 14 Tage hinauszuschieben. Das Verbot der städtischen Straßenbahnbediensteten beschloß eine neuerliche Versammlung, um das Ultimatum zurückzuziehen und dem Stadtrat Zeit zu lassen, ihre Forderungen in Ermüdung zu ziehen. Zwanzig Arbeiter sind von Utrecht nach Amsterdam abgegangen, um Aufseherdienste zu thun. — Die Arbeiter bei der Wasserleitung beschloßen, von Montag ab in den Ausstand zu treten.

In den Glasfabriken von Damprény und Rochiennes haben die Glasbläser die Arbeit niedergelegt, weil ihnen eine Lohnreduktion von 20 Proz. angekündigt war. Es steht zu befürchten, daß die ganze belgische Glasindustrie von der Ausstands-bewegung ergriffen wird.

Die Ausperrung droht den Schneidern in St. Gallen, weil sie einen von den Weibern angebotenen neuen Tarif, der schlechter ist, als der vor zwei Jahren abgeschlossene, der mit dem nächsten 1. April abläuft, nicht annehmen wollen. Bereits ist den Gehilfen auf 14 Tage gekündigt worden. Drei größere Firmen haben den bestehenden Tarif für eine weitere zweijährige Dauer angenommen.

Niederländischer Gewerkschafts-Kongress. Das Nationale Arbeitersekretariat wird am 15. und 16. März seine Jahresversammlung zu Utrecht abhalten. Auf der Tagesordnung steht unter anderem ein Antrag des Vorstandes, wonach die nahe verwandten Gewerkschaften verpersönlicht werden sollen. Föderationen zu bilden, die im Hande sind, bei Streiks mindestens während der ersten 14 Tage für Unterstützung zu sorgen.

Sociales.

Der Kerze-Streit in Gera

hat der Schatzmacherpresse wieder einmal einen gründlichen Reifall bereitet. So war es für Blätter vom Schlag der „Post“ von vornherein ausgemacht, daß hier wieder einmal die Socialdemokratie ihre Macht gegen die dem Bürgertum angehörenden Kerze ausspielen wolle. Das Blatt schrieb z. B. in einem Artikel über den Geraer Konflikt:

Es liegen hier die gleichen Verhältnisse zu Grunde, welche den socialdemokratischen Machtdünkel ins Ungemessene gesteigert haben. Auf der einen Seite englische Schwäche, auf der anderen die zur vollendeten Selbstverleugung gehende Liebedienerei haben das Machtbewußtsein der Unsturzpartei so gesteigert, daß sie sich bereits alles erlauben zu können meint. Rücksichtslos bringt sie ihre Macht zur Anwendung, wo sie nur immer kann, und naturgemäß geschieht dies auch in be-

sonderem Maße bei den Krankenkassen, deren Vorstände von socialdemokratischen Elementen beherrscht oder bestimmend beeinflußt werden.“

In diesem Tone geht es noch eine lange Weile fort von Uebermut, Herrschsucht, Gewalt, Rücksichtslosigkeit, schrankenloser Willkür und allem möglichem, immer als Vorwurf gegen die Socialdemokratie.

Das paßt nun auf den Geraer Kerzestreit wie die Faust aufs Auge. Von vornherein hat unter Parteimitgliedern in Gera die Partei der Kerze gewonnen. Das Gewerkschaftsblatt hat mehrere Vermittlungsversuche unternommen, die durch das Fernbleiben des Vorstandes der Kerze fehlschlagen sind. Die Kerze ist nämlich eine Betriebsklasse, ein Unternehmer ist Vorgesetzter, die Unternehmer haben maßgebenden Einfluß im Klassenvorstande und die Arbeitervertreter im Klassenvorstande gehen trotz ihrer Ueberzahl im Schlepptau der Unternehmer, weil selbständige Arbeiter in einer Betriebsklasse nicht aufkommen können.

In einer Klassenversammlung, die vor einigen Tagen stattfand, referierte ein Arbeitervertreter aus dem Vorstande über den Streitfall. Er teilte mit, daß der Vorgesetzte, Fabrikant Lubold, deshalb nicht zu der Verhandlung des Gewerkschaftsartikels gegangen sei, weil das Komitee einen politischen Anstrich habe und es sich mit seiner gesellschaftlichen Stellung nicht verträglich, die Sitzungen einer solchen Stipendation zu besuchen. Der Arbeitervertreter billigte dieses Verhalten des Unternehmers und Vorgesetzten ausdrücklich. Die in der Versammlung erschienenen Mitglieder des Gewerkschaftsartikels, die zur Einigung mit den Kerzen raten wollten, wurden mit dem Hinweis auf das Hausrecht hinausgewiesen. Ein Mitglied der Kerze, ein Socialdemokrat, brachte eine Resolution ein, die das Verhalten des Vorstandes mißbilligte und entschied für die streikenden Kerze eintrat. Nachdem der Vorstand der Kerze, der Fabrikant Lubold, eine stammende Rede gegen die Kerze gehalten und die Arbeiter aufgefodert hatte, Vertrauen zu ihren Arbeitgebern zu haben, wurde die Mißbilligungs-Resolution abgelehnt, dagegen eine Vertrauens-Resolution für den Vorstand angenommen.

Der Vorstand des Gewerkschaftsartikels erklärte eine öffentliche Erklärung gegen die dem Kerze durch die Kerze zu teil gewordene Behandlung und behält sich weitere Schritte vor.

So ist der wirkliche Sachstand bei dem Geraer Kerzestreit. Die „Post“ aber und ähnliche Blätter werden unverfroren weiter ihr Sprüchlein herunterleeren von dem Terrorismus der Socialdemokratie.

Der deutsche Kellnerbund veranlaßt eine Erhebung über die Durchföhrung der Bundesrats-Bekanntmachung über den Kellnerschutz und über die Verhältnisse im Kellnergewerbe überhaupt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zum Fall Peters.

Berlin, 6. Februar. Gegenüber den Angaben in der Presse und im Reichstage, die sich auf Äußerungen des Geheimen Legationsrats Hellwig von der Kolonial-Abteilung zum Fall Peters beziehen, ist das Wolffsche Telegraphenbureau in der Lage, nachstehendes zu erklären:

Ein Herr v. Vossberg, der sich, wie später festgestellt, unbedeutend als Vertreter der „Täglichen Rundschau“ einschürfte, und angeblich im Auftrag von drei mit Namen genannten Mitgliedern der freikonservativen Partei zu kommen, hat den Geheimrat Hellwig um vertrauliche Mitteilungen, die es seinen Auftraggebern ermöglichen sollten, auf eine erwünschte Behandlung des Falles Peters im Reichstage zu verzichten. Die Äußerungen, die Geheimrat Hellwig im Laufe der etwa halbstündigen Unterredung gemacht hat, können zwar nicht mehr im Wortlaut wiedergegeben werden, der Sachverhalt aber, der diesen Äußerungen zu Grunde lag, ist folgender:

Lieutenant Bronsart v. Schellendorf, mit dem Geheimrat Hellwig damals im persönlichen Verkehr stand, erzählt diesem im Frühjahr 1895 gelegentlich eines Besuchs über seine Eindrücke im Anschluß an Privatgespräche mit dem Verhalten des Dr. Peters am Kilimanjaro. Die Kolonial-Abteilung war mit dieser Angelegenheit bereits auf Grund von Berichten des Gouvernements von Ostafrika amtlich befaßt. Geheimrat Hellwig sagte dem Lieutenant v. Bronsart, er betrachte es als dessen dienstliche Pflicht, seine Wahrnehmungen zur Kenntnis der vorgesetzten Behörde zu bringen. Herr v. Bronsart lehnte dies indes als ehemaliger Unterbeamter von Dr. Peters ab und bat, seine Mitteilungen als ganz private und vertrauliche zu behandeln. Er erwähnte dabei, daß der Kaiser Kuhnert, der, auf einer Studienreise begriffen, zufällig den beifreisenden Vorgängen am Kilimanjaro als Augenzeuge beigewohnt hatte, über das Verhalten des Dr. Peters empört sei und daß er, Bronsart, Grund zu der Annahme hätte, daß Kuhnert über die Vorfälle an die Kolonial-Abteilung berichten werde. Das Schreiben des Kaisers Kuhnert ist in der That bei der Kolonial-Abteilung eingegangen, und zwar ohne jedes Zutun des Geheimrats Hellwig. Dieses Schreiben hat den Disziplinargericht bei der Verhandlung des Falles Peters vorgelegen.

Abgeordnetenhaus.

Wien, 6. Februar. Nach längerer Debatte werden sämtliche Anträge auf Abänderung der Geschäftsordnung an einen Ausschuss von 48 Mitgliedern verwiesen, welcher in der nächsten, am Dienstag stattfindenden Sitzung gewählt werden soll.

Venezuela.

Washington, 6. Februar. (Meldung des „Reuterischen Bureau“.) Nach Mitteilungen aus bester Quelle ist die Lage hier folgende: Die verbündeten Mächte sind unzufrieden mit der Antwort Howens und haben ihre Vertreter angewiesen, die Frage der Vorschlagsbehandlung dem Präsidenten Roosevelt zur Entscheidung vorzulegen. Wenn der Präsident die Entscheidung ablehnt, so soll die Frage der Vorschlagsbehandlung oder möglicherweise die ganze Kontroverse dem Schiedsgerichtshof in Haag vorgelegt werden. Der englische Botschafter Herbert wird den Vorschlag in der Sitzung der Vertreter der verbündeten Mächte, welche heute in dieser Angelegenheit stattfinden wird, führen. Herbert wird sich inzwischen mit dem Staatssekretär Hay wegen der Möglichkeit der Annahme des Schiedsrichteramtes durch Roosevelt besprechen. Man ist hier der Ansicht, Roosevelt werde den Antrag ablehnen. Howen hat gestern dem Grafen v. Quadt mitgeteilt, daß Venezuela geteilt sei, an Deutschland und Italien 5300 Pf. Sterl. in bar zu bezahlen, dieselbe Summe, welche am Anfang der Verhandlungen nach Herberts Abmachungen England zugesagt worden war. Wie man erzählt, soll nachfolgendes Vorgehen eingeschlagen werden: Wenn die Vorschlagsfrage erledigt ist, sollen die Forderungen jeder einzelnen anpruchsbekämpfenden Macht von einer besonderen Kommission, in welcher sich ein Vertreter der anpruchsbekämpfenden Macht und ein Vertreter Venezuelas befindet, entschieden werden; wenn diese sich nicht einigen können, so soll der König von Spanien einen Schiedsrichter ernennen, der wahrscheinlich der spanische Gesandte in Venezuela sein werde. Falls nach Abschluß eines Abkommens Venezuela einen Monat verstreichen lassen sollte, ohne die Zahlungen an jede der Nationen prompt zu leisten, so soll die belgische Regierung mit der Verwaltung der Hölle betraut werden, welche ähnlich derjenigen der belgischen Zollverwaltung sein sollte.

Washington, 6. Februar. (Meldung des „Reuterischen Bureau“.) Die Nachricht, daß der englische Botschafter Herbert und der Vertreter Venezuelas seinen in der Zusammenkunft am Montag eine ziemlich erregte Auseinandersetzung hatten, wird in bestimmter Weise bestätigt. Es wird erklärt, wenn alle Einzelheiten der gegenwärtigen Verhandlungen zwischen den Vertretern der drei europäischen Mächte und dem Gesandten der Vereinigten Staaten in Venezuela veröffentlicht werden sollten, würde die Welt einige sensationelle diplomatische Zwischenfälle erfahren.

Reichstag.

252. Sitzung. Freitag, den 6. Februar 1903, nachmittags 1 Uhr.

Vom Bundesrat: Reichskanzler Graf Bälou, Freiherr v. Thielmann, Graf Posadowsky. Mehrere Rechnungssachen werden debattelos erledigt. Darauf wird die zweite Beratung des Etats des Reichskanzlers fortgesetzt.

Abg. Dr. Köstler-Kaiserlautern (B. d. L.):

Ich möchte den Reichskanzler fragen, ob bald die von ihm angekündigte Vorlegung eines Gesetzes, das die Ueberwachung des Verkehrs mit Nahrungs- und Genußmitteln auf Grund der bestehenden Reichsgesetze nach einheitlichen Grundfätzen regelt, zu erwarten ist und welche Schritte in dieser Richtung gethan sind. Weiter möchte ich mich erkundigen, welche Bewandnis es hat mit dem in den Zeitungen mitgetheilten Telegramm, wonach eine amerikanische Firma wöchentlich 200 Stck Rindvieh an das deutsche Heer zu liefern sich durch Vertrag verpflichtet hat. Ich habe kein Demonté dieser Nachricht in der Presse gefunden, aber ich bin überzeugt, daß sie nicht wahr ist. Denn wenn auch Graf Posadowsky hier neulich gleichsam programmatisch erklärt hat, daß er nichts Positives für die Landwirtschaft thun könne, so würde doch hierin etwas Negatives, eine direkte Benachteiligung der deutschen Landwirtschaft liegen. Weiter muß ich auf die Brüsseler Konvention zurückkommen. Die Fassung dieser Konvention ist mindestens zweifelhaft. Es hat seiner Zeit schon Abgeordneter Graf Vinberg - Strum darauf hingewiesen, daß nach § 11 England nicht verpflichtet ist, seinen Kolonialzucker mit Strafzöllen zu belegen. Es wäre Pflicht der Regierung gewesen, die Ratifizierung der Konvention solange hinauszuverschieben, bis diese Zweifel behoben waren. Weiter hat bei der Verhandlung der Brüsseler Konvention im Reichstage der Regierungvertreter erklärt, es werde angenommen, daß Rußland den der Zuckerpatrie entsprechenden Zuschlagssatz für nicht in Widerspruch stehend ansehe mit der Weißzuckerzuckerungsklausel in den von Rußland abgeschlossenen Handelsverträgen. Inzwischen aber hat Rußland gegen diese Auffassung protestiert. Die deutsche Regierung hat sich also bei ihrer Annahme getrennt. Wenn auch die zukünftigen Handelsverträge in dieser Weise geführt werden, so werden wir uns sehr vielen Zweifeln gegenübersehen. Ich möchte den Reichskanzler bitten, Handelsverträge nur dann abzuschließen, wenn man sich über deren Inhalt vollkommen klar ist. Ferner ist es zu meinem Bedauern vorgekommen, daß kanadischer Weizen, obwohl wir für alle kanadischen Einfuhrartikel differenzierte Zölle haben, nicht differenziert zu uns eingeführt worden ist. Der deutsche Reichssatz ist allein bei kanadischen Weizen in einem Jahre eine halbe Million an Zollentnahmen eingegangen. Welche Veranlassung haben wir, den Kanadiern eine halbe Million zu schenken? Die kanadische Statistik weist auch eine Waidenführung nach Deutschland auf, von der in der deutschen Statistik nichts enthalten ist. Der Reichskanzler hat die Behauptung an uns gerichtet, die Person des Kaisers nicht in die Debatte zu ziehen. Das ist gewiß sehr wünschenswert. Man spricht auch davon, daß Maßregeln getroffen werden sollen, welche eine zu weitgehende Besprechung kaiserlicher Reden verhindern. Andererseits kam das, was von der höchsten Stelle gesagt wird, nicht übersehen werden. Darin würde, wie Graf Altestrom richtig gesagt hat, eine Rücksicht solcher Äußerungen liegen. Der Reichskanzler sagte, er übernehme auch die Verantwortung für nicht gegengezeichnete Äußerungen. Diese Verantwortung kann doch aber nicht nur eine rein äußerliche, formelle, sondern sie müßte auch eine innere sein. Nun hat aber der Reichskanzler stets gesagt, daß er den Mittelweg einschlage, und hat Gefühlsäußerungen in der Politik als unbedingt verwerflich hingestellt; man wird aber nicht behaupten können, daß einzelne der Reden des Kaisers diesen Mittelweg eingehalten oder sich von Gefühlsäußerungen freigehalten hätten. Es wäre also doch besser, wenn man sich mehr zurückziehen würde auf den tatsächlichen Inhalt der Verfassung, und diese lenkt keine Verantwortung als die durch Gegenzeichnung.

Es müßte dafür gesorgt werden, daß politische Äußerungen des Kaisers von programmatischer Natur nicht in die Öffentlichkeit kämen ohne Gegenzeichnung.

Der Herr Reichskanzler ist uns ja allen als äußerst gewandter Redner bekannt. Auch gestern hat er wieder im Landwirtschaftsrat Worte gesprochen, daß man glaube, jenen Vogel zu hören, dessen Namen ich nicht zu nennen brauche. Selbst der Stattenfänger von Sameln könnte es nicht schöner machen. (Heiterkeit.) Der Herr Reichskanzler hat wieder betont, daß der Zolltarif eine Besserung für die Landwirtschaft bedeute, ohne doch meine Behauptung zu widerlegen, daß, wenn von einer Besserung die Rede sein könne, dieselbe höchstens auf dem Papier läge. Sehr betrüblich aber hat mich sein Wort vom Umdank der Landwirtschaft. Ich meine umgekehrt, Reich und Staat haben Grund genug, der deutschen Landwirtschaft dankbar zu sein für das, was sie dem Staat gegeben hat für die Kosten, die sie übernommen hat und dafür, daß sie trotz aller Zurücksetzung in nationalen Fragen für die Regierung gestimmt hat. Wir werden für unsere Ideale weiter kämpfen, gleichviel ob wir Umdank oder Dank von der Regierung ernten. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Hr. v. Rüdiger:

Die Verhandlung auswärtiger Dinge hat sehr ihre zwei Seiten. Sie kann nützlich und schädlich für das nationale Interesse sein. Dies tritt insbesondere hervor bei Behandlung abgeschlossener Staatsverträge, mit Rücksicht darauf, daß diese Staatsverträge an sich zunächst nur eine Art von Programm bilden; daß sie in Wirklichkeit treten nicht durch den stattgehabten Beschluß, sondern durch den Austausch der Ratifikation. Die Bemerkungen, die in der Zwischenzeit gemacht werden können für das eigene Land vorteilhaft sein, sie können es auf ein Versehen aufmerksam machen, das es bei der Ratifizierung nachholt; sie können aber auch — ich will nicht sagen dem Gegner, aber dem andern Kontrahenten — die Möglichkeit geben, eine Lücke zu sehen, die er zu seinen Gunsten ausfüllen kann. So ist es auch mit der parlamentarischen Verhandlung der Brüsseler Konvention. Die englische Regierung hat seiner Zeit sich auf den Standpunkt gestellt, daß sie nicht gezwungen werden könne, Zuschlagssätze für den Zucker aus ihren Kolonien zu zahlen. Sie hat dieser ihrer Ansicht in dem Text der Brüsseler Konvention keinen Ausdruck gegeben. Die Delegierten standen nun vor der Wahl, entweder die britischen Delegierten an die Hand zu drücken und ihnen zu sagen: Ihr müßt, ehe wir abschließen, dies anerkennen. Die Folge wäre gewesen, daß England zweifellos nicht darauf eingegangen wäre und die Konvention nicht zustande gekommen wäre. Es wurde daher der Ausweg gewählt, einer definitiven Lösung der Frage aus dem Wege zu gehen, da eine praktische Notwendigkeit für ihre sofortige Lösung nicht gegeben war. In den parlamentarischen Erörterungen, die nun folgten, ist dieser Punkt besprochen worden und besonders gründlich bei uns. Das hat dazu geführt, daß die Aufmerksamkeit auf diese Frage in der zweiten Welt gelenkt wurde.

Die weitere Folge war, daß — um das Bild zu brauchen — dem Löwen auf den Schwanz getreten wurde. (Lärm rechts.) Er regte sich infolge dessen, und die britische Regierung wurde ge-

zwungen, in ihrem Parlamente zu dieser Frage scharfer Stellung zu nehmen. Wir haben dann dazu erklärt, daß falls größere Quantitäten Zucker aus den Kolonien nach England eingeführt werden sollten, wir uns volle Aktionsfreiheit vorbehalten. Die Ratifikation der Brüsseler Konvention wird dadurch nicht berührt. Die Regierungen werden zu der Frage Stellung nehmen, wenn das praktische Bedürfnis dazu hervorritt.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Herr Köstler hat behauptet, ich hätte die Versicherung gethan, es würden in Zukunft nicht viel positive Maßnahmen für die Landwirtschaft zu ergreifen sein. Ich habe nie ein ähnliches Wort gesagt. Ich habe lediglich von einer weiteren Erhöhung der Zölle gesprochen. Aber positive Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft liegen nicht nur auf dem Gebiete der Zölle sondern auf dem Gebiete der gesamten Landwirtschaft. — Ich gestehe zu, daß auch heute noch der Druck der öffentlichen Äußerungen auf die landwirtschaftliche Bevölkerung schwerer ist als auf die Städte. (Sehr richtig! rechts.) Doch die Staatslasten auf das Land viel härter drücken, liegt auch daran, daß die Kommunalverbände auf dem Lande wesentlich kleiner sind als die städtischen. (Sehr richtig! rechts.) Aber man darf es doch nicht so darstellen, als ob die öffentlichen Lasten nur auf dem Lande ruhten. Sie ruhen auch auf den städtischen Kommunen.

Ich möchte daran eine allgemeine Bemerkung knüpfen. Sie (nach rechts) sagen immer — und mit Recht —, daß der Bauernstand eine der wichtigsten Grundlagen des Staates bilde. Die Regierung ist in dieser Beziehung vollkommen mit Ihnen einig. Nun aber wird fortgesetzt dem Bauernstand erklärt: Die Regierung ist schwach, sie wird ihre Verpflichtungen gegenüber dem Bauernstande nicht halten, wir glauben nicht, daß die Regierung den guten Willen hat, etwas für die Landwirtschaft zu thun. Wenn Sie (nach rechts) aber wirklich den Bauernstand für eine der wichtigsten Grundlagen eines jeden konservativen Staates halten, so müssen Sie sich mit uns vereinen, im Bauernstand das Vertrauen zur Regierung zu erhöhen und nicht fortgesetzt zu erschüttern. (Sehr richtig! im Centrum und bei den Nationalliberalen.)

Die Nachricht, daß seitens eines Ressorts des Reiches oder Prezens mit amerikanischen Firmen Verträge abgeschlossen seien, ist auch nie in der Presse aufgetaucht. Ich habe mich daraufhin sofort an die Ressorts, die solche Lieferungen hätten machen können — das Reichsamt des Innern samt nicht 200 Tausend wöchentlich bestellen (Heiterkeit) — also an das Kriegsministerium und das Reichs-Marine-Amt, gewandt mit der Bitte um Aufklärung. Diese habe ich bisher noch nicht bekommen. Die Antwort werde ich seiner Zeit dem Hause mitteilen.

Was die allgemeine Nahrungsmittele-Kontrolle anlangt, so verfolge ich jede Anregung, die hier im Hause gegeben wird, sofort. Ich lasse mir sofort Auschnitte aus dem betreffenden Stenogramm machen. Es haben bereits kommissarische Verhandlungen in dieser Frage stattgefunden. Aber schon bei diesen Verhandlungen sind seitens der einzelnen Ressorts ernste Bedenken dagegen aus finanziellen Gründen erhoben worden, besonders Beamte für die Nahrungsmittelkontrolle anzustellen. Vom Standpunkt des Reichsamts des Innern aus ist natürlich eine solche Kontrolle äußerst wünschenswert. Es ist durchaus wünschenswert, daß die Nahrungsmittelkontrolle in allen Einzelstaaten nach gleichen Grundfätzen und möglichst berufsmäßig gehandhabt wird. Denn alle Gelege zum Schutze der Nahrungsmittel werden uns nicht viel helfen, wenn die Nahrungsmittelkontrolle lediglich in der Hand der gewöhnlichen Polizei-Organen liegt. Dies sind in solchen Fragen absolut nicht sachverständig und außerdem bereits mit unendlich vielen Aufgaben belastet. Sie sollen aktivierend und fast allgegenwärtig sein. Sie werden also die Güte haben, abzuwarten, welchen Erfolg diese Anregung hat.

Ich möchte mich weiter äußern über die kanadische Einfuhr gegenüber der immer wiederholten Behauptung, daß große Massen von kanadischem Weizen und Mais nach Deutschland eingeführt würden. Redner legt eingehend dar, wie genau und sorgfältig die Kontrolle der Zollbehörden über den Ursprung des aus Amerika importierten Weizens ist und wie hoch sich die Einfuhr an kanadischem Manitoba-Weizen beläuft. Es ist irrig, daß große Quantitäten kanadischen Weizens eingehen und zum Konventionssatz statt zu dem autonomen Satz von 3 M. verzollt werden. Anders liegt es natürlich mit Mehl, das in Amerika aus kanadischem Weizen hergestellt wird. Dierfür gelten natürlich die Verträge. Abg. Hug (C.) — auf der Tribüne schwer verständlich — verteidigt die Zustimmung des Centrums zum Zolltarif gegen die Angriffe der Wähler. Für die gesamte deutsche Landwirtschaft war die Annahme des Zolltarifs durchaus vorteilhaft. Redner sucht nachzuweisen, daß das Ausland mindestens dasselbe, wenn nicht ein größeres Interesse an dem Abschluß von Handelsverträgen habe, als Deutschland und verbreitet sich dann über unsere Handelsbeziehungen mit der Schweiz.

Abg. v. Kardorff (Rp.):

Abg. Hug hat es so dargestellt, als ob die Majorität dieses Hauses dem Zolltarif in der angenommenen Form zugestimmt hätte, weil von der Regierung keine höhere Höhe zu erwarten gewesen wären. Meine Meinung ist das nicht gewesen. Die Regierung wäre wohl auch für die Kommissionsbeschlässe zu haben gewesen. Aber es war eben keine sichere Mehrheit dafür zusammenzubringen, da die Nationalliberalen erklärten, sie gingen nicht über die Regierungsvorlage hinaus, und da das Centrum zweifelhaft war, ob es alle seine Stimmen zusammenhalten könnte. Da war es für uns alle maßgebend, der Obstruktion der Sozialdemokratie entgegenzutreten. Wir wollten nicht, daß die Sozialdemokraten in das Land hinausgingen und sich rühnten: „Seht, wir haben den ganzen Zolltarif zu Falle gebracht“. Ich glaube, daß auch der angenommene Zolltarif zu guten Verträgen für die Landwirtschaft führen kann.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antik.):

Ueber die Frage, ob Viehfleischverträge mit einer amerikanischen Firma abgeschlossen sind, wird die Regierung noch nähere Auskunft geben müssen. Es wäre in der That ein unerhörtes Verhalten gegenüber der deutschen Landwirtschaft. Ueber die Diätenfrage hat der Reichskanzler sich sehr diplomatisch geäußert. Dr. Dertel glaubte eine Gewährung von Diäten für die Zukunft herauszuhören, während der andere vor allem nur das „Nein“ hörte. Der Kanzler äußerte auch, er glaube nicht, daß für etwaige Kompensationen für Diäten sich im Reichstage eine Mehrheit finden werde. Eine weiße Regierung sollte die gegenwärtige günstige Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, um die allgemeine Wahlpflicht für die Reichstagswahlen durchzuführen, sie müßte die staatsrechtlichen Bedenken gegen den Versuch heranziehen, solange es noch Zeit ist. Diese allgemeine Wahlpflicht gegen den Umsturz müßte ein Korrelat sein zur allgemeinen Wehrpflicht im Heere. Bei den Stichwahlen würde dann mit der sozialdemokratischen Partei aufgenommen werden! (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Nur zwei Wahlkreise, Glogau-Mecklen und Leipzig-Land, sind von den Sozialdemokraten mit mehr als der Hälfte aller Wahlberechtigten genommen worden, die übrigen Wahlkreise sind erst in Stichwahlen erobert worden mit Hilfe bürgerlicher Parteien. Die Gründe des Abgeordneten Richter für Diäten waren für mich sehr maßgebend als die Gegenstände des Abgeordneten Fürsten Widmar. Fürst Widmar sagte, wir hätten in Deutschland kein Oberhaus wie in England. Wir haben doch eine Art von Oberhaus, den Bundesrat, dessen Mitglieder sehr hohe Besalge haben.

Durch Einführung von Diäten würde der Sozialdemokratie der schwerste Schlag versetzt werden, den man ihr überhaupt versetzen kann. (Lachen bei den Social-

demokraten.) Es würde damit das goldene Band zerhauen werden, das in Form der Diäten aus der Parteifrage heute noch die Meinungen in der Sozialdemokratie zusammenhält; es würden dann sehr divergierende Bestrebungen innerhalb der Sozialdemokratie zu Tage treten.

Eine Neueinteilung der Wahlkreise nach geographischen und historischen Gesichtspunkten sollte von Seiten des Reichskanzlers für die nächste Legislaturperiode in Aussicht genommen werden, in organischer, nicht in mechanischer Weise. Die städtischen Massen dürfen wir nicht zu Herren machen. In jedem ländlichen Wahlkreise giebt es mehr staats-erhaltende Kräfte als in dem größten Industriebezirk. Das hat Reichskanzler dem Kaiser den Empfang der Boeren-Generale empfohlen hat, erachte ich für ein erhebliches Zeichen des Verständnisses für die Unpopulabilität der Volksecke. Daher bedauere ich es umso mehr, daß dieser Empfang infolge böser Mißverständnisse unterblieben ist. Von einer plötzlichen Sinnesänderung der Boeren-Generale kann keine Rede sein. Sein Gewährsmann hat da den Herrn Reichskanzler ganz falsch berichtet. Die Boeren-Generale selbst haben es dem Empfangskomitee gegenüber wiederholt mit Nachdruck betont, wie peinlich ihnen dieses Mißverständnis sei. Alle ihre Versuche, diese Mißverständnisse aufzuklären, scheiterten aber. Unter diesen Umständen ist es nicht wunderbar, daß die Meinung sich verbreitete — ich teile sie nicht —, die holländischen Unterhändler hätten unter englischer Einwirkung geistlich Mißverständnisse herborgerufen, um Deutschland davor zu bewahren — um mit dem Herrn Staatssekretär des Auswärtigen zu sprechen, — dem Löwen auf den Schwanz zu treten.

Auf die Kolonialpolitik will ich nicht ausführlich eingehen. Ich will nur auf eine Notiz der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ aufmerksam machen, die geradezu ungeheuerliche Behauptungen aufstellt. Es wird da behauptet, daß der Decernent im Kolonialamt, Geheimrat Hellwig, um die Kandidatur des Dr. Peters für den Gouverneurposten in Deutsch-Ostafrika im Jahre 1895 unumgänglich zu machen, persönlich durch Vermittlung des Leutenants Bronsart von Schellendorf und unter Heranziehung eines Malers Kulper, eines Bekannten von Peters, veranlaßt habe, daß Bescheidungen über Dr. Peters beim Auswärtigen Amt eingereicht wurden. Wenn diese ungeheuerlichen Behauptungen auf Thatsachen beruhen sollten, so wäre es allerdings höchste Zeit, daß Wandel im Personal des Kolonialamts geschaffen wird.

Der Herr Reichskanzler hat bei der ersten Lesung des Etats mich wenig höflich behandelt. Aus der Thatsache, daß am Tage darauf Herr v. Pöbbeckel das Tischgespräch zwischen sich und dem Bunde der Landwirte zerhauen hat, das „Hamburger Echo“ die merkwürdige Folgerung gezogen, daß die Regierung beabsichtigt, bei den nächsten Wahlen die Parteien der Linken nach Möglichkeit zu fördern, um hier eine Mehrheit für ihre Handelsvertrags-Politik zu erhalten. Ich glaube nicht, daß jemand diese Kombination ernst nehmen kann.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich kann nunmehr die Behauptung, daß die deutsche Regierung mit einer inkanadischen Firma Verträge zur Lieferung von Vieh abgeschlossen habe, als absolut unbegründet bezeichnen. Sowohl die Vertragsbedingungen des Reichs-Marine-Amtes wie des Kriegsministeriums schließen solche ausländische Lieferungen für den inländischen Bedarf aus. (Bravo! rechts.) Unbekannt ist im Reichs-Marine-Amt, ob etwa die vor Venezuela liegenden Truppen Lieferungen von amerikanischen oder kanadischen Firmen bezogen haben.

Abg. Dr. Fahnstich (fr. Bg.):

Was den Empfang der Boerengenerale anlangt, so hat das Auswärtige Amt mit Recht seine Politik nicht nach Gefühlsäußerungen und parteipolitischen Spekulationen eingerichtet. Die Interessen der deutschen Zuckerindustrie — erforderte den Anschluß Deutschlands an die Brüsseler Zuckerkonvention. Die gestrige Rede des Reichskanzlers hat bei der Meisten am Schluß demonstrativen Beifall erhalten. Auch wir sind aus konstitutionellen Gründen dafür, daß die Person des Kaisers möglichst wenig in die Debatte gezogen wird. Aber der Widerhall aus dem Parlament erdrikt erst, wenn der Hall vorausgegangen ist. Der Reichskanzler hätte seine Meinung nach einer andern Stelle richten sollen! Herr v. Kardorff hat wieder behauptet, die „Obstruktion“ habe die Mehrheit für den Zolltarif zusammengebracht. Verstören wir doch endlich diese Legende! Nicht das Verhalten der Linken, sondern der Wunsch, sich die Vorteile der erhöhten Zölle zu sichern, hat die Mehrheit bewegt, den Antrag Kardorff anzunehmen. Die Folgen des Zolltarifs haben sich ja schon in den jetzt veröffentlichten ökonomischen und russischen Zolltarifen gezeigt. Diese bilden die natürliche Antwort auf den deutschen Tarif. Die Situation für neue Handelsverträge ist nun eine sehr schwierige geworden. Herr Camp hat die Debatte über die Wahlkreis-Einteilung auf das persönliche Gebiet herüberzubringen versucht. Und liegt aber an dieser Reform nur aus Gründen der Billigkeit und Gerechtigkeit. Die Herren der Rechten, vom Centrum und der Nationalliberalen hätten offen zugestehen sollen, daß sie unsern Antrag lediglich aus Parteirücksichten bekämpfen. (Sehr richtig! links.) — Die Hinausschiebung der Einführung von Diäten halten wir für absolut unbegründet. Die Aktionsfähigkeit des Parlamentes wird durch den Mangel an Diäten aufs schwerste gehemmt. In Deutschland giebt es keinen einzigen konstitutionell regierten Staat, der die Entschädigungspflicht nicht anerkannt hätte (Hört! hört! links), um so mehr sollte endlich der Bundesrat seinen Widerstand gegen diese alle Forderung des Reichstages aufgeben. (Bravo! links.)

Abg. Franzen (natl.):

Wenn die Jesuiten den religiösen Frieden in Deutschland nicht stören, so habe ich als Vertreter der evangelischen Arbeitervereine gegen ihre Zulassung nichts einzuwenden. Weiter wollte ich nur konstatieren, daß in Esch-Lohringen der erste Sozialdemokrat die Verfassung bekräftigt hat. Das wäre der erste kaiserliche Sozialdemokrat. (Heiterkeit.)

Reichskanzler Graf Bälou:

Auf den geschmackvollen Schluß der Rede des Herrn Abg. Liebermann v. Sonnenberg will ich nicht eingehen. Ich will nur konstatieren, daß die befriedigenden Versicherungen, die er abgegeben hat über seine Gefinnung für Rußland, Frankreich, England, Italien, gewiß im Auslande den allerbesten Eindruck machen werden. (Große Heiterkeit.) Der Abg. Liebermann v. Sonnenberg ist nun zurückgekommen auf den Empfang der Boerengenerale. Ich kam dem Gewährsmann, von welchem ich neulich sprach, nicht nennen, ohne mich einer Indiskretion schuldig zu machen. Aber das kann ich neuerdings versichern, daß es sich um eine Persönlichkeitsfrage handelt, an deren voller Glaubwürdigkeit nicht der mindeste Zweifel möglich ist. Das wird Herr Liebermann mir umso mehr glauben, da die betreffende Persönlichkeitsfrage nicht, wie er annimmt, ein Diplomat ist. Dieser Mittelmann schrieb mir: „Die Boerengenerale kamen gestern Abend zu mir, um mir zu sagen, daß die Einbindung einer Anfrage um Audienz beim britischen Volschaffter nie in ihren Plänen gelegen habe. Eine solche Anfrage scheint Ihnen ausgeschlossen: sie meinen, sie würden berufen werden.“ Welche Einflüsse wirksam gewesen sind, um bei den Boerengenerälen diese plötzliche und völlige Sinnesänderung herbeizuführen, bin ich nicht in der Lage zu sagen. Das zu untersuchen ist auch nicht meine Aufgabe. Thatsache ist, jedenfalls, daß die anfänglich bei den Boeren-Generälen vorhanden

...Bereitschaft, die Einladung zu einer Audienz bei ... Majestät anzunehmen, hinterher modifiziert worden ist. Wenn ... den Boeren-Generale für diese ihre Sinnesänderung darauf ... angewiesen wurde, daß auch der König von England sie hätte zu ... lassen, so ist dies Argument kein durchschlagendes. Denn ... Boeren-Generale waren die Unterthanen des Königs von England, ... sie zu sich beschließen konnte. Jedem andern Souverain gegenüber ... waren sie britische Staatsangehörige. Uebrigens kommt es ... hierauf nicht einmal an. Nach der bei den Generalen eingetretenen ... Sinnesänderung war für uns eine neue Sachlage geschaffen, welche ... eine Audienz auslöste.

Mit wenigen Worten will ich noch eingehen auf das, was Herr ... Rede über die Handelsverträge gesagt hat. Durch die bei uns ... über den Zolltarif und über die Handelsverträge im Plenum wie in ... der Kommission geführten eingehenden Beratungen sind unsere ... Karten für die diplomatischen Verhandlungen wegen Abschluß ... von Handelsverträgen bereits so sehr aufgedeckt worden, daß ... unsere Unterhändler ihre an sich schon nicht leichte Position ... dadurch mindestens nicht erleichtert worden ist. (Sehr richtig! ... rechts.) Durch die detaillierten Erörterungen über jede Position, ... ihre Entstehung, Geschichte und ihre Begründung ist die Situation ... für unsere Vertreter eine erheblich schwierigere geworden, als die für ... die Vertreter anderer Länder, bei denen der Zolltarif in einer ... geräuschlosen Weise erledigt worden ist. (Sehr richtig! rechts.) Des ... halb glaube ich, daß es an der Zeit ist, nimmere unsere Unter ... händler die Bahn freizugeben und die Diskussion über Handels ... verträge im allgemeinen und im besonderen zu schließen, und ... so lange geschlossen zu halten, bis fertige Handelsverträge ... diesem hohen Hause gegebenen Anlaß bieten, um sich wieder mit ... dieser Materie zu beschäftigen. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts.) ... Herr Röske hat sich mit der Rede beschäftigt, die ich auf dem ... Banquet des Landwirtschaftsrats gehalten habe. Ich weiß nicht, ob ... er dabei zugegen war -- nein? -- thut mir leid, es war ein sehr ... nettes Zeit. (Große Heiterkeit.) Wenn er zugegen gewesen wäre, ... würde er wissen, warum ich für die Behauptung, daß der neue ... Tarif der Landwirtschaft bessere Vorteile bietet als der frühere, nicht ... allzuviel Gründe anzugeben hätte. Ich sagte dies in einem ... Kreise von sehr einflussreichen Landwirten. Denen gegenüber brauchte ich für meine ... ganz unbestreitbare Behauptung nicht viele Gründe anzuführen. ... Ich würde wirklich glauben, unhöflich zu sein, wenn ich ... annehmen sollte, daß irgend jemand im Ernste annehmen sollte, daß ... der neue Zolltarif nicht bedeutend agrarischer wäre. (Sehr richtig! ... links.) Ich habe dem neuen Zolltarif mit Absicht und Bewußt ... eine agrarische Gestalt gegeben gegenüber dem früheren Zolltarif. ... Wie man aber bestreiten kann, daß der neue Tarif den Inter ... essen der Landwirtschaft nicht weiter entgegenkommt, ist ... mir schleierhaft. (Sehr richtig!) Ich glaube, es wird ... vielen Herren hier im Hause auch schleierhaft sein. ... Herr Röske hat es mir übel genommen, daß ich gestern gesprochen ... habe von Unbill für diejenigen, welche den Zolltarif zu stande ... gebracht haben. Dabei hat er zunächst verschwiegen oder übersehen, ... daß ich gestern nicht allein von Unbill derjenigen, die die wesent ... lichen Vorteile des neuen Tarifs nicht anerkennen, gegenüber der ... Regierung sprach, sondern auch von Unbill für alle diejenigen ... Politiker, Parlamentarier oder Landwirte, die diesen Zolltarif ... zu stande gebracht haben. Das Interesse der Landwirtschaft ist meines ... Erachtens von den verbündeten Regierungen und von der Mehrheit ... dieses hohen Hauses ebenso sehr oder noch bedeutend wichtiger wahr ... genommen worden als von dem Bund der Landwirte. Ich nehme ... selbstverständlich diejenigen Mitglieder des Bundes der Landwirte ... an, die für den Zolltarif gestimmt haben. Wenn ich mich nicht ... täusche, haben unter den Herren vom Bund der Landwirte, die diesem ... hohen Hause angehören, etwa zwei Drittel für den Zolltarif ... gestimmt und nur ein Drittel dagegen. Was aber diejenigen Herren ... vom Bund der Landwirte angeht, die gegen den Zolltarif gestimmt ... haben, so stehen ihre Dienste, die sie der Landwirtschaft leisten, ... hinter den Verdiensten der verbündeten Regierungen und ... der Mehrheit dieses hohen Hauses für die Landwirtschaft ... schief so weit zurück, wie Negation und Kritik zurück ... bleiben hinter positiver Arbeit. (Sehr richtig!) Ich finde, ... daß, nachdem die wirklich schwierige Lage der Landwirtschaft ... zu vielen Klagen geführt hat und es uns endlich gelungen ... ist, per tota discrimina rerum (durch so viele Schwierigkeiten) den ... Zolltarif zur Annahme zu bringen, es endlich Zeit wäre, mit dem ... System der absoluten und immer wiederholten Kritik zu brechen, ... der Landwirtschaft wird damit nicht gedient.

Ich möchte dann noch Bezug nehmen auf eine Bemerkung, die ... gestern dem Herrn Abgeordneten Müller-Reinigen entschlüpfte. Als ... gestern Herr Camp sein Vertrauen ausdrückte zu den verbündeten ... Regierungen und dabei zurückkam auf das Zustandekommen des ... Zolltarifs und von den Unterhandlungen sprach, die dabei vor sich ... gegangen sind, meinte Herr Müller-Reinigen -- er stand mir ... gerade gegenüber -- in Bezug auf meine Person: „Umgefallen ist ... er doch.“ (Heiterkeit.) Der Herr Abg. Müller-Reinigen, der ... ein belehener Herr ist und der ein geistlicher Mann ist (Lachen ... rechts) -- ich meine das ganz im Ernst -- wird mich verstehen, wenn ... ich sage, daß dieses Wort: umgefallen ist er doch, zu den Worten ... gehört, die sich einstellen, wo Begriffe fehlen. (Sehr richtig!) ... Als die erste Nachricht von dem Zustandekommen des Kompromisses ... zwischen den verbündeten Regierungen und der Mehrheit dieses ... hohen Hauses, eines Kompromisses, zu dessen Zustandekommen mit ... geholfen zu haben ich mir immer zum Verdienst anrechnen ... werde -- als die erste Nachricht davon in die Öffentlichkeit ... kam, da las ich am nächsten Tage in einer ... angesehenen, weitverbreiteten Berliner liberalen Zeitung, ich hätte ... derartig nachgegeben, daß jedes Vertrauen zu mir nicht ... nur im Inlande, sondern auch im Auslande, in allen ... fünf Weltteilen, für immer und ewig erschüttert worden ... sei. (Große Heiterkeit rechts und im Centrum.) und an ... demselben Tage las ich in einer sehr angesehenen, sehr verbreiteten ... agrarischen Zeitung (der Reichsanzeiger deutet bei diesen Worten ... auf den vor ihm sitzenden Abgeordneten Dr. Dertel. -- ... Große Heiterkeit), daß die verbündeten Regierungen und ... meine Bemerkung auch rein gar nichts konzediert hätten, nicht ... das allermindeste Zugeständnis gemacht hätten. (Abg. Dr. Dertel ... ruft: Sehr richtig! -- Heiterkeit.) Die beiden Artikel habe ich ... mir aufgehoben, ich möchte sie mir in mein Familienarchiv legen ... (Große Heiterkeit), damit die Nachwelt sieht, wie objektiv in unserer ... Zeit Politik betrieben wurde. Die Wahrheit ist, daß bei der ... Verständigung, die zwischen den Mehrheitsparteien dieses hohen ... Hauses und den verbündeten Regierungen zu stande gekommen ... ist, von persönlicher Eigenliebe, von Eigennutz, von Rechthaberei, ... von Eitelkeit überhaupt nicht die Rede war. Wenn ... sich verständige Leute, die keine Divergenzen unterordnen unter ... große Notwendigkeiten, verständigen, so fällt weder die eine noch ... die andere Seite um. Also mich lassen die so häufig wiederholten ... Wortwörter wegen Unfalles vollkommen kalt und ich denke, daß es ... der großen Mehrheit dieses hohen Hauses, die unbelächelt mich ... den Angriffen von der äußersten Linken wie von der äußersten Rechten ... den Zolltarif zu stande gebracht hat, darin ebenso geht wie mir! ... (Beifall rechts und im Centrum.)

Damit schließt die Debatte. Der Etat des Reichsanwalter wird ... bewilligt. Die Resolution Dr. Barth betr. die Neueinteilung ... der Wahlkreise wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und Social ... demokraten abgelehnt.

Das Haus vertagt sich.
Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr (Zweite Lesung des Etats des ... Reichsanwalter des Innern).
Schluß 5 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

15. Sitzung, Freitag, den 6. Februar, 11 Uhr.
Am Regierungstische: Herr v. Hammerstein.
Die zweite Lesung des Etats des Ministeriums des ... Innern in Verbindung mit dem Antrag Dr. Barth (fr. Vg.) auf ... Neueinteilung der Wahlkreise und Einführung der geheimen Wahl ... wird fortgesetzt.

Abg. Röske (n.):

erklärt sich unter großer Unruhe des Hauses für eine Neubegrenzung ... der Wahlkreise. Diesen Standpunkt habe er auch schon früher ... eingenommen. Dagegen ermanget der Teil des Reichstagsantrages, ... der die geheime Stimmabgabe verlangt, der Mehrheit, die wir ... an Dr. Barth sonst gewohnt sind. Er hat nicht einmal gesagt, für ... welche Wahlhandlung er die geheime Stimmabgabe verlangt, für die ... Wahlmännerwahl oder für die Abgeordnetenwahl. Die Annahme ... dieses Wahlrechts würde eine fundamentale Umgestaltung des ganzen ... preussischen Landtags-Wahlrechts bedeuten. Die notwendige ... Neueinteilung der Wahlkreise wird aufgehoben durch die Verquickung ... mit dem Verlangen der geheimen Wahl, das wir zur Zeit für ... unumführbar halten. Ich bitte deshalb, über die beiden Teile des ... Antrages getrennt abstimmen zu lassen.

Abg. Zehr v. Jedlin-Neukirch (fr.):

Wir lehnen den Antrag Barth in seinen beiden Teilen glattweg ... ab. Ich halte die Zeit kurz vor Schluß einer Legislaturperiode über ... haupt für ungeeignet zur Vornahme von Änderungen des Wahl ... verfahrens. Deshalb muß ich auch meine schweren Bedenken aus ... sprechen gegen die Ankündigung des Reichsanwalter im Reichstage auf ... Einführung von amtlichen Wahllokalen und von Isolierräumen bei ... der Stimmabgabe. Diese Maßregel der Reichsregierung erscheint ... direkt als ein Zugeständnis an die Socialdemokratie. Wie man die ... Freisinnige Vereinigung im Reichstag mit Recht als die Schritt ... mächlerin der Socialdemokratie bezeichnet hat, so bedeutet ... diese Konzeption der Regierung geradezu einen Versuch ... der Socialdemokratischen Partei zu verführen. In der ... socialdemokratischen Presse (?) ist sogar behauptet worden, ... dies Vorgehen der Reichsregierung sei die unmittelbare Folge ... der Rede des Reichsanwalter. (Hört! hört! rechts.) Ich will nicht ... behaupten, daß die Regierung beabsichtige, diesen Eindruck zu erwecken, ... aber es wird den Massen so dargestellt. Die Einführung der ... geheimen Wahl in Preußen würde die Wahlausichten der Social ... demokratische auch für den preussischen Landtag in bedenklicher Weise ... fördern. Das ist auch der Grund, weshalb die Socialdemokratie so ... heftig auf die Einführung des geheimen Wahlrechts drängt. Es soll ... in erster Linie die Geschäfte der Socialdemokratie besorgen durch ... Einführung des Hasses und aller niedrigen Leidenschaften! (Unruhe ... links.) Wer weiß aber, ob wir noch die Ehre hätten, ... Herrn Dr. Barth als Vertreter für viel unter uns zu ... sehen, wenn wir geheime Wahl hätten? (Heiterkeit rechts.) ... Die Behauptung, daß Hunderttausende von preussischen Wählern ... sich dadurch, daß die Stimmabgabe öffentlich ist, abhalten ... lassen, gemäß ihrer Ueberzeugung zu stimmen, muß ich für eine ... schwere Beleidigung der preussischen Landtagswähler erklären. (Große ... Unruhe links. Zustimmung rechts.) So elende, feige Leute sind die ... preussischen Wähler nicht! (Erneute Unruhe und Gelächter links.)

Was die Neueinteilung der Wahlkreise anlangt, so erlaube ich ... mit dem Minister an, daß gewisse Mängel vorliegen, die einmal ... beseitigt werden müssen. Für die Zukunft werden einzelne städtische ... Wahlkreise, die einen allzu großen Umfang gewonnen haben, in ... mehrere geteilt werden müssen. Eine Vereinfachung des Wahl ... rechts der ländlichen Wahlkreise aber wäre ein schwerer ... Verlust gegen die historische Gerechtigkeit. (Sehr richtig! ... rechts.)

Die Verluste an Mandaten würden sich nicht nur auf den Osten ... beschränken, sondern auch die Wahlkreise der Nationalliberalen im ... Westen würden sehr davon betroffen. Berlin würde 17 neue ... Mandate erhalten, die natürlich zum großen Teil der Socialdemokratie ... zu gute kommen würden. Unter diesen Umständen kann der Antrag Barth ... nicht als Gerechtigkeit und sittliche Pflicht bezeichnet werden, im Gegenteil ... ist es meine Pflicht, mit Rücksicht auf das Staatsinteresse den ... Antrag Barth mit aller Entschiedenheit abzulehnen. (Beifall rechts.)

Minister Herr v. Hammerstein:

In Bezug auf den Teil der Ausführungen des Herrn ... Vordrögers, der sich auf die Wahlreglements-Änderung im Reich ... bezog, möchte ich sagen: man soll Reichstags-Angelegenheiten im ... Reichstage erledigen. (Sehr richtig! links, Unruhe rechts.) Im übrigen ... möchte ich aber konstatieren, daß die von dem Herrn Vordröger und ... Herrn Röske erwähnten technischen Schwierigkeiten, welche heute ... die Ausführung der Wahl in einer großen Anzahl von Wahlkreisen ... durch die große Anzahl der Wahlmänner entgegenstehen, selbst ... verständlich der königlichen Staatsregierung und mir nicht ... entgangen sind und daß vor kurzem eine Prüfung und ... Erörterung stattgefunden hat, inwieweit es möglich ist, ... schon für die nächsten Wahlen, ohne daß die Gesetzgebung dazu ... berufen wird, eine Erleichterung des Wahlverfahrens eintreten zu lassen, ... ohne den Charakter der Wahl irgendwie zu gefährden. Die ... Beratungen im Staatsministerium haben im Grunde eine völlige ... Uebereinstimmung ergeben, wenn auch die endgültige Abstimmung noch ... nicht stattgefunden hat. Danach wird voraussichtlich in kurzer Zeit ... eine Änderung des Wahlreglements nach verschiedenen Richtungen ... eintreten, die im wesentlichen bezweckt, das Wahlverfahren auch in ... großen Wahlkreisen zu erleichtern. Die Erleichterung wird z. B. ... dadurch herbeigeführt werden, daß mehrere Wahlgänge in einem ... zusammengezogen werden können und daß das System der Stichwahlen ... aufs äußerste vereinfacht wird. Das wird die Grundlage sein. ... Dazu kommen noch einzelne kleine Veränderungen, z. B. daß es nicht ... notwendig ist, daß jeder Wähler persönlich seinen Namen einträgt, ... wenn nur ausdrücklich gewährleistet ist die vollständige Freiheit und ... Öffentlichkeit der Wahl. Wie diese Erleichterungen sich dann bei ... den nächsten Wahlen bewähren, das wird ein Motiv sein, in welcher ... Weise eventuell eine Änderung des Wahlgesetzes und der Wahlkreis ... Einteilung in die Wege geleitet werden wird. (Beifall.)

Abg. Dr. Dejer (fr. Vg.):

Niemand kann bestreiten, daß infolge der öffentlichen Stimm ... abgabe die Beteiligung an den Landtagswahlen eine bedauernd ... minimale ist. (Zustimmung links.) Selbst die stärkste Agitation ... wird nie eine so zahlreiche Beteiligung an der Landtagswahl herbei ... führen können, wie sie bei der Reichstagswahl üblich ist. Wir ... beschaffen uns heute nicht das erste Mal mit einem Antrag auf ... Einführung der geheimen Abstimmung. Bereits im Jahre 1883 hatte ... der Abg. Stern einen dahingehenden Antrag gestellt. Der Minister ... v. Puttkamer begründete seinen ablehnenden Standpunkt damit, ... daß er ein zu großes Anwachsen der Linken fürchtete. Wenn die ... Mehrheit des Volkes bei der geheimen Abstimmung anders stimmt ... wie bei der öffentlichen Wahl, so ist das die stärkste ... Verurteilung der öffentlichen Wahl. (Zustimmung links.) Eine große ... Partei ist infolge des öffentlichen Wahlrechts hier überhaupt nicht ... vertreten. Wenn eine Kontrolle bei der Stimmabgabe stattfinden ... kann, so werden alle Staatsbeamten anders als nach ihrer Ueber ... zeugung wählen aus Furcht vor Nachregelungen. Die Rechte ... bestreift die geheime Stimmabgabe angeht, weil jeder Wähler offen ... und frei seine Meinung äußern soll. In einem seltsamen Kontrast ... hierzu steht der Fall Löhning. Herr Löhning soll entlassen worden ... sein, weil er einen Beamten in Frankfurt nicht hindern wollte, offen ... und frei seine Meinung zu sagen. (Sehr gut! links.) Das Wahlrecht ... zum preussischen Landtage ist ein plutokratisches. Wer am meisten ... Steuern zahlt, soll auch am meisten zu sagen haben. In diesem ... Sinne hat sich gestern auch Herr Dr. Zemer ausgesprochen. Ich ... freue mich darüber, da die Städte die meisten Steuern bezahlen, ... wird Herr Zemer nun wohl oder übel den Städten auch das größere ... Wahlrecht einräumen. (Sehr richtig! links.)

Abg. Dr. Barth (fr. Vg.):

Die Forderung der geheimen Wahl wird sich in diesem Hause ... mit der Zeit ebenso durchsetzen, wie im Reich die jetzt unter Antrag ... auf Sicherung der geheimen Wahl durchsetzt. Herr v. Jedlin erklärte ... es für eine Beleidigung der Wähler, wenn man behauptete, ... sie stimmten bei der öffentlichen Wahl nicht immer nach ihrer freien ... Ueberzeugung, rügte für die konservativen Wähler meinte er, ... müßte er das in Anspruch nehmen. Das glaube ich, für konservative ... Wähler ist es freilich kein Anreiz für ihre Ueberzeugung ein ... zutreten, wohl aber für die Zehntausende Heiner Beamten und ... Arbeiter, die Maßregelungen fürchten müssen, wenn sie entgegen den ... Wünschen ihrer Vorgesetzten oder ihres Brotherrn stimmen wollen. ... Die Möglichkeit solcher Beeinflussung zu verhindern, ist die moralische

Pflicht der Regierung. (Sehr richtig! links.) Wenn gestern darauf ... hingewiesen wurde, daß die norddeutschen Bauern die öffentliche ... Wahl wieder eingeführt hätten, so beweist das nur, daß demokratische ... Agrarier nicht besser sind wie konservative Agrarier. (Sehr richtig! ... links.)

Was die Wahlkreiseinteilung betrifft, so wird die Hauptsache ... sein, daß in der nächsten Legislaturperiode auf diesem Gebiet nicht ... Fickwerk, sondern ganze Arbeit, wie es der Würde einer königlich ... preussischen Staatsregierung entspricht, geliefert wird. Wir werden ... jedenfalls das Unrige dazu thun. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Zemer (l.):

Der Minister des Innern sagte, die Sicherung des Reichstags ... Wahlrechts sei eine Angelegenheit des Reichstags, die uns hier nichts ... angehe. Dem möchte ich entschieden widersprechen. Es scheint sich ... bei der Regierung jetzt überhaupt die Praxis einzubürgern, An ... gelegenheiten, die nach unserer Meinung zur Kompetenz des ... preussischen Landtags gehören, als Reichssache zu betrachten. Bei ... einer andern Gelegenheit haben wir das ja sehr unangenehm ... empfunden müssen. Bei der Sicherung des Wahlgeheimnisses sind ... wir aber unzweifelhaft kompetent, denn sie wird auf Antrag der ... preussischen Vertreter im Bundesrat zur Verhandlung kommen. Die ... Instruktion haben sich die preussischen Bundesratsvertreter aber hier ... im Landtage zu holen. (Sehr richtig! rechts.)

Mit meiner Nennung des Landes Norwegen wollte ich nur den ... Uebermut des Herrn Dr. Barth dämpfen (Unruhe links), der mit dem ... ihm eigenen Pathos behauptet hat, in allen Ländern werden die ... Wahlkreise entsprechend der Bevölkerungszahl neu eingeteilt. (Lachen ... links.) Das ist ja latinitisch! (Stürmische Heiterkeit. Abg. Dr. Barth ... ruft: Die Annahme bekräftigt die Regel.) Ja, Herr Barth, ... diese Ausnahme stellt Ihre Behauptung für alle Länder ... als falsch hin. (Sehr richtig! rechts.) Herr Barth bestritt ... nur, daß den Landbewohnern mit seinem Antrage irgend etwas ... genommen werde. Das verheißt ich offen gestanden mit meinem ... einfachen Menschenverstand nicht. Bei Herrn Dr. Barth scheint die ... Nachbarschaft der Socialdemokratie den Begriff „Eigentum“ voll ... ständig verwischt zu haben. (Große Lärm links.) Herr Barth er ... mahnte uns dann weiter zu ernster Arbeit. Ist etwa Ihr Antrag ... ernste Arbeit? Nein, es ist nur Fickwerk, wenn Sie unter Ver ... behaltung der indirekten Wahl die geheime Wahl fordern. (Lachen ... links! Abg. Gohse: Wir werden weiter ändern.) Der An ... trag Barth ist die erste Etappe zum Reichstags-Wahl ... recht. Das verwerfen wir für den Landtag und deshalb ... lehnen wir den Antrag Barth ab. (Beifall rechts.)

Abg. Kreitzing (fr. Vg.):

polemisiert gegen die Ausführungen des Ministers über die polizei ... lichen Maßregeln. Diese würden wesentlich vermindert werden durch ... eine bessere Besoldung der Schulze, die Redner befragt. -- Die ... Beteiligung der Socialdemokratie an der Landtagswahl wird ... eine kolossale Steigerung der Anteilnahme der Wähler zur Folge ... haben. In vielen Bezirken wird die Vornahme einer Wahl mangels ... eines geeigneten Lokals überhaupt nicht vorgenommen werden ... können. Ich möchte bitten, die Stichwahlen erst am folgenden Tage ... vorzunehmen, da es schwer sein wird, die Wahlmänner zusammen ... zuhalten. In Berlin I hat die letzte Wahl bis abends 6 Uhr ge ... dauert. Ist nun noch eine Stichwahl notwendig, so dehnt sich der ... Wahlakt bis nach Mitternacht aus, was gesetzlich unzulässig ist. Die ... Wahl müßte dann für ungültig erklärt werden. Dies bitte ich zu ... verhindern. (Beifall links.)

Abg. v. Czarlinski (Pole):

bringt polnische Beschwerden vor. Einem Stabsarzt der Reserve ... wurde nur deswegen eine Offiziersstelle verweigert, weil er ein ... Pole war. Das Behaltungsrecht wird ganz willkürlich gegen die ... Polen gehandhabt. Redner befragt sich über die Verdeutschung der ... polnischen Familiennamen durch die Standesbeamten. Wohin der ... Fatalismus treibt, zeigt folgender Vorfall. Ein Pole zeigt die Ge ... burts eines Sohnes im Lokal-Anzeiger an. Einige Tage darauf ... erhält er von einem Deutschen einen Brief, in dem es u. A. heißt: ... „Und Kinder seit dieses Gesindel auch noch in die Welt!“ (Große ... Heiterkeit.) Als Redner diesen Brief beiseite legt, wischt er sich unter ... großer Heiterkeit des Hauses seine Hände mit dem Taschentuch ab.

Minister des Innern Herr v. Hammerstein:

Auf die Angaben des Vordrögers zu erwidern, ist mir fast un ... möglich. Er hat sich beschwert darüber, daß ein Beamter ... nicht befristet ist, weil er der deutschen Sprache nicht mächtig ... war. Ich finde das ganz in der Ordnung. Es ist die erste Pflicht ... eines preussischen Beamten, der deutschen Sprache mächtig zu sein. ... (Zustimmung rechts.) Der Vordröger hat dann erklärt, daß er mit ... dem preussischen System nicht zufrieden sei. Das preussische System ... ist das System der Gerechtigkeit, (Lebhaftes Widerspruch bei den ... Polen) das alle Bürger des preussischen Staates mit dem gleichen ... Maßstabe mißt. (Bravo! rechts.) Wenn die Polen mit diesem ... System unzufrieden sind, so ist das ein Beweis dafür, daß die Polen ... immer noch nicht gelernt haben, sich als preussische Staats ... bürger zu fühlen. Was der verlesene Brief mit dem Gehalt des ... Ministers gemein hat, weiß ich nicht. Will Herr v. Czarlinski ... mich etwa für diesen Brief verantwortlich machen? Denk er, ich ... habe unter einem Pseudonym diesen Brief geschrieben? Ich glaube, ... Sie werden mit eine bessere Erziehung zutragen. Ich bin Gegner ... einer jeden anonymen Kampfesweise, offen und frei soll jeder seine ... Meinung sagen. Die Worte des Herrn v. Czarlinski enthielten mehr, ... als ich mir zu gefallen lassen brauche. (Bewegung.) Wir schließen ... gern mit unseren polnischen Landsleuten Frieden, aber geben Sie ... (zu den Polen) sich damit zufrieden, daß Sie Preußen und Deutsche ... sind. (Beifall rechts. Lachen bei den Polen.)

Abg. Herr v. Budeubrosk befragt die ungünstigen Anstellungs ... verhältnisse der Militärärzte bei den Kommunalverwaltungen.

Minister Herr v. Hammerstein: Ich hege für die Militär ... antwärter die vollste Sympathie und werde nach Möglichkeit für ... Verbesserung sorgen.

Abg. Schmitz-Düsseldorf (G.):

Bespricht die Gefahr der Prostitution. Im Kampfe gegen die Pro ... stitution muß mit aller Strenge vorgegangen werden. Die In ... stituitheit nimmt, das muß leider konstatiert werden, zu. Die privaten ... Vereinsbestrebungen im Kampfe gegen die Instituitheit haben einen ... laun nennenswerten Erfolg gehabt. Wenn man das ungenügend ... und dreife Benehmen des Dirnentums auf den verdorrendsten Straßen ... Berlin sieht, so muß man zu der Ansicht kommen, daß ... die schmutzigen Gewässer des Sumpfes der Instituitheit im Laufe der ... Jahre auch nicht im geringsten geklärt worden sind. Es darf vom ... Minister und den Polizeiverwaltungen nicht zugegeben werden, daß ... die Dirnen eine gesunde Atmosphäre versuchen. Natürlich kann der ... Minister nicht alles auf einmal beseitigen. In den letzten Tagen ... habe ich auf der Friedrichstraße beobachtet, wie den Passanten Karten ... in die Hand gedrückt werden, die die Aufforderung enthalten, Lokale ... zu besuchen, in denen Instituitheit getrieben wird. Ich habe neun ... solcher Karten gesammelt und stelle sie dem Minister zur Verfügung. ... (Redner übergibt das Couvert mit diesen Karten dem Minister.) ... Der lex Heinze, die dazu angehen war, die Instituitheit zu be ... kämpfen, wurde von der Linken der härteste Widerstand entgegen ... gesetzt, weil durch sie die Interessen der Kunst gefährdet würden. ... Die Instituitheit ist in Wort und Schrift ungeheuer verbreitet. So ... sah ich vor einigen Tagen in dem Schaufenster einer Buchhandlung ... ein Buch mit dem Titel: „Briefe einer jungen Frau an ihre ... achtzehnjährige Freundin über Erlebnisse aus der Brautnacht“. Ich ... ging hinein in den Laden und kaufte mir dieses Buch. Die Ver ... lauferin teilte mir mit, daß dieses Buch ausschließlich von jungen ... Leuten im Alter von 18 Jahren gekauft werde. Ich bitte den Herrn ... Minister, Mittel und Wege ausfindig zu machen, um der Instituitheit ... entgegenzuwirken. (Bravo! im Centrum.)

Minister Herr v. Hammerstein:

Ich erkenne die Uebelstände an, welche die öffentliche Aus ... stellung von Bildern aller Art mit sich bringt. Ich verurteile selbst ... verständlich, daß durch verdeckte Anspielungen auf Einladungen zu ... Verkeimern oder durch Aufschriften von Plakaten die Jugend in ... bedauerlicher Weise gereizt wird. Die Polizei tritt diesem Unzu

Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies“ zu Berlin.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Sonntag, den 15. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, im Etablissement Buggenhagen, am Moritzplatz:

Außerordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung: I. Der Stand unserer Bewegung. II. Verwaltungs-Angelegenheiten. (Anträge der Verwaltung.) III. Verschiedenes.
Nur Mitglieder haben Zutritt. Mitgliederkarte legitimiert. Pflicht eines jeden Genossen ist es, pünktlich zu erscheinen. Beiträge werden in dieser Versammlung entgegengenommen.

105/12*

Der Vorstand. H. N.: Gustav Voigt, Vorsitzender, Götlicherstr. 55.

Verband der Bau-, Erd- u. gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Berlin III.

Sonntag, den 8. Februar, vorm. 10 Uhr, bei Rose, Badstraße 58: Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Statutenberatung und Anträge zum Verbandstage. 2. Wahl von drei Delegierten zu demselben. 3. Berichtserstattung von der letzten Konferenz. Es ist Pflicht aller Mitglieder, in dieser Versammlung zu erscheinen.

32/7

Der Vorstand.

Verband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 8. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, bei Voigt, Ritterstr. 75: Versammlung.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Gemeindeführers Piat über das Thema: Sind vorübergehend in eine Beschäftigung tretende Arbeiter der Versicherungspflicht unterworfen? Verschiedenes.
Im Interesse der Mitglieder liegt es, diese Versammlung recht zahlreich zu besuchen.

Verband der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften Deutschlands.

Bezirksgruppe Berlin-Brandenburg.

Montag, den 9. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale der Arminkassen, Kommandantenstr. 20: Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Befugnisse der Aufsichtsbehörde nach dem Krankenversicherungs-Gesetz und nach der angekündigten Novelle. Referent: Rechtsanwalt Roth.
2. Diskussion.

In dieser Versammlung sind alle in Krankenkassen beschäftigten Personen und alle Vorstandsmitglieder der Krankenkassen eingeladen.
Der Bezirksgruppen-Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Hfer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Sonntag, den 8. Februar 1903, vormittags 10 Uhr: Allgemeine Versammlung der Rohrleger und Gehilfen Berlins und Umgegend im Gewerkschaftshaus, Engel-Hfer 15 (großer Saal).

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Link über: „Bauarbeiter-Schutz“. 2. Diskussion. 3. Wahl zweier Delegierten zum Bauarbeiterkongress. 4. Verbandsangelegenheiten.

Es wird jedem Bezirkskollegen zur Pflicht gemacht, pünktlich zu erscheinen. Ferner fordern wir besonders diejenigen Kollegen, welche bei nachstehenden Firmen: Ritschel u. Henneberg, Grove, Deutsche Wasserwerke, Klemme (Heidenau), Börner u. Horzberg beschäftigt sind, auf, recht zahlreich zu erscheinen.

Sonntag, den 8. Februar 1903, vormittags 9 1/2 Uhr: Versammlung der Hobler, Bohrer, Fraiser, Stoßer etc. im Lokale des Herrn Wendt, Königsgraben 14a.

Tages-Ordnung: 1. Der Ausbau des Unterstufungswesens in unserer Organisation. Referent: Kollege Scheffler. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Sonabend, 7. Februar 1903, abends 8 1/2 Uhr: Konferenz der Vertrauensleute für Charlottenburg bei Pasche, Potsdamerstr. 44.

111/12 Die Ortsverwaltung.

Trinkt „Apfelblümchen“

Bestes Medizinal- und Tafel-Getränk ohne Alkohol.

Berliner Manzanil-Gesellschaft m. b. H. Görlitzer Ufer 24. Fernsprech-Amt 4. 1673. [3082*]

Orts-Krankenkasse der Sattler u. verw. Gew.

Donnerstag, den 5. Februar, verstarb unser Mitglied

Rudolf Lentföhr

(Sattler). Die Beerdigung findet Sonntag-nachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle des Krankenhauses am Urban aus nach dem Emaus-Kirchhof, Kirchhof, Hermannstraße 11, 270/16. H. N.: H. Warner.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler

Hermann Fiedler

am 4. Februar verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag-nachmittag um 3 Uhr von der Leichenhalle des Kreuz-Kirchhofes, Mariendorf, aus statt.

Zur weiteren Mitteilung, daß der Kollege, Tischler

Robert Busch

am 4. Februar verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag-nachmittag um 2 Uhr von der Leichenhalle des St. Thomas-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Central-Kranken- u. Begräbniskasse der Sattler u. Berufsgenossen Deutschlands, „Hoffnung“ C. S. G. Ortsverwaltung Berlin.

Hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Sattler

Rudolf Lentföhr

am 5. Februar verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 8. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Urban-Krankenhauses nach dem Emaus-Kirchhof, Hermannstraße 11, 3022a.

Der Vorstand.

Achtung! Achtung! Gewerkschaftshaus.

Heute Sonnabend kommt wieder der berühmte

Schultheiss-Sock

zum Anstich, verbunden mit einem Schlachte-Fest, also morgens Wellfleisch- und Wurstessen, dazu ich meine besten Gäste und Freunde ergebend einlade.

1986b C. Pohlit, Gewerkschaftshaus.

1. Mal abends d. große Saal noch frei!

Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 9. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Hüfittenstraße 10: Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen G. Reuter über: Die geheimen Gesellschaften in alter und neuer Zeit. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Kollegen werden ersucht, ihre Damen mitzubringen. Die Auszahlung der Unterstufungen findet am Montag-abends 7-8 Uhr Blumenstr. 38 statt. Dasselbst werden auch Beiträge entgegengenommen.

Der Maskenball findet am 7. März in Keller des Festales, Koppenstr. 29 statt.

Charlottenburg. Volkshaus-Verein.

Sonabend, den 7. Februar, abends 8 1/2 Uhr: Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

Auflösung des Volkshaus-Vereins. Gründung eines Arbeiter-Bildungsvereins.

Restaurant Neuer Krng

(Bahnhofstation Neu-Rahnsdorf) Wilhelmshagen zwischen Rügen- und Dämmer-See, herrlich am Wasser gelegen. Ist das romantischste Lokal an der Obersee. Holte mein Lokal (bis 2000 Personen fassend) für Vereine und Fabriken bestens empfohlen.

4692* Fr. Domning.

bewährteste Nahrung für Kufeke's Flinder's gesundeu. magen-darmkranke Kinder.

Brauerei Germania, Akt.-Ges.

Berlin O., Frankfurter Allee 53, VII 2645.

In sämtlichen eignen Ausschank-Lokalen

Bock-Bier 4/10 Liter 10 Pf.

1/8 Tonne M. 3,50. (4312*) 15 Flaschen M. 1,50.



Uhrkette No. 2628, hochfeine Nickelkette mit Anhänger, 28 cm lang per Stück M. 1,30. Manschetten-Kettenknöpfe No. 2989, blau Emaille mit grün emailliertem Kleblatt per Paar M. 1,20. Brosche No. 2746, Gold-Doublé mit Herz-Anhänger per Stück M. 1,20.

Um nun jedermann Gelegenheit zu geben, sich von der Güte und Billigkeit unserer Waren zu überzeugen, versenden wir obige Uhrkette, Manschettenknöpfe oder Brosche zum Selbstkostenpreis von je 60 Pf. franco gegen vorherige Einsendung 30 Tage zur Probe. Nachnahme 20 Pf. mehr.

Katalog, Ausgabe 1903, mit circa 2000 Abbildungen über Gold- und Silberwaren, Lederwaren, Pfeifen, Sensen, Stahlwaren, Haushaltartikel, sowie vielen Neuheiten versenden wir an jedermann, ohne Kaufzwang, gratis und franco.

Gebr. Wolfertz, Versand-geschäft, Wald bei Solingen No. 129.

Um Verwechselungen zu vermeiden, bitten wir genau auf unsere Firma und Fabrikmarke zu achten.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen. Klein-Verlauf. Sehr starke Ware in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Koppnähte. Haltbarste Wat- u. Leinwand. Große Mäßen umsonst. Die Hose

bei Aufnahme von 6 Stück 25 Mk. 4 Mk. 50

Schlauer Monteur-Jacke 1 Mk. 90

Schlauer Monteur-Jacke 1 Mk. 90

Schlauer Monteur-Jacke 1 Mk. 90

Prima Röper-Gewebe 2 Mk. 50

Schlauer Monteur-Jacke 2 Mk. 10

Prima Röper-Gewebe 2 Mk. 50

Mancheiter-Jacke 3,50, 2 Mk. 50

Gelblich. Wandweil-Jacke 1, -

Weiße Lederhosen 4,50, 2 Mk. 75

Weiße Lederhosen 4,50, 2 Mk. 75

Die Preise gelten für normale Größen

Baer Sohn

En gros. Export. En detail. Chausseur, 24a/25, Bräuerstr. 11.

Gr. Frankfurterstr. 20.

Die 20. Preisliste 1902 wird kostenlos und portofrei angefannt.

Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacken und Mänteln die Brustweite anzugeben.

2062* - Versand von 20 Mk. an franco. -

Nachdruck verboten!

Orts-Krankenkasse der Gelb- und Zingießer

Hier findet am Sonntag, den 15. Febr. 1903, im Gewerkschaftshaus, Engel-Hfer 15, Saal 3 statt, mozu sämtliche Vertreter hiermit eingeladen sind.

Tages-Ordnung:

1. Verlesung der Protokolle. 2. Vorlage und Abnahme der Jahresrechnung pro 1902. Bericht des Ausschusses und Decharge-Erteilung. 3. Besprechung über § 26, Absatz 3 des Statuts bezgl. Abänderung desselben. 4. Verschiedenes.

Berlin, den 6. Februar 1903.

2005b Der Vorstand.

Kunststofferei

von 2982* Fran Kokosky, Steinmetzstr. 48, Luegeß, hochpart.

60 000 Ctr. Kohlen

vert. Josef Fischer billig ab sein. belld. Lagerplatz, Brombergerstr. 19, Hauptgeschäft, Kominternstr. 10, Zweiggeschäft.

100 St. Sienleib. Vellit. nur 50 Pf.

100 St. Sienleibchen 7" 60

Die best. Kohlen s. d. Preistabelle.

100 St. Sienleibchen 7" nur 70 Pf.

1 Ctr. Sienleibchen nur 65

1 engl. Anthracit nur 1,75 Mk.

Bürstenfabrik Adlerstr. 21.

Billig!

Buchen-Abfallbrennhof.

Verkauft täglich von 4 bis 6 Uhr in

Steppen a 20 Bfg. von 1/2 Meier an

frei ins Haus. 4932*

Bürstenfabrik Adlerstr. 21.

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

(E. S. Nr. 29 Hamburg).

Sonntag, den 8. Februar 1903, vormittags 10 Uhr

Zwei große Mitglieder-Versammlungen

bei Keller, Koppenstrasse 29 (grosser Saal). Germania-Säle, Chausseestrasse 103.

Tages-Ordnung:

Wie stellen sich die Mitglieder zur Einführung der Kranken-Unterstützung im Metallarbeiter-Verbande und was für Nachteile haben unsere Mitglieder bei einer eventuellen Einführung zu erwarten?

Mitgliedsbuch legitimiert. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingte Pflicht.

Zu diesen Versammlungen sind die Befürworter der Einführung der Kranken-Unterstützung im Verbande, die Kollegen Cohen, Busch und Wiefenthal, hierdurch eingeladen.

Die Ortsverwaltungen Berlins und Umgegend.

Der Aufruhr von Candela vor Gericht.

Dieser Tage ist vor dem Gerichtshof zu Lucera ein Prozeß zu Ende geführt worden, der sich mit den blutigen Vorgängen von Candela zu beschäftigen hatte.

Candela ist ein großes Dorf, an den unteren Apenninen gelegen. Die wenigen Latifundienbesitzer, denen das umliegende Land gehört, leben und vergehen ihre Tage meist weit entfernt von ihrem Besitze.

Die Lage dieser im Dienste der Latifundienbesitzer stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen ist eine äußerst schlechte. Die Löhne schwanken von 30—60 Cent. pro Tag; auf das ganze Jahr vermißt erhalten die Leute bis zu 18 Franc pro Monat und 1 Franc für Del und Salz, aber keine Wohnung, Extra-Arbeit, u. d. bei der Weinlese, wird den Frauen nicht besonders bezahlt; als Entschädigung erhalten sie in solchen Fällen nur Tag für Tag ein Stück Schwarzbrot.

Da sehr vor einigen Jahren die sozialistische Propaganda ein, und es gelang bald, die dortigen Landarbeiter zu organisieren; auch die Bauern vereinigten sich, um sich bei dem Wachen der Landbesitzer nicht gegenseitig Konkurrenz zu machen.

Zu der Versammlung — es war an einem Sonntagmorgen des September —, in welcher der Beschuß gefaßt wurde, verabredeten sich auch die Bauern, am Nachmittag der Abfahrt der wenigen Arbeiter beizuwohnen, welche neue Kontrakte mit den Grundbesitzern eingegangen waren; man wollte nochmals durch gültiges Zutreden dieselben bewegen, umzusehen. Man war mit diesen Abtrünnigen — das ist durch die Verhandlungen festgestellt worden — bereits dahin einig geworden, daß dieselben, die unüberlegterweise den neuen Vertrag abgeschlossen hatten, sich sofort zur Umkehr würden bewegen lassen; durch die Ansammlung der Streikenden sollte den Grundbesitzern gegenüber der Kontraktbruch dieser Leute gerechtfertigt werden.

Die Tragödie am Nachmittag spielte sich nun in folgender Weise ab: Zwei der ersten Wagen waren bereits umgekehrt, der dritte war ebenfalls dabei, ins Dorf zurückzukehren. Mit diesem unterhandelte man noch, als der Brigadier Centanni am Plage erschien. Die einflussreichsten Mitglieder der Organisation mahnten zur Ruhe (bezeugt durch die Gendarmen selbst). „Da nahm ich einen am Kragen“, so bezeugte Centanni. Hierauf griffen 2 Frauen den Pferdlen in die Zügel; Centanni verlor die einen Dreizehn und riß die andre am Kopf. Magaldi, der Führer der Bauern, versuchte vergebens, die aufschreihenden Frauen zu beruhigen und den Gendarmen zur Geduld mit der schwangeren Frau zu mahnen. Obgleich der Brigadier schimpfte und schuchte, wäre noch sehr vielleicht alles Unheil abgewendet worden. Da führt ein Unbekannter einige Hiebe mit einem Niden Stab gegen den Kopf Centannis. Dieser verlor sein Gewehr, zog den Revolver und gab sechs Schüsse ab. Der Angreifer war getroffen und schleifte sich bis hinter eine Hecke. Bis hierher kann man allenfalls noch von Verteidigung reden; was nun folgt, waren die Bluttaten eines in Raserei versetzten Ordnungswächters.

Der andre Gendarm Fazzini schoß ebenfalls seinen Revolver ab und holte dann Truppen herbei, während Centanni die Häuser nach Flüchtlingen absuchte. Centanni selbst belundete in der Untersuchung wirklich: „Ich wurde von einer so verfluchten Wut befallen, weil der Anfall vorüber war und ich keinen unter Feinde von unsren Augen gefaßt sah.“ Mittlerweile waren 30 Soldaten angekommen, und es hatten sich wiederum Gruppen von Bauern zusammengefunden. Centanni ergriff die Flinte eines Soldaten und gab 12 Schüsse unter die Bauern ab; die andern zwei Gendarmen, nicht aber die Soldaten, schossen ebenfalls. Das Resultat der Schierei war: 4 Tote, 20 Verwundete.

Es mag wahr sein, daß die Menge dann eine drohende Haltung einnahm und ein Steinregen auf die Gendarmen herabfiel. Die Untersuchung hat aber ergeben, daß weder die Soldaten noch die Gendarmen irgend eine Wunde davongetragen haben; es ist ferner sicher, daß, wenn die Menge rachebüchtig gewesen wäre, sie dann den Centanni in der Zeit, wo er allein und ohne Waffe war, hätte umbringen können.

Die Folge der oben geschilderten Vorgänge war nicht eine Anklage gegen den Gendarmen, sondern es kam zu einem Landfriedensbruch-Prozeß. Angeklagt wurden 60 Personen, 11 der Angeklagten, darunter eine Frau, erhielten je 3 Monate, 10 erhielten je 7 Monate und einer 11 Monate Gefängnis. Alle andern, inbegriffen der Vorsitzende der Organisation, Magaldi, mußten freigesprochen werden. Der Brigadier Centanni ging frei aus, weil er in der Notwehr gehandelt habe; von seinem Vorgesetzten war ihm sogar nach seinen Thaten eine „feierliche Verlobung“ ausgesprochen worden. Während der Verhandlungen, die sich einige Wochen hinzogen, kam es zwischen dem Verteidiger, dem bekannten sozialistischen Abgeordneten Enrico Ferri, und dem Staatsanwalt häufig zu heftigen Szenen. Umsonst aber ist das Blut der Bauern und Landarbeiter von Candela nicht geflossen, die Organisationen der Landarbeiter machen dort und in der Umgegend mächtige Fortschritte; mehr als einer der Angeklagten (die Angeklagten waren fast alle Unorganisierte) bekundeten, daß sie bis zum 8. September nicht Mitglied der Organisation gewesen seien, daß sie nunmehr dieser aber beitreten würden.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 6. Februar 1903.

Die neue rumänische Anleihe. — Rumänische Finanzlage. — Presse und Finanz. — Rumänischer Heer. — Anonyme Käufe. — Berliner Neuzeit Nachrichten. — Urteilsveränderungen.

Nachdem schon in voriger Woche die Diskonto-Gesellschaft und die Firma S. Weidbroder als vorbereitende Stimulierungspräparate verschiedene Mitteilungen über die Emissionsbedingungen der neuen rumänischen 5prozentigen amortisierbaren Anleihe in die Presse lanciert hatten, haben sie zu Anfang dieser Woche ihren offiziellen Prospekt lassen. Doch die Bedingungen, unter denen beide Bankhäuser die neue Anleihe von 175 Millionen Lei Gold (149,85 Millionen Mark) auslegen, als günstig für die rumänische Regierung gelten können, wird niemand behaupten, der die heutige Geldmarktlage mit den Umständen vergleicht, unter denen im Jahre 1899 die jetzt zur Konvertierung stehende

Anleihe von 175 Millionen Lei (1 Lei = 1 Frank) aufgenommen wurde. Das willige Eingehen der rumänischen Regierung auf die ihr von den Berliner Emissionsbanken gestellten Bedingungen und der Jubel über das Zustandekommen dieser neuen Anleihe in der rumänischen Kammer bilden keinen Gegenbeweis, sie zeigen nur, wie bescheiden man allmählich nach den früheren Ausbrüchen eines überschwänglichen nationalen Optimismus in Europa geworden ist.

Als 1899 die rumänische Regierung die Anleihe von 175 Millionen Lei aufnahm, steckte das Woladenländchen in drängendsten Geldschwierigkeiten. Rumänien hatte seit Jahrzehnten kein so trostloses Wirtschaftsjahr gehabt, wie das Jahr 1899; auf den Feldern verlor das Getreide, die meisten Distrikte ernteten nur ein Drittel oder ein Viertel der Erträge, welche die vorausgehenden Jahre gebracht hatten; Handel und Verkehr storkten, der Gesamtexport, der im Jahre 1898 noch 283 Millionen Lei betragen hatte, sank auf 149 Millionen; die Steuern blieben aus trotz aller angewandten Zwangsmassnahmen; und zudem hatten die vier vorhergehenden Jahre infolge der finanziellen Mißwirtschaft starke Defizite im Staatshaushalt ergeben. Andererseits war für Deutschland, in dem die Anleihe placiert werden sollte, belauslich 1899 das Jahr der Hochkonjunktur. Auf dem deutschen Geldmarkt lag mehr und mehr die Nachfrage nach Geld, so daß der Wechselkurs der Reichsmark sich im Jahresdurchschnitt auf über 5 Proz. hielt. Unter diesen Verhältnissen konnte es kaum als etwas Absonderliches gelten, wenn damals in ihrer Geldklemme die rumänische Regierung nicht nur die Gewährung von 5 Proz. Zinsen zugestand, sondern nebenher noch verschiedene sonstige drückende Bedingungen mit in den Kauf nahm: darunter die Verpflichtung bis zum Dezember 1902 keine neue Anleihe aufzunehmen und ihre Schahnanweisungen spätestens im Dezember 1904 zum vollen Nennwert einzulösen; Bestimmungen, von denen anzunehmen war, daß sie, da an eine Rückzahlung der Anleihe aus dem eignen Mitteln des rumänischen Staates nicht zu denken war, und andererseits dadurch dem rumänischen Finanzministerium der Weg verlegt wurde, vor 1903 irgendwelche andern Anleihen aufzunehmen, die rumänische Regierung in die Zwangslage bringen würden, im Jahre 1903 oder spätestens zu Anfang des Jahres 1904 bei denselben Bankhäusern, welche die 1899er Anleihe aufgelegt hatten, eine Konvertierung dieser Anleihe nachzusuchen.

Trotz dieses schon in den Emissionsbedingungen der 175 Millionen Anleihe stehenden halben Zwanges mußten die Zugeständnisse, zu denen sich bei ihrer jetzigen Konvertierungs-Anleihe die rumänische Regierung gegenüber der Diskonto-Gesellschaft und der Firma Weidbroder bequemt hat, in Anbetracht der jetzigen Geldmarkts-Verhältnisse als äußerst harte gelten, und daß sich Rumänien darauf eingelassen hat, ja daß von seinen „Staatsmännern“ diese Konvertierungs-Anleihe gar noch als eine nationale That gefeiert wird, zeigt deutlich, wie weit es nach Meinung seiner eignen Finanzmänner im Dampfe steht. Allerdings ist der Kurs, zu dem die beiden Bankhäuser die jetzige Anleihe übernehmen, etwas höher als der von 1899. Während die damaligen Schahnanweisungen zu ca. 90 1/2 Proz. übernommen und zu 94 1/2 Proz. aufgelegt wurden, erfolgt diesmal die Uebernahme zu 94 Proz. und die Abgabe zu 97 1/2 Proz.; aber dafür muß Rumänien auch auf diese Anleihe, abgesehen von der Unannehmlichkeit der Geldflüssigkeit zwischen sich und andere Staaten ihre Anleihen mit 3 1/2 Proz. unterbringen, wieder 5 Proz. zahlen und zudem die Verpflichtung übernehmen, vor Ablauf von zehn Jahren keine Kündigung der Anleihe, noch verstärkte Auslösung der Obligationen vorzunehmen, sowie weder diesen noch den Zinscoupons künftig irgend eine Steuer oder Stempelgebühr aufzuerlegen.

Am auffälligsten aber erscheint, daß Rumänien nicht die Aufnahme einer höheren Anleihe als von 185 Millionen Lei durchzuführen vermocht hat, denn dieser Betrag reicht bei einer Uebernahme zu 94 Proz. eben hin, die Schahnanweisungen von 1899 zu konvertieren, so daß die rumänische Regierung kein Geld in Händen behält. Und doch würde sie sicherlich gar gerne eine höhere Summe aufgenommen haben, sind doch, ganz abgesehen von den drängenden Ausgaben für kulturelle Zwecke, die ungedeckten Defizite des Staatshaushalts zu ansehnlicher Höhe angewachsen. Nach dem Budgetbericht des Herrn v. Hilpescu als Berichterstatters der rumänischen Budgetkommission für das Rechnungsjahr 1900/1901 stellte sich schon damals das wirkliche Defizit auf 71,5 Millionen Lei, von denen nach seiner Angabe 53,7 Millionen durch „anherberordentliche Einnahmen“, d. h. durch Verkäufe von Staatsländereien, Vorläufe der rumänischen Nationalbank und durch Vornahme von zu erwartenden Erträgen aus dem Cigarettenpapier-Monopol, gedeckt worden waren, während der verbleibende Rest von 17,8 auf Contocorrent-Conto von den zu der rumänischen Regierung in geschäftlichen Beziehungen stehenden Berliner Bankgruppe beschafft, also vorläufig angepumpt worden war. Dieses Defizit bestand nach dem Bericht Hilpescu's, der, wie verschiedene von ihm nachgewiesene frühere Schätzungen und Kalkulationen im Budget zeigen, zwar redlich bemerkt gewesen ist, in die Geheimnisse rumänischer Staatsfinanzlaust einzudringen, dem aber sicherlich doch noch manches entgangen sein dürfte; stellt doch der frühere rumänische Finanzminister Tale Joubeco in seiner vor einiger Zeit erschienenen Streitschrift „Deux ans des finances roumaines“ (Zwei Jahre rumänischer Finanzen) die Behauptung auf, daß vor 1899/1900 noch niemals in Rumänien den Parlament ein „ehrlisches“ Budget vorgelegt worden sei. Und seitdem hat sich an dem Stande der Finanzen nichts geändert, wenn auch neuerdings wieder in den Budget-Voranschlägen künstliche Ueberschüsse konstruiert werden. Die Gesamt-Staatschuld betrug am 1. Januar d. J. wie am 1. April 1901 = 1597 Millionen Lei — Rominalkapital — (nach der neuen Anleihe wird sie sich natürlich um 10 Millionen höher stellen) und zu ihrer Verzinsung sind ungefähr 40 Proz. der ganzen Staatseinnahmen erforderlich.

Doch zu einer Darlegung der rumänischen Finanzgebahrung während der letzten Jahre fehlt es hier an dem nötigen Raum, zumal die wirtschaftliche Lage Rumänien's sich erst dann beurteilen läßt, wenn man zugleich seine Stellung als Agrarstaat und die enorme Verschuldung des rumänischen Bauerntums mit in Betracht zieht. Dagegen verlohnt es sich, einen Blick auf die eigenartige, wechselnde Haltung zu werfen, die seit einigen Jahren die deutsche Börse- und Handelspresse zu den rumänischen Finanzverhältnissen einnimmt, liefert doch diese Haltung einen interessanten Beitrag zum Kapitel „Finanz und Presse“.

Nachdem 1899 die Aufnahme der fünfprozentigen 175 Millionen Lei-Anleihe erfolgt war, finden wir durchweg in der Finanzpresse eine optimistische Beurteilung der rumänischen Wirtschaftsverhältnisse, obgleich nach offizieller rumänischer Budgetabrechnung das Rechnungsjahr 1899/1900 erneut mit einem Defizit von 33,4 Millionen Lei schließt. Als dann Ende Juni 1900 Hilpescu's Budgetbericht erscheint und die trostlose Lage aufdeckt, üben zwar einige Blätter eine scharfe Kritik an den rumänischen Finanzen, darunter besonders die „Voss. Zig.“, bald aber dringt wieder der Optimismus durch, zumal als sich die nächste rumänische Ernte verhältnismäßig günstig erweist. Sofort änderte sich jedoch die Beurteilung, als im vorigen Jahre die rumänische Regierung, gedrängt von den angewanderten Bauern, zu Repressivmassregeln gegen den südbischen Teil seiner Bevölkerung griff. Obgleich sich seit dem Jahre 1899/1900 fast nichts an der rumänischen Finanzlage geändert hatte, ja eher von einer geringen Besserung als Verschlechterung gesprochen werden konnte, erschienen bald hier, bald dort die schärfsten Kritiken der rumänischen Finanzlage, teils recht geschickt ohne Bezugnahme auf die Ursache, welche die Hochfinanz zu dem plötzlichen Wechsel ihrer früheren günstigen Meinung über das zukunftsreiche Kulturvolk der Rumänen veranlaßt hatte, teils mit allerlei Anspielungen auf das Galtrecht, das die vorher so oft gepriesene „liberale“ Regierung Sturdza's verlegt habe.

Voran in diesem Kampfe stand selbstverständlich — Moskes Organ, das „Berliner Tageblatt“; den schwersten Schlag aber führte eine im Verlage des „Berliner Börsen-Courier“ erschienene anonyme Schrift: „Die rumänischen Finanzen. Zahlen und Thatfachen für die Besitzer rumänischer Papiere“, die massenhaft an Zeitungsredaktionen, Finanziers und Geschäftleute verhandelt wurde: ein recht geschickt verfaßtes Nachwerk, in dem mit Gewandtheit die Methode der Janßenschen Geschichtsschreibung auf das Finanzgebiet übertragen wird. Das heißt aus rumänischen Budget- und aus ökonomischen Konsultatsberichten sind mit Sachkenntnis die zu Ungunsten der rumänischen Wirtschaftslage sprechenden Stellen herausgesucht, nichts an sich Falsches, im Gegenteil sehr viel Nichtiges und Interessantes — und doch ein sehr einseitiges Bild, da jene Thatfachen, die das Urteil hier und dort abzuweichen oder modifizieren könnten, einfach unbeachtet gelassen sind.

Der Teil der Hochfinanz, der ein geschäftliches Interesse daran hat, daß die rumänischen Finanzen nicht als allzu faul hingestellt werden, schweig zunächst; vielleicht war ihm, da von Paris aus versucht worden war, Rumänien zur Aufnahme einer Anleihe in Frankreich zur Konvertierung seiner fünfprozentigen Schahnanweisungen zu bewegen, die Hege keineswegs ganz unangenehm. Dagegen fühlte die etwas antimittelständische Presse alsbald heraus, welche edlen Motive plötzlich den Finanzblättern das Urteil geschärft hatte, und das Organ Stupp's, die „Berliner Neuzeit Nachrichten“, antworteten mit einem langen Artikel, der mit folgenden Worten begann:

„Seit einiger Zeit ist der rumänische Staat das Ziel erbitterter Angriffe von Seiten eines Teils unserer Presse. Diese Angriffe, die sich nach der jüngsten Diskussion über das neue rumänische Handwerkergesetz mit besonderer Heftigkeit erneuert haben, sind mit einer merkwürdigen Einmütigkeit gegen den Kredit Rumänien's gerichtet. Der Zweck des Pressfeldzuges ist ein vollkommen durchsichtiger: dafür, daß Rumänien seine Fremdenobligationen und die gerade dort schwieriger als in irgend einem andern Lande gestellte Judenfrage, also eine innere Angelegenheit, nach dem eignen politischen Bedürfnissen und Ueberzeugungen und nicht nach den Herzenswünschen gewisser Blätter regelt, soll es durch eine systematische und hartnäckige Bezweckung seiner Kreditfähigkeit gestraft werden. Der Zusammenhang zwischen der Frage, ob Rumänien in der Lage ist und sein wird, seine Schuldenlast zu verzinsen und allmählich abzutragen, und der andern, ob die rumänischen Juden in den Vollgenuss aller politischen und bürgerlichen Rechte eines rumänischen Staatsbürgers treten sollen, wird dann künstlich durch die gewagte Behauptung hergestellt, daß die tüchtigsten, arbeitsfähigsten und kapitalträchtigsten Elemente der Landesbevölkerung zur Auswanderung veranlaßt werden und der Rationalwohlstand dadurch unermesslichen Schaden erleide.“

Seit Diskonto-Gesellschaft und S. Weidbroder die neue Anleihe übernommen haben, hat die Finanzpresse jedoch mit lähnem Kopfring ihren alten Beurteilungsgestandpunkt wiedergesunden. Nur das „Berliner Tageblatt“ sieht noch als „großende Unentwegte“ abseits; sonst halten sich jetzt, wo eine Erörterung der rumänischen Finanzlage sicherlich am angebrachtsten wäre, die Blätter, die einst so fröhlich miteten, beschidenständig zurück, und manche finden sogar in zarter Rücksichtnahme allerlei schöne empfehlende Worte. So schreibt z. B. der „Börsen-Courier“, aus dessen Verlag noch vor kurzem die schärfsten Pfeile gegen Rumänien und das liberale Kabinett „Sturdza“ hervorgingen:

„Die rumänischen Finanzen, die sich bei der Emission der jetzt zur Konvertierung gelangenden Schahnanweisungen in unbefriedigendem Zustande befanden, haben dank günstiger Ernten des Landes und der von der Regierung konsequent durchgeführten Erparnispolitik eine kräftige Besserung erfahren und an Stelle der bisherigen Fehlbeträge ergibt das Budget jetzt wesentliche Ueberschüsse. Diese erfreuliche Wandlung hat das Vertrauen zu den rumänischen Anleihen auch beim deutschen Publikum in vollem Maße wiederhergestellt, was auch in der Kursbewegung der Anleihen zum Ausdruck gekommen ist. Die Konversion ist für die Besitzer der Schahnanweisungen in jeder Beziehung vorteilhaft. Sie bleiben in ungeschmälertem Genusse der hohen Verzinsung, welche ihnen die Schahnanweisungen gewährt. Sie erhalten Stücke über denselben Nominalbetrag mit gleichen Zinsfußigkeiten und überdies noch eine ansehnliche Konversionsprämie. Angesichts dieser besonders günstigen Bedingungen kann der volle Erfolg der Konversion von vornherein als gesichert angesehen werden.“

Erst kommt das Geschäft — dann die Raffensolidarität.

Der Kurpfuscher-Prozeß.

Fünfter Tag.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Landgerichtsdirektor Müller bittet Erster Staatsanwalt Dr. Bellz, noch einmal auf die Vermögens- und die Einkommensverhältnisse des Angeklagten Kardenslöter zurückzukommen. Er habe die Mitteilung erhalten, daß der Angeklagte monatlich 12—13 000 M. Einkommen habe. Der Angeklagte bestreitet dies und verweist auf seine großen Ankosten, die er gehabt; so habe er beispielsweise in jedem Jahre 1 1/2 Millionen Verlage-Prospette zu den Zeitungen verschickt.

Sachverständiger Dr. Eidermer kommt auf die Aeußerung des Rechtsanwalts Dr. Davidsohn zurück, der ihm gestern bei einer Bemerkung die Aktivlegitimation abgeprochen habe, namens der sämtlichen deutschen Ärzte Bewahrung gegen das Verfahren des Angeklagten einzulegen. Er spreche dem Verteidiger das Recht ab, ihn zu rügen. Er sei doch hier auf der Seite des Standes, der durch eine verwerfliche Behauptung des Angeklagten Dr. Kronheim gekränkt worden und er wäre ein lieber Vertreter des Standes, wenn er dazu schweigen würde. Er fühle sich solidarisirt mit den Ärzten. — Der Vorsitzende verweist darauf, daß der Verteidiger nur darauf hingewiesen habe, daß keine Vollmacht der deutschen Ärzte, sondern nur eine vermutete Vollmacht vorliege. — Rechtsanwalt Dr. Davidsohn bestätigt, daß er keineswegs die Absicht gehabt habe, dem Sachverständigen zu nahe zu treten.

Darauf tritt der gestern vernommene Zeuge Apotheker Henke nochmals vor: Herr Präsident, ich bitte um Ihren Schutz und Ihre Hilfe. Die geistige Vernehmung ist in aller Ausführlichkeit in die Presse gekommen und

ich bin nun ruiniert.

— P r ä s.: Ja kann dazu nichts thun. Ob Ihre Oberbehörde Veranlassung nehmen wird, Ihr Verhalten zu rügen, weiß ich nicht. — Zeuge: Herr Präsident, Sie legen gestern Wert darauf, daß alle zusammengehörigen Urkunden, die aus der Apotheke hinausgehen, vorher von dem Apotheker zu untersuchen seien. Ich möchte den Sachverständigen Medizinalrat Dr. Schacht fragen, ob Dinge, wie Schweizerpflaster, Laminanden usw. vor dem Verkauf in den Apotheken erst analysiert werden. — P r ä s.: Solche Dinge kommen doch von Apotheker-Firmen, aber nicht von einem Kurpfuscher, wie Kardenslöter. — Zeuge: Aber, Herr Präsident, sie lauen doch von der Firma Riedel. — P r ä s.: Nein, sie wurden Ihnen von Kardenslöter zugestellt, also jedenfalls durch Hände, die für einen Apotheker anständig sein müßten, namentlich, da die Flaschen auch nicht verriegelt waren und der Angeklagte Kardenslöter doch alles mögliche binnengemischt haben konnte. Wir haben ja auch hier gehört, daß er die tollsten Sachen zusammengekauft hat, in großen Mengen Morphium, Phenacilin usw. — Der Zeuge sucht sein Verhalten gegen diese Behauptungen noch weiter zu rechtfertigen, der Vorsitzende schließt diese Erörterungen mit der Bemerkung: er müsse es der

Oberbehörde überlassen,

ob sie Veranlassung nehmen wolle, das Verfahren des Zeugen zu rügen oder nicht. Ich würde ein solches Verfahren nicht für zulässig

erkranken. — Der Zeuge wendet sich dem gegenüber nochmals an den Sachverständigen Dr. Schacht. Dieser erklärt: Ich kann den Ausführungen des Herrn Direktors nur vollkommen beipflichten.

Zu Gunsten des Angeklagten Nardenkötter bezw. Dr. Kronheim tritt ein als Zeuge vernommener Beichtsteller Piffella auf, der behauptet, durch deren Hilfe geheilt zu sein. Er ist ein kräftiger, wohlbeleibter Mann, dessen Behauptung, krankenkrank gewesen zu sein, Verwunderung erregen muß. Nach seiner Angabe hat er Schwindelanfälle, Hüften mit blutigem Auswurf, Eiterte in den Rippen, in der Seite gehabt, er habe manchmal das Gefühl gehabt, als ob ihm im Nüchtern eine Angel auf- und niedergehe, er sei furchtbar abgemagert gewesen usw. Er sei bei verschiedenen Ärzten gewesen, um zu erfahren, was ihm eigentlich fehle, auch seinen Kassenarzt habe er wiederholt aufgesucht, aber ohne Erfolg. Freilich stellt der Vorsitzende fest, daß der Zeuge die Medizin, die ihm der Kassenarzt verordnete, überhaupt nicht genommen hat. Im Jahre 1898 ist der Zeuge dann zu Nardenkötter gegangen, weil er von einer Frau gehört hatte, daß dort ein Mann von der Wassersucht geheilt worden sei. Dort habe es ihm viel besser gefallen, als bei dem Kassenarzt, denn dort sei er von Dr. Kronheim sehr genau untersucht und befragt worden. Er, der bis zum 1.1. abgemagert gewesen, habe sehr bald wieder an Körpergewicht zugenommen, so daß auch sein Kassenarzt, der da glaubte, daß seine Medizin geholfen habe, eine wesentliche Verbesserung konstatierte. Er sei ein Jahr in der Behandlung gewesen und sei seit dem 1.1. abgemagert gewesen, habe sehr bald wieder an Körpergewicht zugenommen, so daß auch sein Kassenarzt, der da glaubte, daß seine Medizin geholfen habe, eine wesentliche Verbesserung konstatierte. Er sei ein Jahr in der Behandlung gewesen und sei seit dem 1.1. abgemagert gewesen, habe sehr bald wieder an Körpergewicht zugenommen, so daß auch sein Kassenarzt, der da glaubte, daß seine Medizin geholfen habe, eine wesentliche Verbesserung konstatierte.

Nardenkötters Medikamente

ihm geholfen haben. Er hat für die ganze Kur 44 M. 75 Pf. zu bezahlen gehabt. Früher habe er gar keinen Appetit gehabt, jetzt könne er kräftig essen. — Es wird dem Zeugen vorgehalten, warum er denn nicht versucht habe, ob nicht auch die Medikamente der Kassenärzte denselben Erfolg erzielt haben würden; ferner: warum er denn nicht sonst sich in die Behandlung anderer Ärzte begeben habe, woher er denn wisse, daß bei ihm ein Lungenleiden und nicht etwa nur Nervenleiden vorliege und warum er denn gerade geglaubt habe, daß sein Heil von einem Kurpfuscher kommen würde. — Zeuge: Wenn ein Erkrankender dem Tode nahe ist, ergreift er schließlich auch ein ihm entgegengehaltene Mästlermesser. — Der Angeklagte Dr. Kronheim läßt sich auf diesen Fall vom medizinischen Standpunkt aus noch ausführlich ein und behauptet, daß der Zeuge durch die sorgfältige Behandlung, die ihm zu teil geworden, seine Gesundheit wieder erlangt habe. Wie er als Arzt seine Kranken behandle, darüber habe ihm niemand Vorschriften zu machen, so lange er nicht die vorgeschriebenen Maximaldosen der einzelnen Medikamente überschreite und das habe er nicht getan. Der Zeuge habe sich wiederholt darüber beklagt, daß der Kassenarzt ihn nicht zu seiner Befriedigung behandle, sondern ziemlich oberflächlich sich mit einigen Fragen begnüge. Die Kassenärzte seien ja bei der Massen-Heberhebung auch gar nicht in der Lage, jeden einzelnen Kranken gründlich zu untersuchen. Das Mißtrauen, welches die Kranken

gegen Kassenärzte

haben, übertrage sich vielfach auf die Ärzte überhaupt und deshalb laufen sie ja eben viel lieber zum Kurpfuscher. Dieser trete in innigeren Verkehr mit den Patienten, wie die Ärzte, der Kurpfuscher wisse, daß die Leute eine solche eingehendere Beschäftigung mit ihrer Person wollen und wünschen und daher komme die Vorliebe des großen Publikums für Kurpfuscher. — Sachverständiger Dr. Ernst v. W. Kranz: Er sei selbst Kassenarzt, halte es für seine Pflicht, seine Patienten sehr gründlich zu untersuchen und nehme dies für die gesamten deutschen Kassenärzte in Anspruch!

Der nächste Zeuge ist des Angeklagten Nardenkötters Ober-Korrespondent Dr. Manis, der selbst seine Tätigkeit dahin präzisiert, daß er primus inter pares sei. Er hat 12 Semester in Berlin und Erlangen Medizin studiert, sein Doktor-Examen gemacht, hat dann aber, wie er angibt, vom Staatsexamen aus pekuniären Gründen abgesehen müssen und ist nach kurzer Wirksamkeit als Wachhändlergehilfe schließlich zu Nardenkötter gekommen, wo er seit September 1900 bis zum heutigen Tage thätig ist. Während der Dauer dieses Prozesses hat er seine Tätigkeit nachgedrungen eingestellt, da er als Zeuge an Gerichtsstelle weilen muß. Auf eine Frage eines Beisitzers belundet der Zeuge, daß trotz dieses Prozesses noch bis jetzt fortgesetzt neue Patienten an das Nardenköttersche Institut sich wenden. — Die Aussagen dieses Zeugen lauten für den Betrieb im Nardenkötterschen Institut wesentlich günstig und er stellt die Sache so dar, als ob dort alles ganz ordnungsmäßig zugegangen sei. Der Zeuge behauptet, daß er selbst keine selbständigen Verordnungen geschrieben, sondern nur Vorschläge gemacht habe, die der Genehmigung des Arztes bedürftig. Wenn es sich um einfache Diätmaßregeln handelte, habe er sie wohl mitunter selbst verordnet.

Zu Anlaß der Aussage des Zeugen Dr. Manis richtet Sachverständiger Dr. Störmer an diesen die Frage, ob er es für zulässig erachte, brieflich Herz-Kranke, schwere Nervenkrankheiten, die Juckkrankheit, Augenkrankheiten zu kurieren. Als dann erhebt sich eine längere Erörterung über die Frage, ob es zu rechtfertigen ist, die Gonorrhoe ohne persönliche Untersuchung des Kranken zu kurieren, ob eine briefliche Untersuchung zulässig erachte oder ob nicht vielmehr jeder gewissenhafte Arzt es für seine Pflicht halten müsse, mit Hilfe des Mikroskops nach Gonokokken zu suchen. — Sachverständiger Dr. Ernst v. W. Kranz vertritt entschieden den letzteren Standpunkt. — Auf Befragen erklärt Sachverständiger Dr. Kahnt, daß auch er eine briefliche Behandlung der Gonorrhoe für unzulässig halte. Im Interesse der Wahrheit müsse er aber sagen, daß nach seiner Kenntnis und nach seinen Erfahrungen aus der

Charakteristika der Kerze

an diese Krankheit mit dem bloßen Augenschein und ohne mikroskopische Untersuchung des Ausflusses heranzugehen.

Der achtjährige Sohn eines Baumunternehmers in Langermünde litt seit seinem zweiten Lebensjahre an heftigen Darnebelstörungen und der Vater hat das Kind von verschiedenen Ärzten behandeln lassen, jedoch haben die Behandlungen nicht nachgelassen. Das Kind ist schließlich von Dr. Kranz operiert und von einem großen Waisenhause befreit worden. Später haben sich wieder Beschwerden bei dem Kinde eingestellt und Dr. Kranz hat dem Vater, der sich brieflich an ihn wandte, gesagt, es würde nötig sein, daß er mit dem Kinde noch einmal zu ihm nach Berlin käme. Aus den Antworten, die der Vater auf den allen Zeugen vom Untersuchungsrichter überlieferten Fragebogen erteilt hat, geht hervor, daß er sich nicht noch einmal an Dr. Kranz gewandt, sondern die Hilfe Nardenkötters in Anspruch genommen hat. Er behauptet, daß sich der Zustand des Kindes nach den Nardenkötterschen Medikamenten gebessert habe. Nach der Einnahme der Medizin seien durch den Urin und durch die Exkremente gewisse feste Bestandteile ausgeschieden worden und so könne er nur sagen, daß die Medikamente großen Erfolg gehabt haben. Der Zeuge läßt sich nicht betrogen. — Aus den Rezepten geht hervor, daß in dem Medikament Beerenkrautblätter verwendet worden sind. — Auf Befragen des Rechtsanwalts Dr. Davidsohn erklärt Sachverständiger Dr. Kahnt, daß man dem Beerenkrautblätter (Folia Uvae Ursi) eine steinlösende Wirkung zuschreiben kann. — Rechtsanwält Dr. Davidsohn: Würden Sie das Mittel auch verschreiben? — Dr. Kahnt: Eventuell auch. Das Mittel wird sehr häufig verschrieben bei Blasenkatarrh usw. und wird in dem Urethrit-Handbuche des Pharmakologie für derartige Leiden empfohlen. — Es kommt auch über diesen Punkt zu längeren medizinischen Erörterungen.

Sobald wird ein ehemaliger Patient Nardenkötters vernommen, der als Belastungszeuge auftritt. Es ist ein junger Mann, der selber sich von einem geheimen Vater nicht freimachen konnte und auch an einem Ausfallschlag im Gesicht litt, dessen Beseitigung ihm nicht gelungen war. Er kam dann zu Nardenkötter und dieser soll ihm sichere Heilung versprochen und die übliche Vergütung für die dreiwöchige Kur beansprucht haben. Die ihm zugewiesenen Medikamente, welche

scharfe Mittel

und u. a. auch Arsen enthielten, haben nach der Behandlung des Zeugen nichts genutzt und er hält sich sowohl hierdurch als durch die Höhe des Honorars für betrogen. — Dr. Störmer rügt, daß hier eine Art ganz skablonenhaft so scharfe Mittel verschrieben worden seien, die der Fall garnicht

Menschen gefügt haben: Unterlassen Sie vor allen Dingen jede aufregende Lektüre und das Lesen von Büchern, wie „Retous Selbstbehaltung“ oder „Der Mensch in allen Lebenslagen“ u. dergl., lassen Sie sich nicht das Geld von Kallunten aus der Tasche nehmen, die Ihnen durch bodenlose Schwarzmalerei angst und bange machen. Sie würde ihm ferner ernsthaft ins Gewissen geredet haben, und was den Ausfallschlag betrifft, so wäre vielleicht Blutsteinseife oder grüne Seife zweckmäßig gewesen.

Auch der nächste Zeuge, ein 57-jähriger Mann, fühlt sich befragen. Er quält sich seit 15 Jahren mit einem Darm- und Magenleiden herum. Durch den „Krieger-Zeitungs“ beiliegenden Reslamezettel ist er auf Nardenkötter aufmerksam geworden und hat diesen aufgesucht. Nardenkötter hat ihn untersucht, d. h. er hat seinen Puls gefühlt und über seinen Oberlauf das Ohr auf seine Brust gelegt. Dann hat er Fragen über seinen Zustand an ihn gerichtet und ihm die Lebensmittel zu den bekannten Preisen überlassen. Die Sache hat den Mann eine ganze Menge Geld gekostet, denn er hat für die Hauptkur und zwei Nachkuren bezahlen müssen bezw. ist jetzt noch etwas schuldig. Die Medikamente haben nichts geholfen, der Patient glaubt vielmehr, da sie ihn an der Gefirtheit geschädigt haben. — Rechtsanwält Dr. Davidsohn hält ihm vor, daß er doch einmal dem Angeklagten für seine guten Dienste gedankt habe. Der Zeuge erwidert, daß er sich damals noch mitten in der Kur befand.

Vor Beendigung der Sitzung bemerkt der Vorsitzende:

Seitens des

Folizeipräsidenten

ist mir ein Schreiben zugegangen, des Inhalts, daß er in dem Verhalten des Apothekenbesizers Henke einen Verstoß gegen § 28 der Strafbestimmung vom 8. Februar 1902, gegen § 367 ad 5 des Strafgesetzbuchs, gegen § 34 der Apotheker-Vereinsordnung und gegen die Verordnung vom 22. Juni 1896 betr. die Abgabe starker wirkender Arzneimittel erblicken müsse und dem Staatsanwalt anbehalte gegen Henke auf Grund des § 263 Str.-G.-B. (Vergewaltigung) einzuschreiten. Der Herr Folizeipräsident wünscht — so fügt der Vorsitzende hinzu — daß dies in öffentlicher Sitzung bekannt gemacht werde, damit die durch die geistige Vernechtung des Herrn Henke im Publikum hervorgerufene Meinung zurückgeführt werde.

Hierauf wird die Verhandlung bis nächsten Montag vertagt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Eine Flugblatt-Verbreitung

erfolgt Sonntagvormittag in allen Wahlkreisen Berlins und der Vororte. Es ist dringend notwendig, daß die Parteigenossen und Genossinnen sich an diesem Werke vollzählig beteiligen.

In Berlin finden sich die Genossen

früh 7¹/₂ Uhr

an den bekannten Stellen ein.

Die Parteigenossen und Genossinnen des zweiten Wahlkreises werden ersucht, sich am Sonntag zahlreich an der Flugblattverbreitung zu beteiligen.

In fünften Reichstags-Wahlkreise treffen sich die Parteigenossen an folgenden Stellen: 1. Abteilung bei Dinkler, Wilsstr. 56; 2. Abteilung bei Ludwig, Landwehrstr. 11; 3. Abteilung bei Anhöf, Birtenstr. 10; 4. Abteilung bei Post, Dragonerstr. 15; 5. Abteilung bei Meiser, Auguststr. 51; 6. Abteilung bei Wittchow, Kleine Hamburgerstr. 27, Ede Elsäckerstraße; 7. Abteilung bei Sagedreht, Luisenstr. 55.

In sechsten Wahlkreise sind folgende Treffpunkte: Hölzer, Waldstraße 8; Pflanz, Putzstr. 10; Kranke, Müllerstr. 7a; Kaiser, Flugstraße 8; Hoppe, Adlerstr. 21; Kofur, Ruppinerstr. 42; Abendroth, Badstr. 42; Schönfeld, Fehdeblumerstr. 9.

Schöneberg. Die Parteigenossen werden ersucht, sich in folgenden Lokalen zur Flugblattverbreitung früh 7¹/₂ Uhr einzufinden: Ständer, Hohenstraßenstr. 79; Schilling, Nollhofstr. 16; Krüger, Grunewaldstraße 110; Döring, Nerchburgerstr. 7; Ebel, Reintingerstr. 8; Hortemann, Kaiser Friedrichstr. 8; Keimer, Hohenfriedbergstr. 26; Hoffmann, Cheruskerstr. 16; Hauert, Hauptstr. 97; Woll, Sponholzstraße 34.

Weißensee. Die Parteigenossen werden ersucht, sich am Sonntag früh 8 Uhr zur Flugblatt-Verbreitung in folgenden Lokalen recht zahlreich einzufinden: 1. Abteilung: Helmke, Heinersdorfer Weg 88; 2. Abteilung: Stoffs, Leberstr. 28; 3. Abteilung: Gary, König-Chaussee 55; 4. Abteilung: Schmutz, König-Chaussee 88; 5. Abteilung: Sorrer, Straßburgerstr. 56.

In Wilmerdorff treffen sich die Parteigenossen früh 8 Uhr in folgenden Lokalen: 1. und 2. Bezirk bei Ratich, Uhländerstr. 70; 3., 4. und 5. Bezirk bei Witte, Berlinerstr. 40; 6. Bezirk bei Rudloff, Brandstr. 13; 7. Bezirk bei Hilpert, Sturfschandenweg 126.

Treptow-Baumsehuldenweg. Zu der morgen stattfindenden Flugblattverbreitung werden die Genossen ersucht, sich zahlreich den Bezirksführern um 8¹/₂ Uhr im Restaurant Staffeld zur Verfügung zu stellen.

Niedorf. Die Parteigenossen werden ersucht, sich zu der am Sonntag stattfindenden Flugblattverbreitung den Bezirksführern vormittags 8 Uhr in den bekannten Lokalen zahlreich zur Verfügung zu stellen.

Des Weiteren den Genossen zur Kenntnis, daß die Mitgliederversammlung des Wahlvereins aus zwingenden Gründen nicht am 11., sondern erst am 18. Februar stattfinden kann.

Steglin-Friedenau. Zu der am Sonntag stattfindenden Flugblatt-Verbreitung treffen sich die Genossen an diesem Tage, vormittags 8 Uhr, in folgenden Lokalen. Für Steglitz: bei Schellhose, Thorenstraße; Wolff, Schildhornstraße; Koch, Hovaststraße; Krüger, Heerstraße; Kramer, Marktsteinstraße. Für den sechsten Bezirk bei dem Genossen Gratoschel, Potsdamerstr. 7. Für Friedenau bei Grube, Kaiser-Allee. — Ferner weisen wir auf die am Dienstag bei Grube, Restaurant zur Linde, Friedenau, Kaiser-Allee, stattfindende Volks-Versammlung nochmals hin. Der Vorstand.

In Friedenau treffen sich die Parteigenossen zur Flugblattverbreitung Sonntag früh 7 Uhr bei Grube, Kaiser-Allee, Ecke der Stubenrauchstraße.

Lichtenberg. Zur Flugblattverbreitung am Sonntag früh 8 Uhr treffen sich die Parteigenossen: Wilhelmsberg: Strauß, Hohenbrandenstraße. — Neu-Lichtenberg: Schulz, Prinzen-Allee 8. — Lichtenberg: Zinger, Dorfstr. 112; Bastian, Hagenstraße (Ede Gudrunstraße); Heusch, Pfarrstr. 42; Zimmermann, Rummelsburgstr. 47; Lange, Wartenbergstr. 67. — Friedrichsberg: Winger, Kronprinzenstr. 42; Zipser, Frankfurter Allee 181; Krusemar, Flumenthalstr. 45; Lutterballe, Friedrichsstr. 11; Schilling, Rainierstr. 6. — Die Bezirksführer nehmen auch Anmeldungen neuer Mitglieder für den sozialdemokratischen Wahlverein dort entgegen. Der Vorstand.

In Panow ist der Treffpunkt zur Flugblattverbreitung früh 8¹/₂ Uhr bei Hoffmann, Mühlenerstr. 26.

In Köpenick treffen sich die Parteigenossen früh 7¹/₂ Uhr bei Rühlitz und Stippelhof, in Friedrichsfelde früh 8 Uhr bei Vosse, Luisenstr. 30.

Zu Spandau treffen sich die Parteigenossen früh 8 Uhr in den bekannten Lokalen.

Waldmannslust. Sonntagnachmittag 4 Uhr im Lokale des Herrn Kunz. Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins. Genosse Bermuth, Berlin referiert über: „Kautsky und die soziale Revolution“. Vormittags findet Flugblatt-Verbreitung statt, die Genossen werden um rege Beteiligung ersucht.

Mariefelde und Umgegend. Sonntagnachmittag 4 Uhr: Volksversammlung in Mariefelde bei Dietmann (früher Leinhardt), Großbeerenstraße. Stadt, Bruns hält einen Vortrag über die kommenden Reichstagswahlen und die Stellung der landlichen

Arbeiter. Ferner wird der Gemeindebevrteeter Genosse Greulich von Mariefelde einen Bericht über seine Tätigkeit in der Gemeindevertretung geben.

Lokales.

Es giebt kein schön'eres Leben als das Töpferleben — mühte man denken, wenn man nat' genog wäre, um ein Phantastiegebilde ernst zu nehmen, welches die „Deutsche Tageszeitung“ des Obergerichtsbezirks ihren Lesern vorsetzt. Wir geben das Nachwort des Agrarierblattes hiermit der verdienten Väterlichkeit preis:

Die Töpfer verdienen wöchentlich 70—90 M.; sie arbeiten Sonnabendsnachmittag und Montag während des ganzen Tages nicht, sonst würden sie es bequemer auf über 100 M. Wochenverdienst bringen. Von ihnen kamen vor einigen Wochen drei oder vier Mann bei einem Neubau an, worin sie Ofen setzen sollten. Wie sie prüfend die Front überflogen, ob auch die Fenster vorchriftsmäßig verlagert seien, sah sie die Flügel eines Fensters offen stehen. Gerade kam der Baunternehmer hinzu: „Meister, machen Sie mal der Fenster zu!“ Der Unternehmer, starb ob solcher Ynnutung, mochte wohl ein erlaucht Gesicht machen und schien willens zu sein, den Töpfergesellen eine passende Antwort zu geben. Aber eher er so weit kam, hief es von der andern Seite: „Wenn Ihnen der nicht paßt — uns och nich!“ Und die Brüder nah'n ih'r Handwerksbündel auf. Dem Baunternehmer blieb nichts andres übrig, als nach oben zu gehen, das Fenster zu schließen und dafür einige nachlässig-freundliche Worte der herzer Genossen einzuflechten. Hätte er anders gehandelt, wäre sein Bau gesperrt worden und die Vermietung seiner Wohnungen zum 1. April hätte auf wer weiß wie lange hinausgeschoben werden müssen. Ein andres Stück. Die selben Töpfer hatten ihren Zutterungen an's Gesicht, damit er Zigaretten hofe. Da die Herren Gesellen nur eine besond'ers gute Sorte rauchten, die nicht allenthalten zu ha... war, so blieb der Junge längere Zeit aus. Da nun der Lehrling knapp wurde, so machte sich einer der Töpfer auf die Suche nach dem Parberrn, damit dieser Lehrling oben schaffen lasse. Als der Mann zwei Aneipen besucht und in jeder eine Stärkung zu sich genommen hatte, traf er den Bauherrn auf der Straße. Er trug sein Anliegen vor und fügte in selbstverständlichen Tönen die Bemerkung hinzu: „Meine Kofferei können Sie mir gleich bezahlen. Eine halbe Stunde und zwei Töppchen, macht n' Meter.“ Und wiederum mußte der also behandelte Bauherr gute Miene machen. Wäre nicht inzwischen der Junge zurückgekehrt, so hätte der Unternehmer wahrscheinlich noch Lehrling oben tragen müssen. — Die Schilderungen liehen sich ähnlich in unendlicher Zahl anschließen. Denn die Maurer, Putzer, Rohrleger und Waler geben den Töpfern nicht viel nach.

Die Erzählungen der „Deutschen Tageszeitung“ erinnern so sehr an das bekannte Märchen von den Champagner trinkenden Maurern, daß man seinem vernünftigen Menschen zumuten kann, sie zu glauben. Mit gutem Grund hat ja auch das Agrarierblatt unter diesen anzugeben, wann und wo diese Geschichten passiert sein sollen. Daß der phantastische Mitarbeiter der „Deutschen Tageszeitung“ sich ähnliche Schilderungen in unendlicher Zahl aus den Äußerungen seines Lehrling, so hätte der Junge längere Zeit aus. Da nun der Lehrling knapp wurde, so machte sich einer der Töpfer auf die Suche nach dem Parberrn, damit dieser Lehrling oben schaffen lasse. Als der Mann zwei Aneipen besucht und in jeder eine Stärkung zu sich genommen hatte, traf er den Bauherrn auf der Straße. Er trug sein Anliegen vor und fügte in selbstverständlichen Tönen die Bemerkung hinzu: „Meine Kofferei können Sie mir gleich bezahlen. Eine halbe Stunde und zwei Töppchen, macht n' Meter.“ Und wiederum mußte der also behandelte Bauherr gute Miene machen. Wäre nicht inzwischen der Junge zurückgekehrt, so hätte der Unternehmer wahrscheinlich noch Lehrling oben tragen müssen. — Die Schilderungen liehen sich ähnlich in unendlicher Zahl anschließen. Denn die Maurer, Putzer, Rohrleger und Waler geben den Töpfern nicht viel nach.

Der Magistral hat die Ausschmückung der Mittelpromenade unter den Linden mit Ruhebänken, welche in den dafür vorgesehenen Nischen aufstellung finden sollen, einer Kommission von neben Mitgliedern zur Vorbereitung überwiesen, welche die eingegangenen Modelle und Zeichnungen einer Prüfung unterziehen soll. Zur Aufstellung sollen 66 Bänke gelangen. Die Etatsberatungen wurden fortgesetzt.

Der Umbau des Kaffeehaus im großen Stil (mit Vertiefung der Fenster, Fortnahme der zwei Pfeiler in der Kaffeehause, Anlegung eines Vorgartens an der Königstraße etc.) ist heute vom Magistrat mit Rücksicht auf die allgemeine Finanzlage abgelehnt worden. Die Kosten sollten hierfür 330 000 M. betragen, der Magistrat hat beschlossen, in den neuen Etat nur 50 000 M. für Renovierungsausgaben einzustellen.

Der älteste Gemeindegemeinlehre Berlins, Herr Rektor August Seiffert von der 15. Gemeindegemeinlehre in den Kantonen Alee, scheidet mit Ablauf dieses Winterhalbjahres aus dem Schuldienst aus und tritt in den wohlverdienten Ruhestand. Seine Unterrichtsbildung hat er wegen schwerer Erkrankung bereits vorher für immer einstellen müssen. Der alte Herr steht gegenwärtig im 81. Lebensjahre. Seit 56 Jahren war er im öffentlichen Lehramt thätig, seit 55 Jahren im Schuldienst der Stadt Berlin, seit 44 Jahren war er Hauptlehrer bezw. Rektor. Eine gleich lange Dienstzeit ist an den Berliner Gemeindegemeinlehren in neuerer Zeit nur ganz selten von einem Lehrer oder Rektor erreicht worden. Der Magistral und die Stadtverordneten-Versammlung haben Herrn Seiffert schon im vorigen Jahre, aus Anlaß der Feier seines 60. Geburtstages, für den Fall seiner Pensionierung den Fortbezug seines vollen Gehaltes zugesichert.

So ändern sich die Zeiten. In der letzten Sitzung der Berliner medizinischen Gesellschaft teilte der Vorsitzende mit, daß ein älterer hiesiger Arzt seinen Austritt aus der Gesellschaft erklärt habe, weil diese jetzt Frauen als Mitglieder aufnehme. Die Mitteilung wurde von der Gesellschaft mit Heiterkeit entgegengenommen. In derselben Sitzung wurde übrigens eine Kerze als Mitglied aufgenommen. Die Heiterkeit, mit der die Herren Kerzen den Austritt ihres allzu jüngerer Kollegen aufgenommen haben, ist ein Stück Selbstironie. Es ist noch gar nicht lange her, daß die Herren mit Ingramm ihre weiblichen Kollegen bekämpften und sie der Kurpfuscheri beizugliederten.

Zur Änderung des Droschken-Folizei-Reglements nahm Donnerstagsabend der Verein Berliner Droschken-Führer Stellung. Es wurde beschlossen, dem Polizeipräsidenten u. a. folgendes zur Berücksichtigung zu empfehlen: Dem § 29 folgende Fassung zu geben: Von 8 Uhr abends bis 8 Uhr morgens ist der Droschke zur Annahme einer Fahrt nur verpflichtet, wenn er haltend betreten wird. Den § 47: Der Droschke ist verpflichtet, dem Fahrgast auf Verlangen Fahrkarten in Höhe des zu verrechnenden Fahrgeldes nach Beendigung der Fahrt anzuhändigen. Ferner in Bezug auf die Kleidung der Droschker: Sie soll, wenn möglich einheitlich sein. Dunkelblauer Rock mit platten weißen Metallknöpfen, rotem Stragen mit weißer Tresse eventuell Borte für die I. Klasse; mit gelber für die II. Klasse. Wird Felleinermantel nicht beibehalten, so wird wasserdichter Regenrock oder Regenmantel gewünscht, sowie schwarze Hufe und Weste; für den Sommer leichte Livree. Den Automobilführern ist gestattet, dunkles Lederzeug zu tragen.

Todesbefehle. Schwindsüchtige fällen sich kurz vor ihrem Tode gewöhnlich noch einmal wunderbar kräftig und nehmen sich vor, alles bisher im Leben Versäumte nachzuholen. So muß es ja wohl auch politischen Parteien und Gruppen ergeben. Der Völkermonteur behauptet von der Stadtverordneten-Versammlung, sie habe sich durch den Beschluß, sich nicht mit der Veranstaltung der Müggelberge zu befassen

in einen schreienden Widerspruch zu der erdrückenden Mehrheit der Berliner Bevölkerung gesetzt, die ihren Alt-Reichsfänger hochschätzt und die nicht gewillt ist, sein Andenken in den Schatzen stellen zu lassen. Die erdrückende Mehrheit der Berliner Be-

Wahlereignis wird, so hoffen wir, sich aufrufen und durch Kundgebungen aller Art zu erkennen geben, daß sie mit dem unwillkürlichen, aberlandlosen Beschluß der Singer, Kronz und Genossen nicht einverstanden ist, und sie wird die Leitung für diesen die Stadt Berlin blamierenden Beschluß bei den nächsten Wahlen erteilen."

So die „Staatsbürger Jg.“, der es ebenso elend geht wie ihrer Madapartei und der wir uns Mittel wünschen wollen, daß sie die Zeit der nächsten Wahlen noch erlebe. Dann wird sie leben, wie die erlösende Mehrheit der Bevölkerung das Andenken Bismarcks dadurch ehrt, daß sie den 150 000 im Jahre 1898 abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen noch eine stattliche Zahl hinzufügt.

Zufällig einmal die Wahrheit gesagt. In seiner Reichstagsrede am 23. Januar ist die Hofprediger Stöcker, wie noch erinnerlich sein wird, die Mitteilung auf, daß ihm der „Vorwärts“ seit acht Tagen gratis ins Haus gebracht werde; auf diese Weise, meinte er, sei es nicht schwer, die Auflageziffer des Blattes zu erhöhen.

Der auch nur ein wenig von den Geschäftsgepflogenheiten in der Expedition dieses Blattes lemt, der weiß, daß wir für das uns so zum Vorwurf gemachte Reklamemittel nicht zu haben sind, und daher lag die Annahme nahe, daß der ehrenwerte Mann seiner üblichen Gerobtheit gemäß auch am 23. Januar mit der Wahrheit auf gespanntem Fuße gestanden habe.

Objektiv hatte Herr Stöcker aber in diesem Falle wirklich recht, und das kam, wie wir jetzt erst durch Zufall erfahren haben, also:

In nächster Nachbarschaft des Herrn Stöcker wohnt ein Schriftsteller C., der Abnehmer dieses Blattes ist. Dieser Herr vernahmt nun in den Tagen, wo Herr Stöcker seine Erzählung im Reichstage an den Mann brachte, regelmäßig am Morgen unser Blatt. Allerdings Umstände verhindern ihn, sich über die Nachlieferung zu beschweren; als er aber nach etwa acht Tagen der Sache dennoch auf den Grund ging, stellte sich heraus, daß eine neue Zeitungsfrau den „Vorwärts“ verschentlich nicht an der richtigen Stelle, sondern bei Herrn Stöcker abgegeben hatte.

So kam das Wunder zu stande, daß Herr Stöcker auf einmal die Wahrheit veränderte. Seine an die Mitteilung geknüpften Verdächtigungen wollen wir, als in seiner Natur liegend, ihm schenken.

Der Anschlag für die Stadtbahn-Erweiterung nach Friedrichsfelde ist nunmehr hergestellt worden. Die neuen Gleise zweigen hinter der Station Warschauerstraße von der alten Strecke ab und führen zu beiden Seiten des Bahndammes nach der neu angelegten Stadtbahnstation Stralau-Kummelsburg. Der neue Stadtbahnhof Friedrichsfelde geht ebenfalls seiner Vollendung entgegen. Die Anschlagleistung können hier jedoch nicht gelehrt werden, weil die neue Uebstföhre sich über das Terrain der jetzigen Stationsgebäude hinwegzieht. Vor Fertigstellung des Anschlusses, voraussichtlich im Laufe des Monats Mai, kann die Erweiterung des Stadtbahnbetriebes nicht vorgenommen werden.

Zum Apotheken-Beitrag. Herr Apotheker Reich sendet uns folgenden Aufsatz:

In Nr. 27 dieser Zeitung wird unter Lokales folgendes mitgeteilt: „Der Hofapotheker Reich, Adalbertstr. (Adalbert-Apothek), ließ kürzlich durch seinen Lehrling einem Charlottenburger Droguisten, der ein Rezepturamtsstelle hat, die Bereitwilligkeit erklären, ihm pro Recept für jedes Rezept 20 Proz. Rabatt zu vergüten, das ihm der Droguist zur Anfertigung zuweisen würde. Weiter war Herr Reich auch bereit, täglich ein oder mehrmals per Post die Recepte von Charlottenburg holen zu lassen und die Arzneien hinzuliefern. Bevor der Droguist sich auf den Handel einließ, machte er der Central-Kommission Mitteilung. Diese ersuchte ihn, von dem Angebot abzusehen.“ Ich erkläre hierauf: Es ist unwarhaft, daß ich dem Charlottenburger Droguisten Herrn Leiwisch ein derartiges Angebot gemacht habe, sondern Herr Leiwisch ließ mich durch meinen Lehrling den Vorschlag machen, ihm für die Anfertigung von Recepten eine Provision zu zahlen. Es ist unwarhaft, daß ich dem betreffenden Droguisten durch meinen Lehrling meine Bereitwilligkeit dazu erklären ließ. — Ich habe vielmehr dem Vorstand des Apotheker-Vereins sofort von dem Angebot Kenntnis gegeben, da ich die Heberzeugung hatte, daß Herr Reich die Krankenkassen schädigen wollte und nur auf seinen Agnen Vorteil bedacht war.

Ich hatte dem Vorstand des Apotheker-Vereins das Weitere zu ihm überlassen, da ich mit der Sache durchaus nichts zu thun haben wollte.

Zu dieser Zuschrift schreibt uns unser Gewerksmann aus Krankenkassentagen:

Herr Hofapotheker Reich scheint sich zu einem eigenartigen Dementi-Specialisten entwickeln zu wollen. Es ist dies derselbe Herr, der seiner Zeit den Apothekerring mit der Nachricht allarmierte, Dr. Freudenberg habe ihm namens der Kassen den Wunsch nach neuen Vergleichsverhandlungen ausgedrückt. Freudenberg hat diese lurtöse Behauptung bekanntlich energisch zurückgewiesen. — Wer das Marzidel war, das diesmal angefangen hat, können die Herren Leiwisch und Reich noch unter sich ausmachen. Jedenfalls ist es gegenüber den Reichischen Behauptungen bezeichnend, daß die „Apotheker-Zeitung“ den Vorgang vollständig und fehlerlos Thatsache ist ferner, daß ein Note der Reichischen Apotheke bei Leiwisch erlitten, der Recepte abholen sollte, aber keine behändig erhielt. Die Central-Kommission hatte an der Veröffentlichung nur soviel Interesse, als der Vorgang wieder einmal zeigt, wie es um den Apothekerring steht. Hebrigen wird das allmählich auch offiziell von den Apothekern zugehen. In einer Zeitungsnotiz, in der die Zulassung der 100 Berliner Apotheken durch den Oberpräsidenten erwähnt wird, erklärte ferner die „Apotheker-Zeitung“: In Wirklichkeit haben nach Schaffung der Sammelstellen nur die 5 Vertragsapotheken die Lieferungen; die 100 von den Behörden vorgeschriebenen werden nur noch in Notfällen in Anspruch genommen. Stimmt!

Ein Rückgang in der Benutzung der Bahnhofs-Droschken ist wie im Jahre 1901, auch im verfloffenen Berichtsjahre zu verzeichnen. Insgesamt wurden von den Bahnhöfen 645 470 Fahrten angetreten gegen 654 345 im Vorjahre. Die Zahl der Fahrten hat sich also um 8875 vermindert. Am stärksten in Anspruch genommen wurden die Droschken am Anhalter Bahnhof, von welchem insgesamt 143 368 Fahrten angetreten wurden. Dann folgen Steintiner Bahnhof, Bahnhof Friedrichstraße, Lehrter und Görlitzer Bahnhof. Gepäddroschken wurden am stärksten benutzt in den Monaten Juli bis September, am schwächsten im Monat Februar.

Einen Aussen erregenden Selbstmord verübte Freitagnachmittag auf der Charlottenburger Chaussee eine etwa 20-jährige Dame, indem sie sich vor einen Straßenbahnwagen warf und überfahren ließ. Die Unbekannte trat gegen 1/3 Uhr in Begleitung eines Herrn an den auf der Höhe der Charlottenburger Chaussee und Siegesallee Posten stehenden Schutzmännchen heran. Der Herr war eben im Begriff den Beamten, der dicht am Straßenbahngleise stand, anzusprechen, als der Motorwagen 2108 der Charlottenburger Straßenbahnlinie (Küppers Graben-Wilmersdorf) herangekam. Die drei Personen traten etwas zur Seite, doch im nächsten Moment lief die Unbekannte mit dem Ruf: „Ich lag nicht festnehmen“, gegen die Vorderplatteform des in voller Fahrt befindlichen Motorwagens. Die Dame wurde niedergedrückt und geriet in das Getriebe des Straßenbahnwagens. Die elegante Kleidung der Verunglückten hatte sich derartig in der Bremsfeste verwickelt, daß der Körper erst nach größerer Mühe und mit Hilfe der hinzugerufenen Feuerwehr befreit werden konnte. Als man den Körper unter dem Wagen hervorholte, war die unglückliche bereits tot. Die Leiche wurde nach dem Schaubau überführt. In der allgemeinen Aufregung, welche durch die furchtbare Scene verursacht wurde, entfernte sich der Herr, so daß bisher nicht festgestellt werden konnte, aus welchem Grunde er die Stütze des Mädchens veranlassen wollte. Die Tote ist inzwischen als die unverheiratete Anna Krüger gen. Groß aus Werder a. N. rekonstruiert worden.

Bauungsl. Auf dem Neubau des Borsengebäudes auf dem Mageriehof zu Friedrichsfelde ist gestern mittag 11 1/2 Uhr der Maurer Siehe aus Niddorf von der Höhe der zweiten Etage abgestürzt. Der Verunglückte erlitt schwere Verletzungen am Kopf und verschiedene Rippenbrüche. Er wurde nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht.

Vom Eisenbahnzuge überfahren. Ein schauerlicher Fund wurde gestern früh auf den Gleisen der Ostbahn zwischen den Stationen Lichterberg-Friedrichsfelde und Kummelsburg-Ort gemacht. Ein Streckenwärter, der gegen sieben Uhr die Gleise beging, fand auf denselben den sichtlich verstümmelten Körper eines nur noch leise stöhnenden Menschen. Beide Beine waren ihm dicht unter den Knien glatt abgeschnitten und der Hinterkopf gespalten, so daß das Gehirn bloß lag. Trotzdem lebte der Mann noch, doch starb er bald, nachdem man ihn aufgefunden hatte. Wie sich herausstellte, war der Verunglückte ein Bauer von der Ostbahn, der von seiner Wohnung aus quer über die Gleise gegangen war, um auf kürzerem Wege den Bahnhof und den Zug zu erreichen, mit welchem er zur Dienststelle fahren wollte. Der Mann muß mindestens bereits eine halbe Stunde gelegen haben, bevor er aufgefunden wurde, denn so lange hatte kein Zug mehr die Strecke passiert. Mit welchem Zuge er überfahren worden ist, hat sich nicht feststellen lassen, weil gegen 1/7 drei Züge in kurzer Folge die Stelle des Unglücks passiert haben.

Parfümierte Äpfel. Die Hausfrauen des Westens und der westlichen Vororte werden dem „Zeit. Kritisch.“ zufolge seit einiger Zeit dadurch getäuscht, daß ein Straßenhändler mit parfümierten Äpfeln handelt. Tritt man dem Obstwagen näher, so überrascht der wunderbar feine Geruch der Ware. Man läuft also — die Gelegenheit leitet vielleicht nicht wieder — gleich ein paar Pfund. Zu Hause merkt man, daß man herein gefallen ist. Das Aroma der Äpfel ist nicht etwa verflüchtigt, im Gegenteil, es macht sich recht lebhaft bemerkbar, beinahe allzu lebhaft. Aber beim Verspeisen der Äpfel kommt man der Sache auf den Grund. Die Äpfel schmecken so stark nach irgend einem Fruchtäther, daß man nun mit Bestimmtheit erkennt, einem „Kürschner“ in die Hände gefallen zu sein. Die Äpfel selbst sind schlecht und geschmacklos.

Die „Dieterweg-Stiftung“ zu Berlin hat beschlossen, folgende Preisaufrage zu stellen: „Kritische Besprechung des Grundrisses der Berliner Gemeindefschule vom Jahre 1902.“ Der erste Preis beträgt 500, der zweite 300 M. Die Arbeiten sind bis zum 1. Januar 1904 an den Schriftführer der Stiftung: Rektor Brüggenmann, Berlin N., Pfingststr. 12, einzuliefern, dürfen 10 Druckbogen nicht überschreiten und auch nicht den Namen des Verfassers tragen; letzterer ist in einem verschlossenen Briefumschlag, der mit demselben Sammelbuch versehen ist wie die Arbeit, beizulegen. Die gekronten Preisarbeiten bleiben Eigentum der Verfasser; jedoch wird der zu erhaltende Preis erst nach der Veröffentlichung der Arbeit gezahlt, auch behält sich das Juroriat das Recht vor, eine von ihm zu bestimmende Anzahl von Exemplaren zu einem Drittel des Ladenpreises zu erwerben. Im Interesse der Preisrichter wird deutsche Schrift auf einseitig beschriebenen Papier gefordert. Der Lehrplan ist im Buchhandel erschienen und u. a. durch den Verlag von J. Neumann für 0,40 M. zu beziehen.

Die Brandstätte in der Michaelisstraße ist, da eine Untersuchung eingeleitet und seitens der Staatsanwaltschaft des Landgerichts I eine Lokalbesichtigung angeordnet ist, noch immer polizeilich gesperrt. Die amtlichen Ermittlungen über die Entstehung des Brandes haben noch kein Ergebnis gehabt. Es wird angenommen, daß das Feuer in dem in der ersten Etage gelegenen Celluloidabfalllager entstanden ist. Herr Sch. bestritt dies und erklärt, daß vösliglich an der Trennungswand zwischen seinem Lagerraum und der Tapissierwarenfabrik von Kormier eine ungeheure Feuerföhre emporloderte und gleichzeitig die Wand zusammenstürzte. Die behördlichen Erhebungen haben ergeben, daß der Arbeitsbursche Stunze keinen Verbrennungstod gefunden, sondern vermutlich einem Herzschlag erlegen ist. Die Leiche wies nur eine Brandwunde an der Stirn auf. Die beiden schwerverletzten Mädchen lagen in der Nähe des jungen A., jedoch näher am Brandherd, und hatten unter Einwirkung des Feuers und Rauches viel intensiver zu leiden. Dieser Umstand deutet darauf hin, daß auch ein Erstickungstod bei dem jungen A. nicht vorliegt.

Feuer im Wespennest alarmierte Freitagabend ein großes Lösch-ausgebot nach der Alexandrinenstraße. In dem zu ebener Erde auf dem ersten Hofe gelegenen Lageraume der Gas-Gläslichfabrik (Grenthorn-Weg) von Adolf Eisner war der Brand in dem Augenblick entstanden, als ein junger Mann Petroleum auf eine Gläslichlampe goss, deren Ölbehälter jedenfalls defekt war. Im Nu standen die in dem Raume aufgestellten Gläslichkörper und Brenner in Flammen, so daß die anwesenden Personen nur mit knapper Not den einzigen vorhandenen Ausgang gewinnen konnten. Der Firmeninhaber Eisner hatte noch die Geistesgegenwart, vorher den ersten Gelbdruck zuzuschicken und rettete dadurch die Hauptbücher. Bald flogen die großen Spiegelscheiben infolge der großen Hitze auf den Hof, und die Flammen schlugen nach den oberen Stockwerken empor. Angesichts der großen Gefahr für die Fabrikräume in den oberen Etagen gab der zuerst eingetrossene Löschzug die Meldung „Mittelfeuer“, worauf etwa ein Duzend Löschzüge herbeieilten. Es gelang dem energischen Vorgehen der Wehr, das Feuer auf den einen Fabrikraum zu beschränken, der allerdings total ausbrannte. Die starke, massive Deckenwölbung hatte glücklicherweise der Hitze widerstanden. Der entstandene Schaden belief sich auf mehrere tausend Mark, da auch das Comptoir total ausbrannte. Der junge Mann, der den Brand verschuldete, zog sich schmerzhaft Brandwunden zu. Branddirektor Giersberg leitete selbst längere Zeit die Löscharbeiten.

Aus den Nachbarorten.

Aus der Spandauer Stadtverordneten-Versammlung. Der Oberbürgermeister gibt zunächst einen überaus trockenen Verwaltungsbericht für das verfloffene Jahr, aus welchem hervorgeht, daß die Gemeinde-Einkommensteuer um 30—40 000 M. hinter dem Voranschlag zurückgeblieben sei. Voraussetzlich werde sich aber ein „erhebliches Defizit“ nicht ergeben, da bei andern Posten Mehreinträge herauskämen. Die Einwohnerzahl sei von 63 894 am 1. Januar 1902 auf 63 504 am 1. Januar 1903 zurückgegangen. In der Diskussion hält Stadt. Rieger (Soz.) gründliche Abrechnung mit der bürgerlichen Mehrheit wegen ihres vom 1. socialen Geist getragenen Verhaltens zu den aller verschiedenen Fragen. Der Redner kündigt an, da die socialdemokratische Fraktion, um ihrem Prozeß gegen die Wirtschaft in der Spandauer Kommune wirksamen Ausdruck zu geben, einstimmig gegen den Hauptetat (dessen Beratung sich hier anschließen soll) stimmen würde. Der Stadtverordneten-Vorsteher Schröder dokumentiert seine bekannte Unparteilichkeit wieder einmal, indem er unsern Genossen zuruf: „Diese Ausführungen hätten Sie sparen können.“ Hierüber entzieht wieder eine der gewohnten Szenen. Stadt. Rieger mündet sich gegen die Feinerung des Vorberichts; derselbe befindet sich nicht im Rahmen seiner Befugnisse, wenn er sich derart verlegendende Redensarten erlaube. — Die erste Lesung des Hauptetats trat damit wahrhaft würdig eingeleitet. Eine sehr eingehende Debatte entspann sich nur noch über den Antrag einiger Grundbesitzer, die Grundwertsteuer von 3,60 M. pro Hektar, wie es der Magistrat vorschlägt, auf 3,00 M. herabzusetzen! Hier trat so recht deutlich der Interessenskonflikt der Grundbesitzer zu Tage. Stadtverordneter Kienede führte zur Begründung des Antrages aus, daß ja, um den Anschlag wieder wegzumachen, die Grundbesitzer im I. und II. Festungsbezirk um so höher bewertet werden könnten. Nachdem der Kaiser endgültig die Entfestigung genehmigt, könnten bei diesen Grundbesitzern mit Leichtigkeit 15 bis 20 Millionen Mark Versteigerung herausgeräumt werden. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) — Der Magistrat und Staatsanwalt schlugen vor, die Einkommensteuer-Zusätze wieder von 155 Proz. auf 200 Proz. zu erhöhen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Die Zahl der leerstehenden Wohnungen in Charlottenburg ist wieder erheblich zurückgegangen. Im November vorigen Jahres ermittelte das Statistische Amt 1088 leere Wohnungen, darunter 7 mit 1 Zimmer ohne Küche, 36 mit 1 Zimmer und Küche, 177 mit 2 Zimmern, 277 mit 3 Zimmern und Küche. Nach der neuesten Aufnahme von Mitte Januar standen nur noch 870 Wohnungen leer, und zwar 5 mit 1 Zimmer ohne Küche, 28 mit 1 Zimmer und Küche, 136 mit 2 Zimmern, 228 mit 3 Zimmern und Küche. Also gerade der Vorrat an kleineren und mittleren Wohnungen hat eine

nicht unbeträchtliche Abnahme erfahren. Es standen ferner Mitte Januar leer 148 Wohnungen mit 4 Zimmern, 101 mit 5, 177 mit 6—8, 32 mit 9—10 und 15 mit 11 und mehr Zimmern. Die Einsicht in die Adressen der freien Wohnungen ist Wohnungsuchenden auf dem Statistischen Amt, Reichenstr. 12, gestattet.

Stegleit. Die Beilegung an den nunmehr zum Abschluß gelangten Wahlen zum Gemeindevorstand war leider eine sehr schwache. Von 433 wahlberechtigten Arbeitgebern beteiligten sich nur 90 (ca. 20 Proz.), von 1977 Arbeitnehmern 573 (ca. 30 Proz.) an der Wahl. Der geringe Prozentsatz auch auf Seiten der Arbeitnehmer dürfte sich dadurch erklären, daß von den der Gewerkschaftskommission vorgeschlagenen Kandidaten keine Gegner erstanden waren, also ein eigenlicher Wahlkampf nicht in Aussicht stand und infolgedessen auch fast keine Wahlagitatorien entfaltet wurde.

Verfammlungen.

Stegleit. Die Beilegung an den nunmehr zum Abschluß gelangten Wahlen zum Gemeindevorstand war leider eine sehr schwache. Von 433 wahlberechtigten Arbeitgebern beteiligten sich nur 90 (ca. 20 Proz.), von 1977 Arbeitnehmern 573 (ca. 30 Proz.) an der Wahl. Der geringe Prozentsatz auch auf Seiten der Arbeitnehmer dürfte sich dadurch erklären, daß von den der Gewerkschaftskommission vorgeschlagenen Kandidaten keine Gegner erstanden waren, also ein eigenlicher Wahlkampf nicht in Aussicht stand und infolgedessen auch fast keine Wahlagitatorien entfaltet wurde.

Stegleit. Die Beilegung an den nunmehr zum Abschluß gelangten Wahlen zum Gemeindevorstand war leider eine sehr schwache. Von 433 wahlberechtigten Arbeitgebern beteiligten sich nur 90 (ca. 20 Proz.), von 1977 Arbeitnehmern 573 (ca. 30 Proz.) an der Wahl. Der geringe Prozentsatz auch auf Seiten der Arbeitnehmer dürfte sich dadurch erklären, daß von den der Gewerkschaftskommission vorgeschlagenen Kandidaten keine Gegner erstanden waren, also ein eigenlicher Wahlkampf nicht in Aussicht stand und infolgedessen auch fast keine Wahlagitatorien entfaltet wurde.

Der Arbeitervereiner-Bereich hielt am Donnerstag eine Versammlung im Gewerkschaftssaale ab, in der Stumpe zunächst den Anführer gab und J. H. Johann den Bericht der Schiedsgerichts-Versammlung erstattete. Der Referent verwies u. a. auf den solchalen Anfang, welchen die Unfallversicherung genommen hat und führte an, daß im Jahre 1901 insgesamt 118 Berufsgenossenschaften, davon 65 gewerbliche mit etwa 7 Millionen versicherter Personen und 48 land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaften mit rund 11 Millionen versicherter Personen bestanden. Hingzu kommen noch die Reichs- und Staatsbetriebe, Provinzial- und Kommunalbetriebe mit ca. 775 000 Versicherter, so daß fast 19 Millionen der Unfallversicherung unterstellt sind. Renten wurden im Jahre 1901 insgesamt an 788 225 Personen gezahlt, und zwar an 555 596 Verletzte, an 53 481 Witwen von Verletzten und an 87 035 Kinder von Verletzten. Außerdem wurden 12 128 Ehefrauen, 26 612 Kinder und 258 Verwandte als Angehörige solcher Verletzten, die in einer Heilanstalt untergebracht waren, unterrichtet.

Die Zahl der angemeldeten Unfälle ist dauernd und ganz erheblich gestiegen. Im Jahre 1900 kamen 454 341 Unfälle zur Anmeldung, das ist ca. 11 000 mehr als im Jahre 1899. Im Jahre 1901 wurden schon 476 416 Unfälle, also über 22 000 mehr als im Jahre 1900 gemeldet. Dementsprechend stieg auch die Summe der gezahlten Entschädigung bzw. Rente von 78 600 000 M. im Jahre 1899 auf 88 600 000 M. im Jahre 1900 und auf 100 000 000 M. im Jahre 1901. Von den im Jahre 1901 zur Anmeldung gebrachten Unfällen wurde bei 107 654 die erste Entschädigung festgestellt. 8567 Unfälle verletzten tödlich, wodurch 17 216 Personen ihres Erwerbs beraubt wurden. — Berufungen an das Schiedsgericht waren insgesamt 50 500, darunter 31 500 von gewerblichen und 19 000 von landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften bzw. den Unfallverletzten zu verzeichnen. Naturge an das Reichs-Versicherungsausschuss haben 12 419 stattgefunden.

Von dem Referenten und den Diskussionsrednern wurde die jetzt übliche Spruchpraxis erörtert und das Verhalten einiger Vorsitzenden bemängelt. Ferner wurde von einem Redner über die allzu lange Dauer der Sitzungen, infolge von Ueberlastung derselben mit zu viel Sachen, Klage geführt und auch darauf hingewiesen, daß die ärztlichen Gutachten oftmals äußerst mangelhaft abgefaßt sind, so daß die Entscheidung dadurch sehr erschwert wird. Als ein weiterer Mangelstand für die Verletzten kommt in Betracht, daß sie auf die Feststellung der Rente oft sehr lange Zeit warten müssen. Von allen Rednern wurde festgesetzt, daß sich immer noch viele Arbeiter zur Erlangung ihrer Ansprüche an Winkelfunkulanten wenden, wodurch ihnen nicht nur kein Nutzen, sondern oftmals große Nachteile erwachsen. Andreiseit sei es unbedingt notwendig, daß die als Schiedsgerichts-Versitzer usw. gewählten Arbeiter sich dem Arbeitervereiner-Bereich anschließen, den Versammlungen und Konferenzen beiwohnen, um sich über alles genau Kenntnis zu verschaffen und dann ihrerseits die Versicherten über ihre Rechte und Pflichten aufzuklären. — Mitgeteilt wurde noch, daß seit neuerer Zeit in solchen Fällen, wo der Mann in das Heilwerkfahren genommen wird, bei der Ehefrau keine besonderen Recherchen mehr stattfinden, sondern ohne weiteres die Familienunterstützung in Höhe der zuletzt bezahlten Krankentherapie gewährt wird.

Vermischtes.

Kuweathermeldungen. Im Mittelländischen Meer und im Golfe du Lion wüthete gestern ein furchtbarer Sturm. Alle Postdampfer erlitten Verspätung, einige lachten Zustuchtschiffen auf, mehrere haben ernstliche Beschädigungen erlitten.

Die Chicago-„Tribune“ meldet aus Van Cith (Michigan): Ein Sturm hat in der Saginaw-Bai am Dienstagnacht das Eis eingedrückt, auf dem vierzig Fischer in Hütten lebten. Seither ist von den Hütten und ihren Bewohnern nichts mehr gesehen worden. Von zwei Mann weiß man, daß sie ertrunken sind. Es ist wenig Hoffnung vorhanden, daß die andern entkommen sind.

Heber den Vöfel barbiert. Die Vielfeitigkeit untrer Innungs-vorblüthen, die sich bis auf das Gebiet des Scharpsens erstreckt, wird durch folgende Mitteilung gekennzeichnet: Ein Ausländer, der vor kurzer Zeit in Hamburg weilte, besuchte ein an der Alster gelegenes Barbiergeschäft. Der ihn bedienende Gehilfe empfahl ihm eine Kopfwäsche, sowie das Einreiben der Kopfhaut mit Pomade, womit der Ausländer sich einverstanden erklärte. Er war aber nicht wenig erstaunt, als ihm darauf eine Rechnung überreicht wurde, die folgendermaßen lautete: Für eine fische Kopfwäsche fünf Franken (1), ebensoviel für eine Wäsche Pomade, für einen Schwamm anderthalb und für Bedienung drei Franken. Der Fremde bezahlte zwar, um Streitigkeiten zu vermeiden, diese ungeheuerliche Forderung von 14 1/2 Franken, beschränkte sich aber doch bei der Hamburger Polizeibehörde, zumal ihm der Barbiergehilfe gefaßt hatte, daß er durch sein Einverständnis für Anwendung des Kopfwäschers und der Pomade gleich eine ganze fische Kopfwäsche und eine Wäsche Pomade kaufte! Die Polizei forderte von der Innung der Barbiers ein Gutachten ein, das dahin lautete, daß die Innung den Preis für die Bedienung nicht für zu hoch halte. Die Preise für die andren Artikel (Kopfwäsche, Pomade, Schwamm) entsprächen den in feineren Reisegegeschäften üblichen. Die Aufsichtsbehörde für die Innungen erklärte sich aber mit dieser Auffassung nicht einverstanden und empfahl dem Innungs-vorstand, derartige Geschäfte nicht, die geeignet seien, den Innungs-vorstand anzuwärtig in üblen Ruf zu bringen.

